

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. 40 Pf.  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgepaltene Kolonette  
 oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigepreiser: Amt I. Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 18. März 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3

## Die Unvergessenen.

zum 18. März.

So laßt uns ruhen frei vom Sitter, in freier Luft auf freiem Feld,  
 So wie uns einst die Todeswunde auf freier Straße hat gefällt.  
 Kein Denkstein drücke uns're Leiber, kein Thor verschlicke uns're Gruft;  
 Frei, unbeengt von Eisenpfählen, umwehe uns die Frühlingsluft.  
 Frei, wie die Frühlingsluft, die damals, im März zum Sturme angefaßt  
 Schon unser schwarz-roth-golden Banner getragen hat aus Noth und Nacht.  
 In heil'gem Ernst trugst Du die Farben vor unserm Leichenzuge her,  
 Die Farben, die im Kampf erstritten, Du Volk, bewußt in Kraft und Wehr.  
 Und um des Todes düst're Feier in leuchtendem Gefieder flog  
 Lenzvögel gleich die Hoffnung jubelnd, die Leben aus dem Tode sog.  
 Zu g'vögel waren es, vertrieben, vom eis'gen Hauch der Zeit bedrängt,  
 Entschwanden sie. Daß einst sie fangen, fast wie ein Märchen klingt es heut'.  
 Und doch, wir sind die Unvergess'nen, ein neuer lichter Ehrenkranz  
 Grünt uns mit jedem Frühling wieder von Baum und Strauch im Sonnenglanz.  
 Du, unser Volk, mit jedem Märztag gedenkst Du uns'rer Grabesruh,  
 Und wälzt, Dein Sehnen tief im Herzen, der haßgeschmälsten Stätte zu.  
 Die Unvergessenen da draußen, sie wurden Dir zum Heiligthum  
 Zum Tempel heiligen Gedankens, den nie entweichte leerer Ruhm.  
 Denn schänden würde uns des Feindes erheuchelt Lob — uns ehrt sein Haß,  
 Der uns verfolgt und eifern drängt selbst über des Jahrhunderts Paß.  
 Daß ihren Haß! Doch Deinen Söhnen und Töchtern, Volk, erzähle leis  
 Vom wunderbar am Menschheitsbaume im Lenz erspross'nen Freiheitsreis.  
 Raun's ihnen zu, bewegt und leise, wie wenn es uns're Ruhe stört:  
 Hier ward die Freiheit einst begraben — ganz leis, daß es kein Späher hört.  
 Berlin.

Dem flüsternd nur sollst Du's verkünden auch hier an dem geweihten Ort,  
 Denn wieder wie in blinden Zeiten verfolgt man heut Dein freies Wort.  
 Dem Bahn zum Trost wirst du uns finden, die Gräber still versteckt im Gahn,  
 Geächtet zwar von allen Mächt'gen der Macht, geschirmt vom Frühlingschein.  
 Den werden sie uns niemals nehmen, wie nimmer auch der Wahrheit Licht  
 Dir, Volk, in Deinem zähen Ringen, in trohdewehrter Zuversicht;  
 Denn Du fühlst noch das glühendheiß, das Freiheitssehnen unverbläht,  
 Das einstmal uns so stolz begeistert, und daß man uns noch heute haßt.  
 Du hast gerettet Dir das Banner von damals, kühn aus Schutt und Tod,  
 Du hobst es jubelnd auf zur Sonne und sieh Dein Banner, es war roth.  
 Roth wie einst unsere Wunden kafften, roth wie des Morgens erster Blick,  
 Gluthroth, wie Liebesblüthen werden umkränzen einst der Völker Glück.  
 Das Banner grühet Ihr heut wieder in uns, der unvergess'nen Schaar,  
 Und Euer ungebeugtes Hoffen bezeugt Ihr wieder ernst und wahr.  
 Euch Märte sich und reiste herrlich, was unklar ehemals ersehnt  
 Und Millionen heut begeistert... Gewaltig schon der Schritt erdröhnt  
 Der Zukunft und der Freiheit Streiter, sie schreiten vorwärts stark im Recht,  
 Im ew'gen Märzesturm gehärtet: der Arbeit stählern Kampfgeschlecht....  
 So Volk der Arbeit, dankst Du uns, die wir gekämpft in heil'gem Drang,  
 Und wenn die Frühlingsstürme brausen, so tön' es Dir wie Siegesfang.  
 Denn sieh, mit jedem Frühlingswerden erstarkt Dir Deine Kraft verjüngt,  
 Die alles Hasen, alles Wüthen doch nie und nimmer niederzwingt.  
 So laß sie denn bei ihrem Wahne und schmutzlos uns're Gräberreich'n,  
 Wir bleiben doch die Unvergess'nen, wir Todten hier im Friedrichshain.

Germann Schmidt.

### Der achtzehnte März,

den das Klassenbewußte Proletariat in allen Ländern der alten und neuen Welt feiert, ist durch die Geschichte selbst zu einem allgemeinen und internationalen Gedenktag der Revolution bestimmt worden. Der 18. März ist ein Ehrenfest des deutschen und des französischen Volkes — ein Sieg des Volkes in Deutschland und ein Sieg des Volkes in Frankreich; ein Sieg der bürgerlichen Revolution im Jahre 1848, als durch die Junischlacht noch keine unüberbrückbare Kluft zwischen Bourgeoisie und Proletariat gerissen worden — ein Sieg der proletarischen Revolution im Jahre 1871, nachdem das verkaufte Kaiserreich mit der gesammten Herrlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft Frankreich zu Grunde gerichtet hatte. Und da der Sieg des Volkes von Berlin und der Sieg des Volkes von Paris in glänzendster Weise die Solidarität der beiden vornehmsten Kulturvölker des europäischen Festlandes bezeugt und zum Ausdruck gebracht hat, so gestaltet sich der 18. März durch seinen Ursprung schon zu einem Fest der Verbrüderung des französischen und des deutschen Volkes im Besonderen, und, da die Verbrüderung Deutschlands und Frankreichs den Weltfrieden bedeutet, zu einem Verbrüderungsfest der Völker im Allgemeinen.

Also ein Fest der Völkerverbrüderung, gefeiert von dem internationalen Proletariat, das unter der Fahne des Sozialismus, heute allein und ausschließlich gegenüber den mehr oder weniger eng verbündeten Parteien der kapitalistischen Interessensyndikate den Gedanken der Völkerverbrüderung vertritt.

National war der 18. März in Deutschland ein revolutionärer Gedenktag fast ein Viertel Jahrhundert lang — bis zum Jahre 1871, wo er durch die Erhebung der Kommune zu einem internationalen Gedenktag erweitert wurde, der jetzt gleich dem 1. Mai von dem gesammten Klassenbewußten Proletariat der Erde begangen wird — einer der zwei großen Weltfeiertage, welche das arbeitende Volk kraft seines souveränen Willens sich selbst gegeben und trotz des Widerstandes der herrschenden Gewalten zu einer geschichtlichen Thatfache erhoben hat.

Nur die christliche Kirche hat Ähnliches versucht; es ist ihr indeß, obgleich sie seit fast zweitausend Jahren ihre Macht und ihren Einfluß ausübt, nicht in gleicher Ausdehnung wie dem Proletariat gelungen, das erst seit wenigen Jahrzehnten das Evangelium der völkerebefreienden, internationalen Sozialdemokratie erfährt hat und siegreich verbreitet — weit über die Grenzen der christlichen Kirche hinaus. Zählt doch im „heidnischen“ Japan, dem „England des Ostens“, der Sozialismus schon viele Tausende von Anhängern.

Und wie häufig erscheinen gegenüber diesen internationalen Feiertagen des Proletariats die sogenannten nationalen Festtage! Zum Beispiel der deutsche Gedenktag, der, künstlich gezeitigt, nur hier und da noch ein klägliches Schein-dasein fristet.

„Zur Liebe kann man niemand zwingen.“ Und auch zu Hesten nicht.  
 Der 18. März aber ist ein Gedenktag, der alle Fibern der Volksfeste anschlägt und alles, was groß ist und edel vor ihr aufleben läßt, alle großen und edlen Leidenschaften

erweckt. Liebe für Freiheit, Gleichheit und Recht, Gefühl der Menschwürde, Zorn und Empörung, gegen Unrecht und Uebermuth — Freude ob des Sieges der niedergetretenen Menschheit und ob der Niederlage ihrer Feinde.  
 Alle diese Gefühle — die höchsten Leidenschaften den höchsten Zielen zugewandt, strömen zusammen in der Feier des 18. März.

Schauen wir zurück — Berlin vor 51 Jahren! Der Donner der Februarrevolution hatte das deutsche Volk, das arme Dornröschen, das unter dem Damm eines türkischen Schicksals zur politischen Leblosigkeit verurtheilt worden war, aus dreihundertjährigem Schlaf erweckt; und Dornröschen träumte von Freiheit, Gleichheit und Glück. Doch die finsternen Mächte, die es mit den Herrenhänden der Diplomatie, der Polizei und der Pfafferei, verzaubert hatten, waren nicht gesonnen, die Verwirklichung der Träume zu dulden. Sie lächelnden Zustimmung, triefen von väterlicher und christlicher Liebe, versprachten das Blaue vom Himmel und — pflanzten den Verrath.

Das Volk nahm das Väckeln für Ernst, glaubte den Versprechungen, und Dankbarkeit füllte sein Herz.

Heute vor 51 Jahren, am 18. März 1848, bei prächtigem Märzsonnenschein zog das Volk von Berlin, Männer, Frauen und Kinder, Bürger und Arbeiter — die zwei Klassen hatten sich noch nicht geschieden — zum Theil in festlichem Gewand, nach der Mittagstunde vor das Schloß, um dem König zu danken, daß er so gnädig gewesen, „seinem“ Volk so schöne Dinge zu versprechen. Metternich, der Hauptträger der bundestäglichen Reaktionspolitik, war vor fünf Tagen aus Wien vertrieben — überall hatten die Mächthaber sich vor dem Volke verneigt — der Himmel hing voll Wahngelogen. Da mitten im Lärmel und Jubel der verzückten Hoffnungs- und Vertrauensseligkeit reißt plötzlich von der Schloßfreiheit her eine Schwadron Dragoner wild in die entsetzte Menge hinein, die gleichzeitig von einer Kompanie Grenadiere mit gefülltem Bajonett angegriffen wird. Und plötzlich fallen zwei scharfe Schüsse aus den Reihen der Soldaten. Schreck, der sich schnell in Wuth verwandelt. Verrath! Barrikaden!

Das war um 1/3 Uhr Nachmittags. Im Nu schossen in den inneren Straßen Berlins Barrikaden aus dem Boden hervor, das Volk bewaffnete sich so gut es konnte. Um 5 Uhr war der Kampf in vollem Gange. Er dauerte die Nacht hindurch, und als der Morgen des 19. März graute, war das Heer geschlagen, der Reaktion die vornehmste Waffe aus den Händen gewunden, die Nacht in der Gewalt des Volkes. Das Volk, jauchzend in der Freude des Sieges, vergaß die furchtbaren Opfer, welche der Kampf gekostet — genau das Fehlsache des Straßentampfs in Wien (am 18. März)! — es war großmüthig. Ein zweites Mal zog es vor das Schloß und zeigte dem gebrochenen, gebeugten König an den blutigen verstümmelten Leichen der Gefallenen die Trefflichkeit der seinen „lieben Berlinern“ gesandten Kartätschen und Flintenugeln.

Alein das Bürgerthum politisch unentwickelt, die Arbeiter noch ohne Klassenbewußtsein — wo waren die Kräfte, um den Auguststurz zu reinigen, der Reaktion das Rückgrat zu brechen, die Früchte des Volkstieges zu sichern, auf den Trümmern des verrotteten Dynastien-Deutschlands ein freies und einig Volk-Deutschland zu erbauen?

### Das Unvermeidliche kam.

Die Reaktion war organisiert — sie brauchte nach Spinnen-art nur die alten, durch die Märzlüme zerrissenen Fäden wieder zusammenzufügen und zu befestigen. Sie ließ die Parlamente reden, und sobald sie stark genug war, holte sie aus zum Streich. Nachdem die Junischlacht von 1848 das revolutionäre Proletariat Frankreichs und in ihm die Hoffnung der achtundvierziger Revolution niedergeworfen hatte, besiegelte die deutsche Reaktion ihren Triumph gleichzeitig in Wien und Berlin: am 9. November ward dort auf der Brigittenau Robert Blum standrechtlich erschossen, und hielt hier Brangel mit dem Belagerungszustand seinen Einzug. Nach dem Ausflachen der erlöschenden Revolutionsflammen im Mai 1849 in den Aufständen von Dresden und Südwest-Deutschland die Reichsverfassungskampagne, der Todeskampf den Ungarn — und die Ruhe des Kirchhofs und des Standrechts breitete sich über Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Mit der Reaktion siegte der Kapitalismus — der Hand-langer der Reaktion und ihre Gebieter, der größte Reaktionär aller Zeiten und der größte Revolutionär aller Zeiten. Er stürzte binnen weniger Jahrzehnte die Klein-bürgerliche Gesellschaftsordnung um, vernichtete das Klein-eigentum, zerstörte Millionen Existenzen, trieb Millionen von Haus und Hof, entzündete das Klassenbewußtsein proklamirte in Frankreich wie in Deutschland die Diktatur und die Schreckensherrschaft — und schuf „ein Theil der Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“, das moderne Proletariat, die inter-nationale Sozialdemokratie.

Dreißig Jahre nach dem 18. März von Berlin kam der 18. März von Paris — nach der letzten siegreichen Revolution, in der das Bürgerthum mitgekämpft, die Revolution des Proletariats. Im Angesicht der deutschen Heere erhob sich in der Rutterstadt der Revolution das arbeitende Volk, um die von der landesverrätherischen Kapitalistenklasse bedrohte Republik zu retten und die Rechte der Arbeit zu verteidigen. Die Kommune trat ins Leben und in den Kampf.

Der Kampf war aussichtslos, wie weiland die Junischlacht. Ein dreimonatliches Kämpfen und Verbluten aus tausend Wunden.

In der „blutigen Waiwoche“ des Jahres 1871 ward die Kommune in einem Blutmeer erstickt und über dem Blutmeer, es ausfüllend, erhob sich ein Berg schmutzigster, blödsinnigster Verleumdungen. Das Proletariat der Welt aber ließ sich nicht täuschen, nicht einschüchtern — die Arbeiter aller Länder reichten sich die Hand über dem todtten Leichnam der Kommune, welcher der lebendige Leib ward der internationalen Sozialdemokratie. —

Und wieder sind 28 Jahre vergangen. Die inter-nationale Arbeiterassoziation, die der Kapitalismus in der Kommune getödtet zu haben wähnte, ist vergrößert, hundertfach gestärkt auferstanden aus dem Grabe, und sie lebt, lehrt, wirkt, kämpft in allen Ländern der Erde, und ihre besten Freunde sind die Feinde, die in Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich ein wahres Kirch-thurmzettrennen von verbrecherischer Thorheit abhalten und vor aller Welt die Nichtigkeit des von uns aufgestellten

Sages nachweisen, daß der Kapitalismus ein Hindernis des menschlichen Fortschritts geworden ist, daß er in dem Veruch, seine Herrschaft zu behaupten, Recht, Gesetz und Menschlichkeit mit Füßen tritt, daß er den Bürgerkrieg entfesselt und daß sein Sieg ein Rückfall in die Barbarei wäre, vor dem heute, da das Bürgerthum seine Jugendideale abgelehnt hat, einzig die Sozialdemokratie uns beherrschen kann.

Am tollsten treibt es die kapitalistische Reaktion in Deutschland, wo das Bürgerthum es nicht verstanden hat, Vollwerke der Freiheit zu errichten. Dafür ist auch die Sozialdemokratie in Deutschland am stärksten. Viele Tausende werden heute und morgen zu den Gräbern der Würzgefallenen im Friedrichshain pilgern, denen die Feinde heute noch 51 Jahren noch den einfachsten Schmutz verweigern. Eines Denkmals aber bedürfen die todtten Vorkämpfer nicht. Im Herzen der Millionen des arbeitenden Volkes leben sie, und was sie in dunklem Orange erstrebt: die Befreiung der Menschheit — das wird von der Sozialdemokratie, durch die Macht des Geistes und der Aufklärung viel umfassender und vollkommener, als sie es zu denken vermocht, verwirklicht werden.

Und mit dem Gedanken an unsere todtten Vorkämpfer verbinden wir den Gedanken an die lebenden Mitkämpfer in allen Ländern: die Bruderhand ausstreckend, rufen wir ihnen zu: Wir sind eins mit Euch! Hoch die Internationale Sozialdemokratie!

Und vorwärts!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. März.

### Siegreiche Retirade.

Das hauptstädtische offizielle Organ der Zentrums-Partei sucht das Verhalten dieser Partei bei der Militärvorlage zu rechtfertigen. Der Rechtfertigungsversuch beweist aber nur, wie weit das Zentrum in Militärfragen von seinen früheren Anschauungen abgerückt ist. Während die Partei früher sich gegen die Zumuthung sträubte, als ob fort-dauernde Rüstungen dem Vaterland heilsam seien, macht sich jetzt die „Germania“ das Lob eines anderen, weit rechts stehenden Blattes zu eigen:

„daß die neue Vorlage einen großen Fortschritt bedeute; der Reichstag habe in seiner großen Mehrheit den redlichen Willen an den Tag gelegt, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist.“

Bei solch byzantinischer Auffassung müßte jede Militär-vorlage, die der Kaiser verlangt, bewilligt werden.

Und weiter sagt die „Germania“, es sei wohlgethan ge-wesen,

den Kampf um die Militärvorlage nicht auf die Spitze zu treiben und einen Konflikt herbeizuführen, dessen Verlauf und dessen Ende niemand abzusehen vermochte, da eine Auflösung des Reichs-tages und Neuwahlen ganz gewiß keinen neuen Reichstag ge-schaffen hätten, der mehr bewilligt haben würde, als was dieser Reichstag bewilligt hat.“

Mit diesem „Grundsatz“ glebt das Zentrumsblatt jeden selbständigen Willen der Volkvertretung preis. Das Blatt schmeigt sich den Regierungsforderungen an, nicht weil es fürchtet, daß das Volk der Wähler die Parteiververtretung im Stiche lassen und bei einer Neuwahl abfallen würde, sondern umgekehrt weil es weiß, daß die Wähler zu der Parteiververtretung halten und wiederum ein opposition-eller Reichstag zusammenkommen würde. Weil eine Ab-lehnung der Regierungsvorlage den Wählern richtig er-scheint, darum müßte die Regierungsvorlage bewilligt werden! Eine groteskere Politik ist nicht ausdenkbar.

Diese seltsamen Ausführungen der „Germania“ zeigen, wie den schwarzen Herren doch selbst nicht geheuer ist bei der samtosen Politik der Lieder u. Komp. Die Herren fühlen selbst, daß der Sieg über die Regierung, welchen ihnen Herr Richter — aus gleicher Konfliktangst — andichtet, in Wahrheit ein Regierungssieg ist, wie ihn die Regierung noch niemals größer erfochten hat.

Auch die „Vossische Zeitung“ theilt die von uns vertretene Meinung über den Zentrumsieg. Sie schreibt:

„Die Krisis und die Budgetlosigkeit ist bei Herrn Lieber an-schließend zur fixen Idee geworden. Damit kann er das Zentrum glückselig bis zur blinden Untertänigkeit unter jedwede Forderung der Regierung kommen. Die Regierung braucht nur mit der Auf-lösung, der Budgetlosigkeit, der Krisis zu drohen, und Herr Lieber beugt sich, das Vaterland abermals durch Nachgiebigkeit zu retten. Denn was sollte sonst werden? Das Ende wäre nicht abzusehen. Ein Parteiführer, der nicht in Charaktermaske somnolenthaft prunkt, wie Herr Lieber, sondern ein Charakter ist, könnte vielleicht zu ganz entgegengesetzten Schlüssen kommen. Gerade, weil die Re-gierung noch nicht einmal das Budget unter Dach und Fach gebracht hatte, war sie gar nicht im stande, den Reichstag aufzu-lösen.“

### Eugen Richter als Zentrumsanwalt.

Mit dem Eigensinn, der den Führer des Wasserstiefel-Freissinns schmückt, beharrt Eugen Richter bei seiner Meinung, daß die Regierung in der Militärvorlage eine Niederlage er-litten habe. Er steht mit dieser Ansicht in der eigenen Presse allein. „Vollzgt.“ und „Voss. Ztg.“ haben keine Lust, die Zen-trumskomödie mitzuspielen. Nur Eugen Richter erzählt gläubig die Mär von der harmlosen Resolution Lieber, obwohl diese für diese Regierung viel mehr als die 7000 Mann be-deuten. Die Regierung wäre in Wahrheit sehr thöricht ge-wesen, wenn sie diese wunderschöne Gelegenheit, das Quinquennat jederzeit mit einer neuen Militär-vorlage zu durchbrechen, nicht aufgegriffen hätte. Die Resolution Lieber, die Herr Richter als Zentrumsieg feiert, ist das unerhörte Angebot einer Militärvorlage aus der Initiative der Reichstagsmehrheit.

Wenn Herr Eugen Richter versichert, daß er nicht aus Angst vor der Auflösung seine rührende Auffassung von dem Zentrumsieg eronnen habe — er hatte sie schon am Mittwoch Abend in der „Freisinnigen Zeitung“ vertreten — so wäre das ein um so schlimmeres Zeugniß für seinen poli-tischen Scharfsinn. Und wenn er diejenigen politische Narren nennt, die gegen eine Heeresvermehrung eifern und die Lieber'sche Resolution herausstiften als einen Wechsel, der den Reichstag zu künftiger Mehrbewilligung ver-pflichtet — so meint er die Sorte Narren, die das mit den Andersn gemein haben, daß sie die Wahrheit sagen. Gewiß ist der Reichstag zu nichts verpflichtet — im Sinne einer Wechselunterchrift — aber die Regierung hat ausdrücklich erklärt, sie werde mit der Neuforderung bestimmt kommen. Glaubt Herr Richter wirklich, daß sein Freund Lieber dann der Regierung die 7000 Mann verweigern wird, wenn sie unter allen Umständen auf ihnen besteht?

Aber die Sache liegt noch schlimmer für Eugen Richter. Der Konflikt war nicht vom Reichstag veranlaßt, sondern plötzlich

infolge persönlichen Einflusses von der Regierung herbeigeführt. Welcher Anlaß lag für den Reichstag vor, die Regierung aus ihrer Klemme zu befreien? Es war eben nicht Aufgabe eines auf seine konstitutionellen Rechte haltenden Parlaments, der Regierung eine Brücke zu bauen. Man hätte sie zwingen müssen, selbst den Konflikt zu lösen, an dem sie Schuld trug, man hätte sie zwingen müssen, die Drohung wahr zu machen, die Auflösung vorzunehmen; denn diese Auflösung wäre zu einem Volksgericht über die Politik der Rührigkeit geworden. Aber freilich, Herr Richter war sich bewußt, daß das Volks-gericht nicht gerade die Geschäfte der Freisinnigen befördern würde.

Wenn Herr Richter schließlich sich rühmt, daß er vor allem die Militärvorlage sachlich bekämpft hat, so sei ihm neid-los zugestanden, daß er das Bombardement mit Zahlen und Berechnungen wie kein zweiter versteht. Aber dieser treffliche Spezialismus macht noch nicht den weisshäuenden Politiker — und als Politiker ist Herr Richter nichts als ein höchst unter-richteter, schlagfertiger, unentwegter — Todtengräber, seiner Partei. —

### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat gestern Abend den Etat in zweiter Beratung erledigt und heute die dritte Lesung begonnen. Die Generaldebatte war belanglos, und auch die meisten einzelnen Etats wurden ohne wesentliche Erörterung genehmigt.

Sonderbare Ansichten entwickelte der Justizminister Schönstedt, als bei der Beratung des Justizetats der polnische Abgeordnete Dr. von Gzarlinski den Grundenzug zum Sprüche brachte, wo bekanntlich das Zeugniß-Zwangsverfahren auf zwei Gelehrte angewandt wird. Gzarlinski wurde, die jetzt noch im Gefängniß sitzen, obwohl der Verfasser des inkriminierten Artikels inzwischen von anderer Seite genannt worden ist. Herr Schönstedt erwiderte, daß das Gericht keine Veranlassung habe, das Verfahren gegen die beiden Lehrlinge einzustellen; diese hätten gesagt, sie kennen den Verfasser, wollen ihn aber nicht nennen; ein alter Seper hingegen habe den Verfasser angegeben. Die Behauptung der Lehrlinge, daß das Redaktionsgeheimniß ihnen heilig sei, während ein alter erfahrener Seper anderer Ansicht sei, bedeute eine Verhöhnung der Behörden. Noch weiter als der Justizminister ging der Präsident v. Kröcher, der Herr v. Gzarlinski, als dieser es billigte, daß die Lehrlinge keine unmoralische Handlung begangen wollten, zur Ordnung rief, weil darin der Vorwurf liege, daß die Gerichte einer unmoralischen Handlung fähig seien. Bezeichnend ist es, daß die Redner der anderen Parteien keine Veranlassung nahmen, sich zu dieser höchst wichtigen Frage zu äußern.

Eine kurze Debatte verursachte der Etat des Abgeordnetenhäuses, bei welcher Gelegenheit wieder lebhaft über die schlechte Akustik und sonstige unpraktische Einrichtungen des neuen Gebäudes Klage geführt wurde.

Somit ist aus den Sitzungen die Annahme eines Antrages auf Erhöhung der Gehälter der Oberwachmeister bei der Landgendarmarie erwählenswerth, sowie der Veruch der Agitation, noch in der dritten Etatsberatung etwas für sich heraus-zuschlagen. Der bezügliche, von Herrn v. Wendel-Stein-feld (L.) gestellte Antrag, worin die Regierung erwidert wird, für das Etatsjahr 1900 zur Förderung der Landeskultur und ins-besondere der Viehzucht größere, den Anforderungen der Gegenwart entsprechende Mittel in Aussicht zu nehmen, wurde nach längerer Debatte lebhaft aus geschäftsmäßigen Gründen zurück-gezogen.

Morgen stehen die dritte Lesung des Kultusetats und kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung. —

### Ein Geständniß.

Wir wissen längst, daß die Vertreter des Großkapitalismus den rothen Säcken, die Angst vor dem gewaltthätigen Um-sturz, nur heuchlerisch kultiviren. Nicht die Diktatur des Proletariats fürchten sie, nicht den Zukunftsstaat. Es ist ja auch stets die Lieblingsbeschäftigung der Herrschenden, auf dem Vulkan zu tanzen. Das Morgen befürchtet sie niemals, wenn ihnen nur das Heute nicht gestört wird.

So ist auch die Hege gegen das prinzipielle Programm der Sozialdemokratie nur ein Vorwand, um die Gegenwarts-forderungen, die in der heutigen Gesellschaftsordnung zu er-möglichten Verbesserungen, zu vereiteln. Ihr Haß und ihre Verfolgung gilt nicht der Revolution, sondern der Re-form. Darum werden beiläufig die bürgerlichen Sozial-demokratischen von den Scharfmachern fast noch grimmiger gehaßt, als die Sozialdemokraten, und so erklärt sich auch die unglaubliche politische Thorheit der Justizauditorlage.

Natürlich leugnen das die Herren, sie sind alle Freunde der Sozialreform und begeistern sich für die Hebung der „unteren“ Klassen. Nur die fürchterliche Umsturzgefahr — so sagen sie — wollen sie bekämpfen. Aber bisweilen materialisirt sich das „Rothte Gespenst“, mit dem die Interessenten des Groß-kapitalismus wirtschaften, und zum Vorschein kommt der — um die Beeinträchtigung des Profits bangende Unternehmer.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, hinter denen der Zentralverband Deutscher Industrieller steht, haben das Verdienst, in einem Augenblick der Offenherzigkeit, wenn nicht gar in einem Anfall von Ehrlichkeit, das große Geschäfts-geheimniß unserer Scharfmacher zu verrathen. In einem Artikel über die Versteinungs-Debatte bemerken sie:

„Die wirkliche Gefahr der sozialdemokratischen Be-wegung liegt weniger in der Möglichkeit, daß es eines Tages zu dem Veruche eines gewaltthätigen Umsturzes des gesammten bestehenden Staats- und Gesellschaftszustandes, einer allgemeinen gewaltthätigen Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privat-eigentum in Gemeineigentum kommen werde, als vielmehr in der planmäßigen Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, in der systematischen Verhinderung der Wiederherstellung eines Verhältnisses, das auf dem Boden der bestehenden Eigentumsordnung allein zu befriedigenden Zuständen zu führen vermag. Der fortwährende kleine Krieg aber zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sowie die sozialdemokratische Organisation des Klassen-kampfes hat mit dem Streite über das „Endziel“ garnichts zu schaffen, die Versteinungs-Kritik läßt diese Seite der sozialdemo-kratischen Wühl- und Hegearbeit vollkommen unberührt. Der Drang der sozialdemokratischen Arbeiter, sich zu Herren in der Fabrik zu machen, bleibt auch nach dem Versteinungs-Rezept genau derselbe und mit diesem Drang alle die thatsächlichen Feind-seligkeiten, die unserer wirtschaftlichen Entwicklung verhängnißvoll zu werden drohen, wenn nicht der Staat noch mit rechtzeitiger Abwehr eingreift.“

Die Wahrheit ist am Licht! Das also ist das Sinnen der Unternehmer. Sie lügen, daß sie für Ordnung, Religion und Sittlichkeit kämpfen. Sie lügen, daß sie für Thron und Altar Gut und Blut einsetzen wollen. Sie lügen, daß sie der Revo-lution vorbeugen, den Umsturz verhindern, den Zukunftsstaat zu verhüten streben. Nein, die Gesellschaft, die mit der Revision des monarchischen Gefühls revolutionär droht, wenn die Einkommensteuer um ein Prozent erhöht wird, die preißt auf alles Zukünftige und auf angebliche Horizontgefahren. Nicht

was draußen winkt, in der Ferne, ängstigt sie, sondern die unmittelbare nahe Gefahr, es könnte all ihrer Unter-nehmer-Intelligenz nicht gelingen, die politische und wirt-schaftliche Besserstellung der Arbeiter zu verhindern. Die Sozialreform ist ihnen ein Greuel, und ihr Todfeind die Arbeiterorganisation, die mehr Recht und mehr Brot er-kämpft. Was geht es sie an, was ein st werden wird. Heute wollen sie Herren sein, als absolute Herrscher über Sklaven walten. Ihr Deuteklamp im Gegenwart's Staat soll ihnen nicht erschwert werden. Weil aber mit solchem Programm frechster, niedrigster Selbstsucht a u f e r h a l b der Interessenten-kreise niemand gelockt wird, darum erfassen sie den Umsturz-punkt, und jede Sardinienbüchse, die auf den Südeinseln platzt, muß ihnen einen Anlaß geben, das Ringen der Arbeiterschaft um Erhöhung ihres Daseins zu bedrohen.

Die wirkliche Ansicht der Scharfmacher ist einmal aus ihrer Spelunte hervorgezogen. Es ist nützlich, dies Reptil „in flagranti“ anzunageln.

## Deutsches Reich.

### Aus Bismarck's Umgebung.

Die „Zukunft“ mittheilt, läßt Bismarck's Hausarzt Schweninge demnächst eine Schrift erscheinen, in denen erzählt wird, wie die „Gedanken und Erinnerungen“ entstanden. Dies Buch soll die Einleitung zu einer späteren umfassenderen Publikation bilden, die auf Schweninge's Tagebüchern beruhen soll. Interessant ist in den vorläufigen Mittheilungen aus der Schrift eine Schilderung, die zeigt, wie zäh Bismarck an seinem Posten und seiner Wirksamkeit hing. Im Sprachgebrauch der Bismarck-freunde würde man den Kanzler selbst einen „Aeber“ nennen müssen.

Nicht sanft und wohlthätig, wie es der Arzt im Interesse seines großen Schutzbefohlenen und im Interesse des Vaterlandes gewünscht hätte, sondern rasch und unanft vollzog sich das Unvermeidliche. Der Nachfolger des Kanzlers hielt es im Interesse des Deutschen Reiches anheimend nicht nur für nützlich, die Person seines Vorgängers möglichst schnell aus dem Palast in der Wilhelmstraße zu entfernen, er hielt, offenbar in demselben Interesse, auch darauf, sich gegen die Kontagion mit den Ideen dieses Staats-männich doch schon damals nicht unähnlich be-lannten Vorgängers möglichst immun zu machen. Fürst Bismarck, der, wo es nötig war, stets die Person hinter die Sache zurücktreten zu lassen wußte, vor Aufklärungen, ein-führende Aufschlüsse, Erläuterung der politischen Kon-sellation an. Der General v. Caprivi lehnte ab; man müßte es heute kaum glauben, aber es ist Thatsache: er lehnte ab. Der scheidende Kanzler machte noch einen zweiten Ver-such. Er bot dem neuen Staatssekretär, als ihn dieser Herr be-suchte, seinen Rath und geschäftliche Informationen über die poli-tische Lage an. Abermals wurde das Angebot abgelehnt. Fürst Bismarck verließ also Berlin und siedelte nach Friedrichshagen über.“

Aus Caprivi's jüngst veröffentlichten Briefen erzieht man, warum er eine so schroffe Stellung gegen den sich aufdringenden und unerantwortlichen Rathgeber einnahm — ein Zustand der Nebenregierung, der übrigens auch schwere konstitutionelle Bedenken gehabt hätte, und den ein Bismarck am allerwenigsten je geduldet hätte. Caprivi wurde durch den scharfen Gegen-satz der stillen Anschauung getrieben. Er hatte klar das Korruptionselement in dem gleichenden Zeitalter der Erfolge- und Deputationserläute.

Im Uebrigen bestreift Schweninge's Darstellung, so sehr sie bemüht ist, den wirklichen Sachverhalt stilistisch zu verschleiern, daß die Memoiren kaum Bismarck's Wert zu nennen sind. Es ist von Ueher nothdürftig zusammengeraffter Abfall vom Tische, eilig geklitterte Dokumente mit leichten Klauereien vermengt.

Von dem dritten Band der Memoiren erfahren wir in den Auszügen der „Zukunft“ bisher nichts. —

Zu den Abmachungen mit Cecil Rhodes wird gemeldet, bei dem Bau der afrikanischen Kontinentalbahn durch Deutsch-Ostafrika würden die deutschen Souveränitäts-rechte aufrecht erhalten bleiben. Das den deutschen Kolonialbesitz in Ostafrika durchschneidende Windegg der afrikanischen Süd-Nordbahn werde ganz von deutschem Gelde gebaut, mit deutschen Beamten betrieben beziehungsweise verwaltet und von der deutschen Regierung in Gemäßheit der Reichsverfassung geleitet und kontrollirt werden. Ferner wird mitgetheilt, die Möglichkeit liege vor, daß die deutsche Regierung nach Ausführung der notwendigen Vorarbeiten den Reichstag angehen werde, seine Einwilligung zur Uebernahme einer Zinsgarantie für dieses deutsch-ostafrikanische Glied in der großen Festlandbahn zu geben. Verhandlungen seien bereits mit potenten Finanzgruppen gepflogen worden.

Wir sagten schon gestern, daß die Sache auf eine kolossale Schröpfung des deutschen Geldbuddels hinauskomme. Und zwar sollen nicht die Privatkapitalisten ihr Geld bei der afrikanischen Wahn los werden, sondern dieses Schicksal ist dem Reich, also der Gesammtheit der Steuerzahler zugedacht, indem diese den Privatkapitalisten die Zinsen garantiren sollen. —

Die Berliner Kellerten der Kaufmannschaft und die Sozialpolitik. Die Handelskammer z. B. hat unterm 16. Januar an den Staatssekretär des Reichsamtes des Innern eine Eingabe gerichtet, in welcher um reichsgesetzliche Regelung der Zigarrenhandelsindustrie gebeten wird.

Im Interesse der Gesundheit der Arbeiter, der Reinlichkeit der Fabrikation und der besseren Uebersicht der Fabrikanten über die-felbe wird Trennung der Arbeits- und Wohnräume der Haus-industriellen, genügender Luftstrom in ersteren, Beschränkung der selbständigen Hausarbeit auf großjährige Personen, Ausschluß an-sehender oder absprechender kranker Arbeiter, ortspolizeiliche Ge-nehmigung zum Hausarbeitsbetriebe und polizeiliche und gewerbe-inspektorische Ueberschauung der Betriebe verlangt.

Die Windener Handelskammer hat die anderen Handels-vertretungen um Unterfützung ihrer Eingabe erudt, weshalb die Kellerten der Berliner Kaufmannschaft eine Anzahl Berliner Zigarren- und Tabakfirmen um Gutachten über die Ein-gabe gebeten hatten. Diese sind nun in dem Sinne erstattet worden, daß die vorgeschlagene Regelung für Berlin einem Verbote der Zigarren-Hausindustrie gleichkommen würde; schon das Erforderniß besonderer Arbeitsräume sei für diese Hausindustrielle unerlässlich. Außerdem seien die Uebelstände hier, wenn auch vorhanden, so doch weniger schlimm als anscheinend im Bezirke der Windener Kammer, und jedenfalls sei der Weg der freien Vereinbarung unter den Fabrikanten der obrigkeitlichen Anordnung vorzuziehen. Die Kellerten schlossen sich dieser Auffassung an und beschloßen daher, von einer Unterfützung der Windener Eingabe abzusehen.

Der Glaube der ehrwürdigen Kellerten an die zu Gunsten des Arbeiterschutzes unter den Fabrikanten stattfindende freie Ver-einbarung ist wirklich rührend. —

Die Robelle zur Gewerbe-Ordnung wird, soweit sie die Arbeitsverhältnisse der Handlungsgestellten betrifft, in dem Organ des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands einer Besprechung unterzogen. Wir registriren diese Stimme aus den Kreisen der am meisten Interessirten hier um so lieber, als wir der Meinung sind, daß die Handlungsgehilfen selbst am besten wissen müssen, welche Maßregeln zur Bekämpfung der übermäßigen Ausbeutung in ihrem Verufe nötig sind.

Warum, so fragt das Blatt, soll sich zunächst der Schutz nur auf die in offenen Verkaufsstellen Thätigen erstrecken? Mit welchem Rechte überläßt man die hunderttausende von Angestellten, welche im Engros- oder Fabrikations-Betriebe thätig sind, das ganze Komptoir, Bureau- und Lagerpersonal der ungezügelten Aus-

mungslust der Prinspalast? — Sind diese Leute des Schutzes weniger bedürftig? Wir rathen den Verfassern der Novelle, die ja wohl in der Residenz zu suchen sind, sich in Berlin auf die Weine zu machen, durch die Konfektionsviertel: Hausvogteiplatz, Kronen-, Jerusalem-, Kurstraße u. (woselbst die Engros-Konfektion ihren Sitz hat) hindurchzuwandern, und zwar Abends zwischen 9 und 11 Uhr. Ein Blick durch die erhellten Fenster, auf die von Morgens 8 bis Abends 11 und 12 Uhr thätigen Angestellten wird ihnen zu Gemüthe führen, was hier seitens der Unternehmer gesündigt wird und wie dringend notwendig gerade hier Schutzbestimmungen einsehen müßten. Glauben aber die Herren, so überlange Arbeitszeit sei nur der Konfektion erb- und eigenthümlich, so mögen sie weiter die Kloster-, Spandauer-, Bischof- und Königsstraße abgehen und sich belehren lassen, daß in der Engros-Baumwoll- und Kurzwaaren-Branche genau dieselben überlangen Arbeitszeiten gang und gäbe sind. Hinein dann in die Läger und Komptoirs, Ihr Herren, so werdet Ihr dort jugendliche Menschenblüthen im Alter von 14—16 Jahren finden, die ebenfalls 14—16 Stunden am Tage auf den Weinen sein müssen, um für den allergeringsten Entgelt zu schanden; Ihr werdet Mädchen sehen, deren sich in anderen Berufen die Gewerbe-Ordnung längst angenommen und der „Humanität“ der Herren Unternehmer im gewissen Sinne schon heutzutage entriekt hat. Was — alle diese Personen sollen des Schutzes nicht bedürftig sein? Diese will man nicht in die neue Novelle einbeziehen?

Als Mindestsicherung, den die Angestellten beanspruchen müssen, bezeichnet das Sachorgan dann die Begrenzung der Arbeitszeit aller Angestellten dergestalt, daß nirgends vor 8 Uhr Morgens begonnen und nach 8 Uhr Abends geschlossen werden darf; daß die Mittagspause 2 Stunden betragen muß und je 1/4 Stunde für Frühstück und Wesper gewährt werden.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden diese Wünsche der Handelsangestellten bei der Verhandlung im Reichstage sicher vertreten. — „Leutenoth.“ In der 14. Kommission des Abgeordnetenhauses wurde am Donnerstag Abend die Verathung des Antrages Camp zur Bekämpfung der Arbeiternoth in der Landwirtschaft fortgesetzt. Zunächst gelangten folgende Vorschläge zur Annahme: 1. Die Verleihung von im aktiven Militärdienst stehenden Mannschaften zu dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten. 2. Die möglichste Vertheilung der dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten bei der Wahl des Zeitpunktes der Einziehung von Reservisten und Landwehrlenten zu militärischen Übungen. 3. Die Revision der Dienstvorschriften über Marschgebühren für die zur Entlastung kommenden Mannschaften in der Richtung, daß die früher der Landwirtschaft angehörenden Mannschaften sich ihrem früheren Beruf und zwar hienächst in ihrer Heimath wieder zuwenden. — Dann wurde über die erweiterte Zulassung ausländischer Arbeiter zu den landwirtschaftlichen Betrieben des Ostens diskutiert. Die Kommission einigte sich schließlich auf folgende Forderung: „Erweiterung der Zulassung ausländischer Arbeiter, soweit es die nationalen Rücksichten irgend gestatten, insbesondere auch zum Gesindedienste, in nicht gemischtsprachigen Bezirken, sowie Vereinfachung der den Behörden abzugebenden Verpflichtungserklärungen.“

Zur Innungs-Organisation nach dem neuen Handwerker-Organisationsgesetz wird geschrieben: In letzter Zeit hat sich in den Innungen, die auf Grund des Handwerker-Organisationsgesetzes nicht Satzungsänderungen vorgenommen hatten, eine rege Thätigkeit bemerkbar gemacht. Man hat nunmehr, da mit dem Ende März die Frist abläuft, bis zu welcher die freien Innungen sich dem neu geschaffenen Rahmen angepaßt haben müssen, wohl überall die entscheidende Entschlüsse gefaßt. Vielfach stehen nur noch die Entschlüsse der Behörden aus. Diese werden, da alle in Betracht kommenden Interessen genau geprüft werden müssen, längere Zeit beanspruchen. Es wird sich demnach auch noch nicht gleich nach dem 1. April ein ganz zutreffendes Bild von der gesamten Handwerker-Organisation ergeben, jedoch kann dann nicht mehr allzulange Zeit vergehen, bis die Organisation nach den neuen Vorschriften so geschaffen sein wird, daß sich auf ihr die Handwerkskammern aufbauen können. —

Gegen Kulturwerke, mögen sie heißen, wie sie wollen, sind unsere Deutschen Reaktionen noch jederzeit mit Energie aufzutreten. Dieses Schicksal widerfährt jetzt auch der Kanalvorlage. Nicht bloß die konservativ-agrarische, sondern auch die freikonservative Presse nimmt gegen die Kanalvorlage die Opposition auf. Es wird daher der ja so ungeheuer kulturfreundlichen preussischen Regierung nicht leicht werden, die Vorlage gegen die reaktionäre Majorität im Landtage durchzubringen. —

Gegen die Kanalvorlage machen die Agrarier mobil. Die schlesische Landwirtschaftskammer hat eine Protestresolution gegen das Unternehmen angenommen. Auch der Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, der Schwager des Kaisers besand sich unter den Protestlern. —

Wallot-Ehrung. Man schreibt uns aus Dresden, 17. März: Eine Ehrengewand Professor Dr. Wallot's, des Erbauers des Reichstagsgebäudes, fand gestern Abend unter Theilnahme der Studirenden der königlichen Akademie der bildenden Künste und anderer hiesiger Künstler statt. Es theilnahmen sich gegen 300 Personen an der Ovation, die ausdrücklich als Gegendemonstration gegen die bekannten Ausführungen Dr. Lieber's in der Reichstags-Sitzung vom 1. März arrangirt wurde. Der Fackelzug bewegte sich durch verschiedene Straßen nach der Wohnung des Meisters. Der Sprecher einer Deputation hielt hier eine Ansprache, in welcher die Anklagen des Künstlers, seitens eines Lieber, gebildet vom Präsidenten des Reichstages, scharf zurückgewiesen wurden. Professor Wallot dankte darauf mit allgemein verbindlichen, aber bewegten Worten. —

Zur Fleischtheuerung. In dem 1898er Jahresbericht der Berliner „Viehkommissions- und Wechselbank“ wird ausgeführt, daß das Fleischnetzwerk im Vorjahre infolge der hohen Viehpreise in recht ungünstiger Lage sich befinden habe. Vielfach seien aus diesen Gründen kleinere Geschäftsbetriebe aufgegeben, vielfach seien Kalamitäten und Zahlungsschwierigkeiten die Folge gewesen. — Wenn auch die im Bericht gegebene Darstellung, als ob der Fleischnetzwerk die Preise nicht habe in „entsprechender Weise freigen“ können, nicht zutreffend ist, so ist doch andererseits die Behauptung der Agrarier, die hohen Preise seien durch die Fleischer herbeigeführt, noch viel weniger haltbar.

Reimar, 17. März. (Fig. Ver.) Der Landtag hat, und zwar rückwirkend vom 1. Januar 1898 ab, beschlossen, daß Einkommen bis 400 M. steuerfrei sind. — Der bei der Verathung des Ausführgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch gestellte Antrag auf Erhaltung des durch Hosen u. verursachten Bildschadens, wurde abgelehnt. —

Darmstadt, 16. März. In der zweiten Kammer wurde ein Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, in Betreff der Aufhebung der Zollkredite für eingeführtes Getreide den kaiserlichen Bundesbevollmächtigten anzuweisen, falls der Reichstag die Aufhebung beschliesse, für diesen Beschluß im Bundesrath einzutreten. Dieser Antrag wurde gegen 5 Stimmen angenommen, obgleich ihn die Regierung bekämpft hatte. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein Hofstaatssekretär wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. In Draunichweiz wurde der Hofstaatssekretär a. D. Könnede, der schon einmal wegen desselben Vergehens eine längere Freiheitsstrafe verbüßt hat, wegen einer neuen Majestätsbeleidigung in Haft genommen. Der Tagelöhner Joseph Pfeiffer in Rainz kam am 6. Februar zu einem Schugmann und machte beleidigende Äußerungen gegen den deutschen Kaiser und den Großherzog von Hessen. „So“, sagte Pfeiffer dann zu dem Schugmann, „seht habe ich Majestätsbeleidigung verübt, Sie müssen mich verhaften“. Die Strafkammer verurtheilte ihn zu 6 Monaten Gefängniß.

In Elmshorn wurde der Richter M. verhaftet; er soll in angetrunkenem Zustande eine Majestätsbeleidigung begangen haben. —

Chronik der Gewaltthatigkeiten. Anlässlich eines Vergleiches zwischen dem Dresdener Zuchthaus-Urtheil und dem gegen den Straßburger Studenten Barth erlassenen Strafmaß (Barth hatte belamlicht einen jungen Mann durch einen Hieb mit einem schweren Stöcke eine lebensgefährliche Verletzung am Kopfe beigebracht, die zu einem bleibenden Defekt geführt hat) schreibt der protestantische Pastor Hoffet in seiner in Straßburg erscheinenden „Heimath“: „Man wird die Strafe Barth's (6 Monate Gefängniß) streng, aber auch gerecht finden. Nichtsdestoweniger wird einem aber gerade bei diesem Vorfall, in welchem eine nicht zu schillernde hässliche Kauferei mit Begleitung von Schimpfworten der gemeinsten Art zu blutigem Ausgang führte, die Erinnerung an die Löbtauer Affäre aufsteigen. Der Unterschied zwischen beiden Vorfällen ist nicht so bedeutend, umfoweniger, da es sich in Straßburg um gebildet sein wollende junge Herren handelt. Warum dort in Dresden mehr Jahre als hier Monate? Die Antwort liegt darin, daß man in dem Löbtauer Fall ein Exempel statuiren wollte. Das ist aber nicht die Pflicht und Aufgabe der Gerichte, sonst hätte man hier in Straßburg auch ein solches Exempel statuiren können.“

Nachträgliches zur Palästina-Reise. Herr Cool, der Leiter des englischen Reisebureau's, ist jüngst gestorben, wie es heißt, an einer Krankheit, die er sich während der von ihm dirigirten Orientreise des Kaisers zugezogen hat. Herr Cool hat nun selbst eine Darstellung von der Reise gegeben, die wir in der „Zukunft“ wiedergegeben finden. Cool erzählt: „Im die Bedarfsartikel für die beiden Lager, das kaiserlich deutsche und das türkische, zu beschaffen und die ganze Bewegung auszuführen, hatten wir 1430 Reitpferde, Maul- und Packthiere, 116 Landauer, Wagen und Gepäcksarren, 8 Separatzüge von Jerusalem nach Jaffa und 8 von Beirut nach Damaskus und zurück nötig. Die Gesamtzahl der von uns beschäftigten Personen war: 800 Maulthiertreiber und Pferdewärter, 260 Kellner und Gehilfen; zur Ausrüstung der beiden Lager standen 300 verschiedene Zelte in Verwendung, da das Kaiserliche in zwei Abtheilungen aufgeschlagen werden mußte, um den größtmöglichen Komfort zu garantiren und eventuelle Störungen zu vermeiden. Es ist schwierig für den Leser, sich ein richtiges Bild von den ungeheuren Mähen zu machen, welche die Beförderung einer solchen Kavalkade auf jenen verkehrlosen Straßen verursachte. — besonders, wenn man bedenkt, daß zu jener Anzahl noch die türkischen Truppen, etwa 600 Mann, kamen, während ganze Schwärme von Eingeborenen aus allen Theilen sich herandrängten, um das Kaiserpaar zu sehen. Nicht genug damit — die Reise fiel auch noch in die schlechteste Jahreszeit. Die Hitze war ganz außergewöhnlich intensiv, der Staub fast unerträglich und zu alledem kamen noch Schwierigkeiten, die nötige Menge trinkbaren Wassers zu verschaffen. Es mußte daher einzig und allein zu diesem Zweck eine beträchtliche Anzahl Leute beordert werden, was wieder große Auslagen verursachte. Ohne in alle Einzelheiten einzugehen, will ich erwähnen, daß, abgesehen von anfänglichen Fleischnöthigkeiten aus England, Deutschland, Ägypten und Oesterreich (von wo das ganze Wildpret bezogen wurde), unsere Väter einen Aufwand von 2000 englischen Pfund aufwanden, die sich auf den Ankauf von frischem Gemüße, Geflügel, Eiern u. s. w. vertheilten. Infolge der tropischen Hitze war natürlich der Konsum von Getränken ein enormer. Im Ganzen wurden geleert zwischen 11 000 und 12 000 Flaschen, wovon die Hälfte auf Mineralwasser entfiel. Die kaiserliche Tafel bestand täglich aus 80 bis 85 Bedekten; sämtliche Utensilien waren aus massivem Silber und wurden eigens zu diesem Zweck aus England herübergeschafft. Eine kleine Episode, die uns zu besonderer Ehre gelangt, verdient Erwähnung. Der Kaiser, der seinen eigenen Koch und seine eigene Dienerschaft mit sich brachte, hatte kaum unsere Einrichtungen gesehen, als er seine Leute beurlaubte und Alles von unseren alten arabischen Kochkünstlern und Dienern zubereiten und auftragen ließ.“

Wie viel Cool für das Arrangement liquidirt hat, wagte er nicht mitzutheilen. Er wollte offenbar nicht zu interessant sein. —

Ausland.

Die Ausweisung der italienischen Sozialisten. Zürich, 16. März. (Fig. Ver.) Die gute Meinung, die man nach einem Verner Telegramm vom Bundesrath bekommen mußte, daß er, objektiver Erwägung folgend, die Ausweisung des Ausweisungsbefehlusses sistire und die von der ganzen Presse verurtheilt ward — mit alleiniger Ausnahme des offiziellen „Bund“, der schweizerischen „Norddeutschen Allgemeinen“, — erwies sich nach weiteren Meldungen als unhaltbar. Der Bundesrath besteht auf seinem Schein und die verfolgten italienischen Sozialisten müssen das Land der Freiheit verlassen. Es ist eine harte, bittere Wahrheit, aber die in der ehrlich freisinnigen bürgerlichen Presse eine tiefgehende Erregung nachzittert.

Und zu derselben Zeit, da dies den Sozialisten gegenüber geschieht, treiben die beschäftigten italienischen Polizeispitzel in der Schweiz neuerdings in frecher Weise ihr schamloses Handwerk, fordern sie in öffentlich in Zürich angehängenen Plakaten die Italiener zur Revolution auf, dabei bedauernd, daß im Mai 1898 Mailand nicht an allen Ecken angezündet wurde! Die Provokation zeigt, wer die Urheber der Ausweisung sind und welchen Zwecken sie dienen muß. —

Das „Vollrecht“ veröffentlicht nun auch den schrecklichen Artikel des „Sozialisten“, der wohl härter als das von uns mitgetheilte Flugblatt ist, aber doch kaum über die Grenze der schweizerischen Pressefreiheit hinausgeht. Der Artikel schildert die ja aller Welt bekannten verlotterten italienischen Zustände in etwas leidendhaftiger Sprache, die aber doch allen Südländern eigenhümlich ist, und schildert die ebenso belamte wie unschätzbare Rolle, welche der mit 15 Millionen Franken von einem hungernden Volke bezahlte König spielt.

Das „Vollrecht“ veröffentlicht auch einen in würdiger und ruhiger Sprache gehaltenen Aufruf der Ausgewiesenen an die organisirten Italiener in der Schweiz, ein rühmendes und männliches Abschiedswort. Sie vertheidigen sich gegen die Anschuldigung, daß sie zu Gewaltthatigkeiten aufgereizt hätten, sie anerkennen in warmen Worten die Bemühungen auch der bürgerlichen Freiheitsfreunde, die für sie so sämmerliche Ausweisung rückgängig zu machen, und sie erwähnen ihre Bemühungen, die unwillkürlichen italienischen Arbeiter in der Schweiz zu organisiren und zu discipliniren, sie durch Errichtung von Unterrichtstufen aufzuklären, die Rücksicht zu bekämpfen und so wahrhaft gemeinnützig und kulturfördernd zu wirken. Sie haben jede Gewaltthat verurtheilt, und bargehen, daß aus einer solchen nie etwas Gutes und Dauerndes erwachsen könne, und dennoch weist man sie aus!

In einer ganzen Reihe von Orten sind bereits Protestkundgebungen erlassen worden, so in Zürich, Winterthur, Schaffhausen, Baden, Lausanne u. s. w. und noch viele andere Orte werden folgen. In würdiger und ruhiger Sprache schreibt die „Zürcher Post“, deren idealer Chefredakteur Reinhold Käegg innerlich tief empört ist über die Ausweisung, gegen den Bundesrath: „Hat sich der Bundesrath überlegt, wenn er die befremdende Gefälligkeit, moralisch unannehmbar, nur politisch verfolgte Leute auszuweisen, leistet? Ist das nicht dieselbe Regierung, der wir die fortgesetzten Madereten an der südlichen Grenze verdanken, die alle unsere Reklamationen spöttisch abweist, die taufende ihrer ausgehungerten, ausgebeuteten Landesfinder alljährlich in die Schweiz schicken muß, damit sie nicht zu Grunde gehen? Dieselbe Regierung, der wir die Widerwärtigkeiten mit den Schritten der einwandernden Italiener, die dafür um so vortrefflicher mit Schriften ausgestatteten Epigel zu bußen haben?“

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlreform für die Stadt Wien wurde am Mittwoch und Donnerstag im Gemeinderath verathen. Die Vorlage wurde ganz, wie sie Herr Lueger beantragt hatte, angenommen. Die Vorlage schlägt allgemeines und gleiches Wahlrecht vor, verlangt aber fünfjährige Sehaftigkeit in der Stadt zur Erlangung des Wahlrechts. Diese Bestimmung richtet sich natürlich gegen die sozialdemokratischen Arbeiter. Man glaubt nicht, daß die Regierung die Vorlage bestätigen wird, und es scheint, als habe Herr Lueger die ganze Angelegenheit nur betrieben, um sich als Reformator und Volksheld aufzuspielen, während er genau weiß, daß es zur wirklichen Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts kaum kommen werde.

Am Donnerstag Abend veranstalteten tausende Arbeiter eine Kundgebung vor dem Rathhaus, um gegen die fünfjährige Sehaftigkeit zu demonstrieren. Es wurde gerufen: „Hoch das allgemeine Wahlrecht, wir sind auch Wähler, nieder mit der Interessenvertretung, nieder mit Lueger, dem Volksverräther!“ Die Volkswache zu Pferde und Fuß schritt ein und versprengte die Arbeiter. Eine Anzahl derselben wurden wegen Widersehaftigkeit verhaftet. —

Die Praxis der Bestrafung von „Majestätsverbrechern“ scheint sich auch in Oesterreich recht merkwürdig entwickelt zu haben. In Rudweis wurden der Realschüler Beder und der Steueramts-Kandidat Schaffelhofer vom Kreisgericht zu je drei Monaten Kerker verurtheilt, weil dieselben bei einer Schloßfeier bei der von der Musikkapelle gespielten Volkshymne demonstrativ sitzen geblieben waren. Die Verurtheilung erfolgte wegen Majestätsbeleidigung! —

Wetting's „Evangelium“ vor Gericht. Vor dem Budapester Schwurgericht wurde, wie der „Pester Lloyd“ mittheilt, gegen den sozialistischen Journalisten Wilhelm Wetting verhandelt. Die Anklage der Staatsanwaltschaft hatte dem Verfasser des im Frühjahr 1898 im Druck erschienenen Bändchens mit dem Titel „Wilhelm Wetting, des ältesten deutschen Kommunisten Leben und Lehren“, dessen Anfang den Titel führte: „Das Evangelium eines armen Sünders“, zweifaches Verbrechen, Anreizung zum Klassenhaß, sowie Aufwiegelung gegen die bindende Kraft des Gesetzes zur Last gelegt. Die Geschworenen verneinten jedoch die Schuldfrage der Anreizung und der Aufwiegelung, worauf der Gerichtshof den Angeklagten freisprach.

Frankreich. Esterhazy über die französischen Generale. Der „Matin“ veröffentlicht die Fortsetzung des Interviews seines englischen Vertreters mit Esterhazy. Ueber den Anschlag Drouot's besagt, sagte Esterhazy: Die That sei die eines Geisteskranken, es sei denn, daß verschiedene Generale ihm versprochen hätten, ihm ihre Unterstützung zu theil werden zu lassen. Diese Generale, sagte Esterhazy, sind zu Allem fähig, alle sind ehrgeizig, besonders diejenigen, welche sich so gern republikanisch stellen. General Regnier bildet eine Ausnahme. Ueber den Prozeß, den die österreichische Familie Esterhazy gegen ihn angestrengt, erklärte Esterhazy, seine Advokaten hätten ihm gesagt, es sei unmöglich, ihm seinen Namen zu nehmen. —

England. Um der englischen Handelsmarine und der Flotte mehr englische Seeleute zuzuführen, haben das Handelsamt, die Admiralität und das Schatzamt ein Reglement erlassen, welches am 1. April in Kraft tritt und bis 1905 dauern soll. Danach sollen diejenigen britischen Schiffe, welche Schiffsjungen von 15 bis 19 Jahren an Bord nehmen, nachdem sich diese für den Dienst in der Marineserve verpflichtet haben, eine Vergütung erhalten, die nicht mehr als ein Fünftel der den Schiffen bezahlten „Light dues“ beträgt. Jeder Junge muß britischer Unterthan (sein Vater) sein und englisch sprechen und verstehen können. Er muß in eine besondere Klasse er Marinereferve eingetragen sein und sich verpflichtet haben, in die Marinereferve einzutreten. Außerdem muß der Besatzmann sein. Um die Jungen zu veranlassen, der Marine beizutreten, werden ihnen verschiedene Vortheile gewährt. Jeder hierfür Eingetragene erhält als Angeworbener während seines fünfjährigen Engagements 65 M. jährlich und zwei Anzüge. Wird er eingezogen, so beträgt sein Sold 2,76 M. Nachdem er 28 Tage lang egerziert hat, wird er, wenn der Bericht günstig über ihn lautet, zu einer sechsmonatlichen Uebung in der Marine zugelassen, und avancirt mit dem zwanzigsten Jahre, nachdem er die nötigen Prüfungen bestanden hat, zum angeworbenen Seemann. Er erhält hierauf 120 M. jährlich als Angeworbener und einen Anzug alle fünf Jahre. Wird er eingezogen, so stehen ihm 8,05 als Löhnung zu. Macht er eine weitere Uebung von sechs Monaten, und erfüllt er seine Pflichten als Mitglied der Marineserve, so erhält er ein Pensionszeugniß, welches ihn mit dem 60. Jahre zu einer Pension von 240 M. pro Jahr berechtigt. —

London, 17. März. Das Unterhaus hat den Etat über die Marinemannschaften angenommen. —

Spanien. Madrid, 16. März. Die Königin-Regentin unterzeichnete heute die Dekrete bezüglich der Auflösung der Cortes, der Wiederberufung derselben und der Bezahlung des rückständigen Soldes der nach der Heimath zurückbeorderten Soldaten. — Am Freitag wird die Ratifikation des Friedensvertrages mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet werden. — In Palma fanden wiederum lärmende Kundgebungen in die Heimath zurückgekehrter Soldaten statt; die Gendarmen mußte die Ruhe wiederherstellen. —

Rußland. Umbau der sibirischen Bahn. Wie das russische Blatt „Sibirsk Listok“ mittheilt, hat die besondere Kommission unter dem Vorsitze des Ingenieurs Michailowski, die beauftragt war, alle bisher fertiggestellten Strecken der sibirischen Eisenbahnen genau zu untersuchen, ihre Arbeit beendet, und sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es notwendig sehr wird, Alles umzubauen. Man hat nämlich, um billiger und schneller bauen zu können, gar zu leichte Schienen verwendet und überdies den Fehler begangen, auf diesem leichten Schienenweg die sonst vorzuziehlichen aber zu schweren Compound-Lokomotiven in Betrieb zu setzen. Infolge dessen ist es gefährlich, auf der sibirischen Bahn mit einer Geschwindigkeit von mehr als 28 Kilometern zu fahren. Anlässlich verunglückte in der Nähe der Station Bolosinnaja ein Zug, weil er diese Maximalgeschwindigkeit überschritten hatte. Man kann sich, schreibt die „Frankf. Ztg.“, einen Begriff davon machen, wie viele Millionen dieser Umbau kosten wird, wenn man erfährt, daß allein der Umbau der sogenannten Transbaikal-Linie, deren Anlage ungefähr 70 Millionen Rubel gekostet hat, auf wenigstens 15 Millionen geschätzt wird. —

Griechenland. Die Eröffnung der griechischen Kammern fand am Donnerstag statt. Der König eröffnete die Kammeression mit einer Thronrede, in welcher den Wahlen für die Ernennung des Prinzen Georg zum Oberminister auf Kreta Dank ausgesprochen wird und verschiedene Gesetzentwürfe angeführt werden, welche Reformen betreffen. Dieselben beziehen sich auf die Verfassung von Ausländern zur Reorganisation mehrerer staatlicher Dienstzweige, auf die Bildung eines achten Ministeriums für Handel und Gewerbe, auf Schaffung einer Kontrollbehörde für die Staatsbeamten und endlich auf ein Verhögesez. —

Türkei. Verfassung für Areta. Der aus 110 Artikeln bestehende Entwurf einer Verfassung für Areta wurde am Donnerstag von der Rationalversammlung in zweiter Lesung definitiv angenommen. —

Kanea, 17. März. Die Mächte bewilligten die Forderung des Prinzen Georg, die Truppenkontingente um ein Bataillon zu reduzieren. Die Maßregel wird im Laufe des April durchgeführt.

## Afrika.

**Finanzkontrolle für die südafrikanische Republik.** Der Präsident des Volksrates erklärte, die Regierung lasse aus Europa einen Finanzexperten kommen, welcher alle Finanzgeschäfte der Republik überwachen solle. Ohne Mitglied der Exekutive zu sein, würde dieser Finanzmann als Berater Sitz und Stimme haben.

## Prediger, Privatdozent und Staatsanwalt.

Aus den vielen Dokumenten, die die Sprache jener großen Zeit reden, wollen wir einige weniger bekannte unseren Lesern mitteilen, aus denen hervorgeht, wie selbst in den Ständen, die heute Hauptstützen der Reaktion sind, freigeistliche Gedanken sich regten und zum Ausdruck kamen. Wir wollen die Dokumente ohne jeden Kommentar für sich sprechen lassen und nur über die Gelegenheit ihrer Veröffentlichung eine kurze Angabe beifügen.

Der Prediger. Am 22. März 1848 schloß der Prediger Ehdow die Leichenrede bei der Bestattung der Märzgefallenen mit folgenden Worten:

„Wofür unsere Väter in den großen Kriegen unserer Freiheit gekämpft, was mehr oder weniger durch die Unbill der Herrscher und durch die Ungunst der Zeiten uns vorenthalten und verkannt worden, es ist jetzt errungen, daß wir es bewachen, daß wir es nicht von neuem verlieren, daß wir es nun ordnungsmäßig angefaßt. Ehre jedem Stande, und jeder gerechten Forderung gerechte Rücksicht. Das sind die Früchte, die dieses viel beweinete Samen Korn bringen wird, welches wir hier in diese weit klaffende Furche unserer freien Vaterländischen Erde einstreuen.“

In dem Denkstein, der diese Stätte zieren wird, welche die Gebeine der Märtyrer unserer Freiheiten und Rechte umschließt, wird eine Seele heiliger Erinnerung wohnen. Künftige Geschlechter sollen zu ihm pilgern, und er wird ihnen von den großen Taten berichten, die Gott der Herr in diesen schweren Zeiten getan, und er wird Kindern und Kindeskindern zur Warnung und zur Ehre, zu Trost und solcher Freude von den Leiden und Taten ihrer Väter und Mütter erzählen.“

Der Privatdozent. Der am 22. Mai 1848 zum ersten Male zusammengetretenen Nationalversammlung legte die Regierung einen Verfassungsentwurf vor, über den sich die Nationalversammlung mit ihr „vereinbaren“ sollte. Der Entwurf enthält eine Reihe reaktionärer Bestimmungen, die allgemein den größten Unwillen erregten; zahlreiche Proteste und Adressen gegen denselben liefen bei der Nationalversammlung ein. Eine derselben, die in fast allen Lokalen Berlins ausgelegt war und viele Unterschriften fand, war von dem Privatdozenten Dr. Rudolf Virchow verfaßt. Ihr Schluß lautete:

„Die Unterzeichneten protestieren aufs Heftigste gegen den Entwurf der Verfassung, sowie gegen den Gedanken, daß dieselbe durch eine Vereinbarung zwischen Volk und Krone zum Gesetze werden soll. Sie verlangen von der Nationalversammlung im Namen der Revolution und der Volkssouveränität, daß sie dieses, Entwurf und Vereinbarung, als ihrer unwürdig, bei Seite schiebe, daß sie sich als durch den Volkswillen geschaffenen unumkehrbaren Ausdruck der Volkssouveränität betrachte, und nach dem Recht der Revolution und dem Geiste der Zeit aus sich heraus die Freiheit des Volkes in ihrer unverletzten Gestalt gesetzlich feststelle.“

Der Staatsanwalt. Auf verschiedene Denunziationen, wegen bestimmter Zeitungsartikel eine Strafverfolgung einzuleiten, veröffentlichte der Staatsanwalt beim königlichen Kriminalgericht, von Kirchmann, im amtlichen Theile der Allgemeinen Preussischen Zeitung vom 11. April 1848 folgende Erklärung:

„Der Unterzeichnete ist von vielen Seiten aufgefordert worden, gegen die Uebergrieffe der Presse in den letzten Tagen am hiesigen Orte gesetzlich einzuschreiten. Bei der großen Zahl dieser Anforderungen und ihrer theilweisen Anonymität ist der Unterzeichnete genöthigt, eine Antwort auf diesem Wege zu geben.“

So lange die Presse sich nur im Felde des Allgemeinen, in Theorien über Reform des Staates, der Gesellschaft, des Verkehrs bewegt, seien die Vorurtheile auch noch so übertrieben, noch so sehr das Bestehende angreifend, so lange hält der Unterzeichnete jedes Einschreiten der Strafverfolgung für unzulässig. Gegen die Erzeugnisse des Geistes, selbst des böswilligsten in dieser Sphäre, giebt es keine anderen Waffen, als die des Geistes. In der That, Geldbußen dagegen anzuwenden, erscheint als rohe Gewalt, die nur dazu dient, solchen Ansichten den Schein der Wahrheit zu leihen und ihre Verbreiter zu Märtyrern des Volkswohls zu erheben. Gegen die Unwahrheit giebt es nur ein Mittel, das: sie zu widerlegen, und zwar in der gleichen einfachen, verständlichen Weise, in welcher jene ihre Verbreitung zu erlangen sucht. Je mehr jeder Ansicht, auch der äußersten, Raum gestattet wird, sich öffentlich auszupreisen, um so gefährloser wird sie. Die Gefahr beginnt erst mit dem Moment, wo die Verfolgung solcher Ansicht sie nöthigt, ihre Verbreitung im Geheimen zu suchen. Wer Pressefreiheit will, muß auch deren Mißbräuche zu ertragen wissen. Die Keuschheit der Sache läßt übrigens die Größe der Gefahr wohl überschätzen. Der gesunde Sinn der Bevölkerung wird auch der verführerischen solcher Theorien zu widerstehen wissen, wenn ihnen nicht bloß Witten und Ermahnungen entgegengestellt, sondern das Unhaltbare, für den Arbeiter selbst Verderbliche solcher Lehren ruhig und ernst dargelegt wird. Der Unterzeichnete wird deshalb nur dann gegen Uebergrieffe der Presse einschreiten und hält sich im Geiste des neuen Preussisches nur dann dazu befugt, wenn eine Druckschrift, das Gebiet des Allgemeinen verlassend, zu einem bestimmten Verbreiten Rath oder Anleitung geben oder die Ehre und Integrität bestimmter Personen verletzen sollte.“

Der Staatsanwalt beim königlichen Kriminalgericht, von Kirchmann.

## Partei-Nachrichten.

Bei der Gemeinderaths-Wahl in Dornitz bei Halle am Dienstag wurde Genosse Troitzsch mit 34 gegen 3 Stimmen in den Gemeinderath gewählt. Damit zieht der erste sozialdemokratische Vertreter in diesen Gemeinderath ein.

Zur Wahlfrage in Sachsen nimmt Genosse C. E. in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ Stellung. Er spricht sich gleichfalls für die Theilnahme aus, wenn auch aus anderen als den im „Vorwärts“ erörterten Gründen. Er kommt zu dem Schlusse: „Die Parteigenossen Sachsens betheiligen sich auch fernerhin an den Landtagswahlen. In den Kreisen, wo die voraussichtlichen Erfolge in keinem Verhältnis zu den Opfern stehen, können dagegen die Genossen von einer Theilnahme absehen.“

Das würde natürlich dasselbe bedeuten, was thatsächlich von den sächsischen Genossen seit je auch unter dem alten Wahlsystem geübt worden ist, und etwas anderes ist wohl unseres Wissens auch von keinem Anhänger der Wahltheilnahme bisher gefordert worden. Es würde aber nicht bedeuten, daß sich Kreise einfach deshalb nicht betheiligen, weil sie prinzipiell Gegner der Wahltheilnahme unter dem Klaffenwahlrecht sind und den „Klaffenwahlrechts-Kummel“ nicht mitmachen wollen.

Um etwa 1400 Annoncen hat die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ in Dresden in den Monaten Januar und Februar zugenommen. Hoffentlich bleibt es bei diesem erfreulichen Anwachsen.

Neues Partei-Organ in Sachsen. Die Parteigenossen im dritten sächsischen Reichstags-Wahlkreis haben in Dauen besprochen, bei der Landesversammlung die Anerkennung des „Armen Zeufel“ als Partei-Organ zu beantragen. Der „Arme Zeufel“ ist in der letzten Reichstags-Wahlkampagne als Wahlzeitung von den Parteigenossen des ersten, zweiten und dritten Kreises herausgegeben worden und da er Anfang fand, wurde dann durch Privatverlag als Wochenblatt fortgesetzt.

Folgendes Gemeindevahl-Programm haben die Genossen des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises (Leipzig Stadt und Land) in einer allgemeinen Gemeindevorteiler-Konferenz beschlossen:

1. Für die Wahlen zu den Gemeindevorteilern ist das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht für alle mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts und unter Anwendung des Proportional-Wahlrechts zu fordern. Das Wahlrecht darf durch den Empfang irgend welcher Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht aufgehoben oder beschränkt werden. Die Wahlen haben an einem gesetzlichen Ruhetage stattzufinden.

Die Sitzungen der Gemeindevorteilungen sind öffentlich abzuhalten.

2. Auf dem Gebiete der Schul- und Bildungswesen fordern wir: Weltlichkeit der Schule und Verbesserung des Lehrsystems. Schaffung einer einheitlichen Volksschule mit obligatorischem Besuch. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler der Volksschulen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

Errichtung von Schulkantinen zur Verpflegung der Schulkinder. Schulräthe zur regelmäßigen Prüfung und ärztlichen Beaufsichtigung der Schüler, der Schulen und Schullehrkräfte. Errichtung von Schulbädern. Ferienkolonien für kränkliche Kinder.

Festsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen auf eine mäßige Höhe, die einen gedehnten Unterricht ermöglicht. Besondere Schulklassen für Minderbefähigte.

Verbot jeder Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder. Obligatorischer Fortbildungsschulunterricht für beide Geschlechter bis zum 17. Lebensjahre. Ertheilung des Fortbildungsschulunterrichts an Wochentagen während der Arbeitszeit.

Errichtung und Ausbildung von Volksbibliotheken und Lesesälen.

3. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, die ihre Angelegenheiten vollständig selbstständig ordnen.

4. Verweigerung aller Unterstützungen aus Gemeindevorteilern für die Zwecke der Parteipolitik, des Sports und der Vergnügungsvereine.

5. Die Gemeindesteuern sind, unter Ausschluß der Kopfsteuer, auf direkte Steuern mit steigender Belastung der leistungsfähigeren Steuerzahler zu beschränken. Ausschluß jeder indirekten oder Verbrauchs-, Aufwand- und Umsatzsteuer.

6. Beleuchtungs-, Verkehrs-, Kraftergänzungs-, sowie sonstige für die Gemeinde notwendige Betriebe sind der Privatunternehmung zu überlassen und auf eigene Rechnung der Gemeinde zu errichten und zu betreiben. Auch sind die Gemeinde-Arbeiten, soweit angängig, in Gemeindevorteilern auszuführen; so insbesondere die regelmäßigen Gas- und Wasserleitungen, Säulen- und Straßenbauten.

7. Regelung des Submissionswesens in der Richtung, daß die Vergebung der Gemeindevorteilern und Lieferungen für die Gemeinde nur unter der vertragsmäßigen Verpflichtung der Unternehmer erfolgt, daß sie für die Gesamtheit der von ihnen beschäftigten Arbeiter die zwischen den Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten.

Alle Mitglieder der Gemeindevorteilung dürfen keine Arbeiten oder Lieferungen für die Gemeinde übertragen werden. Ebenso dürfen die Mitglieder der Gemeindevorteilung in keiner Weise an privaten Unternehmungen theilhaftig sein, die in einem Vertrags- oder Lieferungsverhältnis zur Gemeinde stehen.

8. Für die im Gemeinde-Austrag beschäftigten Arbeiter und Beamteten ist ausreichende Vergütung sowie eine Arbeitszeit von nicht länger als acht Stunden täglich und in jeder Woche einmal eine Ruhepause von mindestens 36 Stunden einzuführen; desgleichen sind Pensionen, sowie Witwen- und Waisen-Unterstützungen für die Arbeiter zu errichten und die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung für sämtliche in Gemeindevorteilern beschäftigten Arbeiter in Anwendung zu bringen. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist sicher zu stellen und darf in keiner Weise eingeschränkt werden. In allen städtischen Betrieben sind Arbeiter-Ausschüsse durch direkte und geheime Wahl der Arbeiter zu errichten.

9. Errichtung von Gewerbegerichten. Fürsorge für Arbeitslose. Pflege der sozialen Statistik.

10. Gemeinmütige Wohnungspolitik. Verhinderung der Spekulation und des Wohnungswunders durch Erwerbung des innerhalb der vorhandenen oder projektierten Bebauungspläne liegenden Arealis, event. auf dem Wege der Enteignung.

11. Uebernahme der Markt-, Bau-, Wohnungs-, Verkehrs-, Gesundheits- und Sicherheitspolizei in die Gemeindevorteilung.

12. Einrichtung und Unterhaltung einer geregelten Krankenpflege unter Beachtung aller vorbeugenden Mittel. Als solche sind zu fordern:

Öffentliche Bade-Anstalten, Spielplätze, Förderung des Turnwesens, Wohnungs- und Straßenghygiene, unentgeltliche Desinfektion von Wohnungen, Möbeln und Kleidungsstücken bei Gefahr von ansteckenden Krankheiten.

Schaffung von Verbandsfeuerwehren und Anstalten zur Lebensmittel-Unterstützung. Laufende behördliche Kontrolle der Lebensmittel.

Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie und Privatarbeit. Uebernahme und, wo nöthig, Errichtung von Apotheken in eigener Regie der Gemeinden. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschließlich der Geburtshilfe und der Arzneimittel. Uebernahme der Friedhöfe in die Verwaltung der politischen Gemeinde und Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens.

13. Uebernahme der Armen- und Waisenpflege mit ausreichenden Unterstützungsjahren durch den Staat. Menschwürdige Einrichtung von Anstalten für Obdachlose und Emigranten.

Einzelne der hier aufgestellten Forderungen sind allerdings nur im Rahmen der Landes-Gesetzgebung zu verwirklichen. Dahin gehören das Gemeindevahlrecht, Weltlichkeit der Schule, einheitliche Volksschule mit obligatorischem Besuch, der obligatorische Fortbildungsschulunterricht für beide Geschlechter, Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke, und ebenso der Punkt 11 und der erste Absatz von Punkt 13. Das sind Dinge, zu deren Verwirklichung wir des Einflusses auf die Landes-Gesetzgebung dringend bedürfen, und das sollte gerade den Leipziger Genossen zu denken geben. Andererseits fehlt noch die sehr wichtige Forderung der Schaffung von Gemeindevorteilern, da die kleineren Gemeinden für sich allein viel zu schwach sind für die Durchführung der meisten der gestellten Forderungen.

**Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.**

— Wegen Verleumdung, begangen als verantwortlicher Redakteur der „Vollstimm“, wurde Genosse Quard in Frankfurt a. M. zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt. Er hatte seiner Zeit einen Artikel des „Offenburger Volksfreunds“ über den Fall Westold in Rehl ohne Zulassung und ohne Befragungen übernommen. Westold war ein kranklicher Soldat, der sich am 9. März 1898 erhängt hatte. Die Militärbehörde hatte damals bei dem Staatsanwalt in Offenburg angefragt, ob sich Strafverfolgung gegen den „Volksfreund“ empfehle. Der Staatsanwalt hatte erklärt, daß er keine Verleumdungen in dem Artikel finde. In Frankfurt aber wurde derselbe Artikel für beleidigend befunden, trotzdem in umfangreicher Beweisaufnahme die thatsächlichen Behauptungen erwiesen wurden.

— Die sächsischen Gerichte und das neue „Zuwel“. Die neue Bestimmung des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes, das Verbot der Theilnahme Minderjähriger an politischen Versammlungen betreffend, hat jetzt (unseres Wissens zum ersten Mal) zu einer ausführlichen Erörterung des Begriffs eines „politischen“ Vortrages vor Gericht geführt. Das Landgericht als Berufungsinstanz hatte zu entscheiden, ob der Vortrag: Die Degeneration der Arbeiterklasse, und wie ist derselben entgegenzuwirken, politisch sei. Der Vorsitzende der betreffenden Versammlung hat ihn für nicht politisch gehalten und deshalb auch die Minderjährigen nicht aus der fraglichen Gewerkschaftsversammlung ge-

wiesen. Die Polizeibehörde hatte von vornherein die entgegengelegte Meinung vertreten, hat den Vorsitzenden aber nicht davon unterrichtet, sondern diesen ruhig bei seiner Meinung gelassen, einer angeblichen Geseßesübertretung also ruhig zugehört. Doch das nur nebenbei. Hinterher bekam nicht nur der Vorsitzende jener Versammlung, sondern auch fünf Minderjährige Strafbefehle. Das Schöffengericht gab der Polizei aber in allen Punkten recht. Vor dem Landgericht hatten nur die Beklagten einen Schriftsatz eingereicht, in welchem der Vortrag theils auszugsweise, theils wörtlich wiedergegeben war. Das Gericht mußte nun zwar — im Gegensatz zur Polizeibehörde — anerkennen, daß der Vortrag in der Hauptsache und ohne Weiteres nicht als politisch anzusehen sei. Doch sei derselbe in einzelnen Wendungen und den Schlüssen politisch, und darin erblickte nun das Gericht das Charakteristimum des „Politischen“ des Vortrages. Der Vorsitzende wurde deshalb mit 20 M. bestraft.

Nach der Auffassung des Gerichts wird es unpolitische Vorträge wohl überhaupt nicht mehr geben, denn einzelne Wendungen und Sätze wird man immer als politisch definieren können. Die Interpretation des Gerichts stimmt aber durchaus nicht mit dem Sinn und Wortlaut des Gesetzes. Dieses spricht ausdrücklich von Versammlungen, welche politischen Zwecken dienen. Das läßt gar keine andere Deutung zu, als daß eine Versammlung oder ein Vortrag in der Hauptsache politisch sein muß, um überhaupt als politisch gelten zu können. Nach der Auffassung des Gerichts wird in Zukunft den Minderjährigen das Versammlungsrecht überhaupt genommen. Damit wäre allerdings die bis jetzt von den Behörden fast durchweg geübte Praxis auch gerichtlich anerkannt. Bemerkenswert ist noch, daß die Minderjährigen zwar freigesprochen wurden, aber nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern nur deshalb, weil es in diesem Falle zweifelhaft sei, ob die jungen Leute den „politischen Sinn“ hätten erkennen können. Im allgemeinen müsse aber auch ein Minderjähriger beurtheilt, was politisch sei, was nicht. Das braucht man also nur zu dekretiren.

— Die Polizei in Chemnitz fühlte sich durch die Behauptung des dortigen Parteiblattes beleidigt, daß der auf den Polizeiwachen befindliche Vorrath von Verbandzeug für die erste Hilfe bei Unfällen „nicht genügend“ sei. Es wurden die Genossen Salomon-Lessen und E. Härtel angeklagt, vom Schöffengericht aber freigesprochen. — Genosse Salomon-Lessen soll seiner 30 M. Geldstrafe begabten, weil er ohne Erlaubnis zu Sammlungen für die Arbeiter angefordert haben soll.

— Wegen Fahrlässigkeit nach § 21 des Preussischen wurde Genosse Jooß als verantwortlicher Redakteur des Volksblattes für Gotha von der dortigen Strafkammer zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt. Das genannte Blatt hatte im November 1897 eine Notiz enthalten, durch die sich ein Herr aus Gräfenroda beleidigt fühlte. Genosse Jooß hatte nachgewiesen, daß die Notiz durch einen andern Kollegen aufgenommen worden war, nachdem er die Redaktion bereits verlassen hatte. Jooß war in dieser Sache schon einmal freigesprochen worden, erst das vom Staatsanwalt angerufene Reichsgericht hatte auf die Fahrlässigkeitstrafe hingewiesen.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 17. März. (B. L. Z.) Der Senat genehmigte die in Paris unterzeichnete Zusatzkonvention zwischen Frankreich, Deutschland, Dänemark, Luxemburg, Rußland, der Schweiz u. s. w. bezüglich des Waarentransports auf Eisenbahnen. Fabre inspektirt die Regierung über die Anwerbung von Offizieren seitens der „Ligue de la patrie française“. Der Redner weist auf die politische Rolle dieser Liga hin, und fragt, weshalb man gebildet habe, daß diese Liga Offiziere anwerbe, deren Namen übrigens vor ihr nicht genannt worden seien. Fabre wirft ferner der „Ligue de la patrie française“ vor, daß sie sich durch ihre Beziehungen zu der Patriotenliga und der antimilitarischen Liga Kompromittirt habe und erimant an den Zwischenfall Drouleube. Da der Redner von einem Unwohlsein befallen wird, wird dann die Sitzung unterbrochen. Da bei Wiederaufnahme der Sitzung Fabre noch nicht im Stande ist, seine Rede fortzusetzen, wird die Interruption auf Dienstag vertagt.

Paris, 17. März. (B. L. Z.) Deputirtenkammer. Bei der Verathung des Marinebudgets legte Rodroy das, was er bereits gethan habe und noch thun wolle für die Sicherung der nationalen Verteidigung unter Berücksichtigung der Finanzlage. Frankreich könne nicht eine ebenso bedeutende Flotte wie England, und eine ebenso zahlreiche Landarmee wie Deutschland haben. Wenn Frankreich der Krieg erklärt werden sei, so müsse es im Stande sein ihn durchzuführen; wenn es aber seinen Krieg vermeiden wolle, so müsse es stark sein. (Weifall.) Der Minister führte aus, die Verteidigung der Küsten sei von nicht geringerer Bedeutung als die Verteidigung der Ozeane. Man müsse für den Fall eines Krieges sich auch die Freiheit der Meere sichern. Die Ausdehnung des Kolonialbesitzes erfordere es, daß man auch eine starke Marine habe. Rodroy erklärte weiter, die unterseeische Schifffahrt habe in Frankreich soeben einen entscheidenden Schritt vorwärts gethan, man sei jetzt im Besitze eines Unterseebootes, welches im Stande sei, thatsächliche Dienste zu leisten. Dasselbe sei ein Hilfsmittel aus militärischem Gebiete und auf dem Gebiet der Schifffahrt.

Der Minister führte sodann aus, Frankreich habe im Mittelständischen Meere gegenwärtig 15 Panzerschiffe, während England dort deren nur 10 habe. Danach rechtfertigte Rodroy die Organisation des Korps-Geschwaders und bemerkte, fast alle Holzschiffe bei den ferneren Geschwadern seien durch moderne Schiffe ersetzt worden. Des weiteren gab Redner Ausführungen über die Organisation der Flottenstützpunkte in den Kolonien und die Verteidigung der heimischen Küsten. Er erklärte, er sei bestrebt, durch Herabminderung der Zahl der Schiffstypen eine homogene Flotte zu schaffen. Morgen wird der Marineminister seine Darlegungen fortsetzen.

Paris, 17. März. (B. L. Z.) Das Justizpolizeigericht verhandelte heute bei geschlossenen Thüren über die Angelegenheit des früheren Leutnants Boisson, der in Reims wegen Spionage verhaftet war und verurtheilt ihn zu fünf Jahren Gefängnis, 1000 Franks Geldstrafe, 10 Jahren Ausweisung aus dem Lande und Entziehung der bürgerlichen Rechte. Das Gericht sprach das Verdauern darüber aus, daß das Gesetz nicht gestatte, eine schwerere Strafe anzuwenden.

Rom, 17. März. (B. L. Z.) Nach der „Italia militare“ richtete der Regus Menelik ein zweites Schreiben an König Humbert, in welchem er definitiv die neue erzhärische Grenze anzunehmen erklärt.

Rom, 17. März. (B. L. Z.) Das Kriegsschiff „Colomba“, welches auf der Fahrt nach Gibraltar begriffen war, erhielt Befehl, sofort nach der Samum-Bai abzugehen.

Madrid, 17. März. (B. L. Z.) Die Königin-Regentin unterzeichnete heute die Ratifikation des Friedensvertrages.

Stockholm, 17. März. (B. L. Z.) Infolge Anregung des Professor Nordenskiöld überwies der König dem Kmanensis F. A. Martin 1600 Kronen, um in Sibirien André nachzuforschen. Martin ist bereits abgereist.

New-York, 17. März. (B. L. Z.) Einem Telegramm aus Hot-Springs (Arkansas) zufolge brach dort, veranlaßt durch Streitigkeiten bei der Wahl des Mayors, ein Aufruhr aus, bei welchem 5 Personen, darunter der Chef der Polizei und zwei Polizeibeamte, getödtet wurden.

World“ veröffentlicht eine Depesche aus Vancouver, wonach am 6. März am Porcupine-Creef ein Streit zwischen kanadischen und amerikanischen Grubenarbeitern ausgebrochen ist. Der Streit hatte seinen Grund in Meinungsverschiedenheiten über die Gruben an der Grenze. Ein Amerikaner und drei Kanadier wurden getödtet, eine Anzahl anderer verwundet. Die Kanadier gingen darauf wieder über die Grenze zurück.

Vor fünfzig Jahren.

In den unruhigen Tagen der Jahre 1848 und 49 war es die „Kreuz-Zeitung“, welche häufig Extrablätter erscheinen ließ, die sich sowohl durch ihre Liebertreibungen, als auch durch die Gefährlichkeit auszeichneten, mit der die Demokraten behandelt wurden. Am 19. März 1849 ließ nun jemand in Berlin eine Travestie als Extrablatt der „Kreuz-Zeitung“ erscheinen, welche damals von vielen Seiten für wahr genommen wurde und die es verdient, zur fünfzigjährigen Wiederkehr des Tages ihres Erscheinens noch einmal veröffentlicht zu werden. Die Travestie hat folgenden Wortlaut:

Extra-Blatt.

Neue Preussische (Kreuz) Zeitung, Nr. 166. Berlin, Sonntag, den 19. März, 1849.

Erhebung der rothen Republikaner in Breslau.

Wir bringen unseren Lesern die neuesten Nachrichten aus Breslau über die Schilderhebung der dortigen rothen Republikaner am Nachmittage der stürmischen Märzempörung. Der Herr der Verfassungen hat sich nicht seine Hand über das preussische Vaterland und über das heilige Königsdom gehalten und die Pläne der Gottlosen zu Schanden gemacht.

Hoffentlich wird niemand mehr so absichtlich verblendet sein, die Erhebung einer weitverzweigten Unsturzpartei zu bezweifeln, die es auf Vernichtung alles dessen abgesehen hat, was heilig und ehrwürdig, die an die Stelle der Zivilisation und des göttlichen Rechts die rothe Barbarei und die freche Willkür zu setzen gemeint ist.

Wagt es, Ihr Vorkämpfer der Anarchie, Ihr Räuber der Völker, im Angesicht dieser Thatfachen den Antrag von Waldeck und Komptzen auf Aufhebung des Belagerungszustandes von Berlin zu unterstützen, und Preußens Volk wird Euch zum Dank die längstverdiente Erhöhung votiren.

Die Vorlesungen des Ministeriums über Presse, Vereinigungs- und Versammlungsrecht erscheinen unter diesen Umständen als völlig unzureichend. Nur eines kann retten und das fordern wir im Namen aller Gutgefinten:

Den Belagerungszustand über die ganze Monarchie.

Breslau, den 17. März 1849 (Abends 10 Uhr). Sie haben in mehreren Nummern Ihrer Zeitung öfter und mit Recht auf das Vorhandensein eines Unsturzplanes der noch nicht genug gedemagogischen demokratischen Partei aufmerksam gemacht und leider hat man diesen wohlgemeinten Winken nicht rechtzeitig Gehör geschenkt. Die Andeutungen, die das Ministerium und darüber gemacht und die uns ganz gerechtfertigt erscheinen, zeigen zu unserem Bedauern, daß die Fäden jener rasilosen Verbindung, oder besser gesagt Verschwörung, die in Berlin durch die Eisenbahnen zusammenflochten, nicht vollständig in der Hand des Ministeriums waren, wenigstens scheint man von dem hier beabsichtigten Unsturz, der doch jedenfalls mit dem allgemeinen in Verbindung stand, nicht unterrichtet gewesen zu sein. So weit man jetzt eingemessen einen Ueberblick über die Absicht der Verschworenen haben kann, so liegt derselben nichts Geringeres zu Grunde, als nachdem man die städtischen und königlichen Behörden und königlichen Offiziere nicht gefangen, nein, ermordet haben wird, die Fackel der Empörung in die Hände der gemeinen Proleten zu werfen, sich mit Polen zu vereinigen, einen Einfall nach Böhmen zu wagen, und sich mit den dort jetzt fanatisirten und demokratisirten Gassen zu vereinigen, das österreichische Heer in Rücken zu demüthigen, um so mit den Ungarn vereinigt die österreichische Monarchie zu stürzen und die deutsche Republik in Wien zu proklamiren. Das Ungarn den Führern dieser rasilosen Horde hier mit Schwermüthigkeiten an die Hand gegangen ist, beweist die Unmasse Banknoten, die unseren Weg überschweben; diesen ungarischen Mündern konnte es natürlich nicht schwer werden, sich in den Besitz von Banknoten zu setzen. Ueberlegt man es, mit welcher raffinierten Schlaueit und Verschäuf das Unternehmen geleitet wurde, so muß man in der That mit hoher Achtung vor der Thätigkeit unserer Sicherheitsbeamten erfüllt werden und auf den Seiten derjenigen Männern danken, die durch Treue gegen den König und den Staat zunächst unsere Stadt vor so entsetzlichen Unglück zu bewahren suchten. Und trotzdem hing das Schicksal an einem seltenen Faden. Dürften jene Polen, deren Anstich ich Ihnen schon gemeldet, die mit dem Abendzuge aus Kalizien ankamen, nicht so unglück im Sinne der Empörer sich betragen, hätte man nicht bei den Verhafteten die Liste aller Mädelstähler vorgefunden, wer weiß, was geschehen wäre. Was ich Ihnen schreibe, beruht auf Mittheilungen hochgestellter Personen, und Sie können daher, auf meine Verantwortung hin Alles veröffentlichten. Koch in dieser Nacht werden die Empörer verhaftet werden.

Breslau, den 18. März 1849 (Mittags 1 Uhr). Der Himmel sei uns gnädig, ich habe Glückliches zu berichten. Vor Entsetzen weiß ich kaum, wo ich beginnen soll. Sturmfluten, Geröll des Übels, Gewehrfeuer, Kanonenfeuer, Pferdegetrappel, Weggehen der Bemordeten, Klirren der Feuerkeulen, Trommelwirbel und Trompetengegärr, Schrei der Alarmhörer; ein häßliches Charivari. Heute bringt die rothe Republik ihre Rahenmusik. Wehe über Breslau! Wehe über Schlesien, Preußen, ja ganz Deutschland, wenn sie siegt. Doch ich will mich fassen und Ihnen die Schrecken des Tages berichten.

Das Gerücht, daß die Demokratie zum heutigen Tage einen Hauptschlag vorbereite, war seit mehreren Tagen in Jedermann's Munde. Man wußte, daß bereits hunderte von Polen, jene Sturmvögel der Emute, hier angekommen, und von den Säuglingen der Demokratie untergebracht waren; man wußte, daß die Aufsturzpartei aus allen Kräften löste. Demungeachtet kein energisches Einschreiten der Behörden. Der Magistrat beschließt eine Bürgerwehrgarde, die Stadtverordneten, in öffentlicher Sitzung terrorisiert von ihrem Auditorium, Leute aus der Hefe des Übels, mit Messern und Stöcken versehen, treten diesem Beschluß bei. Der Polizeipräsident genehmigte für Nachmittags einen großen Aufzug der Demokratie. Unbegreifliche, unverantwortliche Verblendung. Heute Morgen kam mit allen Lakuzigen Zug von den Wählern aus der Provinz, die Schützengilden von Orlau, Ohlau, Liegnitz, Gollau, Schweidnitz und Freiburg ziehen mit klingendem Spiel in die Stadt, um an der Bürgerwehrparade Theilzunehmen. Diese sollte um 10 Uhr beginnen, der republikanische Oberst Engelmann aber verstand es, indem er in fingirtem Ungeduld die widersinnigsten Dispositionen bei der Auffstellung der Detaillone traf, den Beginn der Feier bis gegen 12 Uhr hinauszuziehen. Nach Beendigung der Gottesdienste nahmen Magistrat und Stadtverordnete (wohlgemeinlich in Erinnerung an die mittelalterliche Herrlichkeit und Selbstständigkeit Breslaus, der alten Emmentenaderi, Schweidnitz, die Heerfchau ab. Inzwischen hatten sich auf dem benachbarten Lauenzengplatz und Zwingerplatz die Wähler zu dem vorerwähnten Aufzuge unter dem Kommando der Führer des demokratischen Klubs gesammelt, der polizeilichen Anordnung zuwider mit rothen Fahnen, die Waße bis an die Zähne bewaffnet.

Als die Wäler der Stadt bei ihrem Umgange an das Engelmann'sche Freikorps, eine aus den bevorzugten Vummilern, Dieben und Korrigenden bestehende, jedoch gut bewaffnete und egerierte Truppe, kamen, ließ der moderne Cromwell das Corps eine Schwemung machen, die arglosen Senatoren untringen und in Haft nehmen. Dem klünnen Stadtrath Heimann gelang es jedoch, einem der Briganden den Gleichfinger von der Seite zu reißen, mit dem er drei mit gewaltigen Strelchen erlegt. Wie Harnas, der klünn Springer, legt der Muthige darauf vom hohen Ufer herab in die eiligen Ruten des Stadigrabens, die er glücklich durchschwimmt, und sucht Hilfe in der Kaiser-Kaserne.

Nach zwar sind die bereits konfignirten Schwadronen im Sattel und ellen, den heldemüthigen Heimann an der Spitze, nach der

Stadt. Am Schmelzburger Thor jedoch hat sich schon eine Barrikade erhoben, das Wächthaus ist bereits vom Böbel genommen und ebenso wie das Brandenburgische Palais mit Schügen besetzt. Die waderen Reiter werden von einem entsetzlichen Angelregen empfangen und müssen weichen. Heimann sticht den Tod der Ehre für Gott, König und Vaterland.

Jetzt ertönte entsetzlicher Feuerlärm, sämtliche Kaserne der Stadt und im Bürgerwerder stehen in Flammen, kaum gewinnen die glücklicherweise konfignirten Truppen Zeit zum Ausmarsch. Die Barrikaden wachsen wie Pilze aus der Erde, das Rathhaus ist im Moment in den Händen des Volkes, die rothbekreuzte Landwehr, geführt von dem heimlich zurückgekehrten Hauptmann Schläpke und dem bisher verborgenen gewesenen Barrikaden-Vaumeister Behse, nimmt das Zeughaus und bewaffnet sich. Der Kampf entbrennt an allen Ecken, das Volk besetzt die Gefangenen.

(2 Uhr Nachmittags.) Die Stadt ist in den Händen der Rebellen; die Truppen haben sich kämpfend herausgezogen, der Niedererschleßte Bahnhof ist glücklicherweise noch in ihrem Besitz. Soeben wird auf dem Stadthaus die provisorische Regierung proklamirt. Die besteht aus: Ferdinand August Feld, Silch, zwei Volkshut-Kommunisten dunkelrother Färbung, Schlosser Weisner, dunkelroth, Schneider Lorenz, hellrother Vummier, Buchhändler Schumann und Klühl, Wähler aus Hanau, beide orange, Kaufmann Stahlschmidt, Professor Breinertsdorf und dem jüdischen Schriftsteller Verthold Auerbach, alle drei violett! Dr. Dellbrück hat abgelehnt, weil er die rothe Farbe deavouirt und ein grünes Papier als Symbol des Völkerräthlings verlangt. Engelmann ist General en chef.

Der Status des großen Friedrich hat man zu schändem Hohn in die segnend ausgestreckte Hand ein rothes Panter gegeben, ebenso dem Heldenbilde Blücher's. Das Schwert des Legierten ergreift der Kandidat Breinert (merkwürdigerweise heute im schwarzen Hute), und eilt auf den Neumarkt zur Volksversammlung, die Schöll, der Gouthon Breslau's, auf dem Viedelst das Gabeljürgen stehend, bereits zur Wuth aufgesehelt hat. Der Rabbi Friedmann fanatisirt das Judenviertel, Moriz Schreiber, der Bankier der Revolution vertheilt Geld, der demokratische Frauenverein zieht vor das Rathhaus und fordert Waffen. Die Doktoren Levy und Paal rathen ein Lazareth ein.

(3 Uhr Nachmittags.) Das Morben hat begonnen. An jeder Ecke des Ringes ist eine Quiloline von 50 Pferdekraft aufgestellt, die fortwährend arbeiten. Sämtliche Laternen tragen schon Leichen, selber die besten Männer der Stadt, Magistrat und Stadtverordnete, sämtliche gutgeheime künftliche Beamte, Geistliche aller Konfessionen, die Korrespondenten Ihrer Zeitung: Mehnwald, Mintel, Theodor Brand und Referendar v. Windheim fallen unter dem Mordbeil. Der Senior Krenke soll an eine Laterne gehängt werden, der Strid reißt dreimal. Der wüthende Böbel schreit ein großes Feuer an und brät den unglücklichen an Spieße. Dem Stadtverordneten-Vorsteher Pegenbrecht wird ein Ring durch die Nase gelegt und er an demselben durch die Straßen geschleift. Der neue Stadtrath, Apotheker Gerlach, wird gezwungen, konzentrierte Phosphore aus seiner eigenen Offizin zu trinken, das Gift wirkt jedoch nicht und die Rasenden reißen ihn in Stücke. Dr. Kich, der beliebte Volkredner, wird gehängt, weil ihn der sozialdemokratische Verein für einen Halben erklärt. Indeß sind bereits in der provisorischen Regierung Spaltungen entstanden. Stahlschmidt und Breinertsdorf müssen abdanken, weil es sich herausstellt, daß sie nicht violett, sondern nur blau sind. Der rothe Mai und Graf Reichenbach, indeß in Breslau angekommen, treten an ihre Stelle. Silch besteuert die Reichthümer Breslau's mit zehn Millionen.

(4 Uhr Nachmittags.) Es ist inzwischen dem Verein für Gesetz und Ordnung gelungen, eine Schaar treugeisteter Männer zu versammeln, deren Kerntruppe der weißgekleidete Landwehrverein unter Paul v. Rimpfch und Professor Klühl bildet. Das Militär greift wieder an, die Geisliche donnern von Neuem. Am Neumarkt kämpft weiße und rothe Landwehr, an der Spitze der ersteren die Blume der Mitternacht, Paul v. Rimpfch, mit einem Stoddegen bewaffnet, das weiße Kreuz mit Gott für König und Vaterland am Hute, mit einem blauen Domino als Waffenrock bekleidet. Professor Klühl fällt, von Hoholl's mörderischer Kräfte durchbohrt, auch Paul v. Rimpfch stirbt den Heldentod, erdrückt von einem Wädeln aus dem Volke.

Die tapferen Truppen dringen weiter vor und nehmen einige der stärksten Barrikaden, nach wird jedoch die Barrikade am Löwenfelsler, aus Bierfassern bestehend, während vertheidigt. Dort kämpfen die tapfersten der Rothen, die Gebrüder Hoffmann, der wüthende Möller, der Edwinnoth Steinbrück selbst, Joseph Cassirer, Semrau, der Führer des sozialdemokratischen Vereins.

Die Barrikaden am Neumarkt vertheidigen Hoholl und Breinert, der mit dem Wälerschwert die Truppen reihenweise niedermetzt, dem Tod mit der Sense gleichend. Hoholl wüthet mit dem Dreizack des Gabeljürgen, den er diesem entrisst.

(5 Uhr.) Das Militär ist überall siegreich. Die Löwenfelsler-Barrikade ist genommen. Die Vertheidiger haben sich in den Keller zurückgezogen, diesen verammelt und sprengen sich in die Luft. Am Neumarkt fällt Breinert, Hoholl verzweiflungsvoll stürzt sich in das Caffin des Gabeljürgen und ertrinkt. Die unheimliche spihwintelige Barrikade an der Komede, von den Zimmermeistern Vorsig und Börner erbaut, wird durch Dr. Rosenhain's Angesicht umgeworfen und fällt in die Hände der Truppen.

Koch hält am Ringe die Hauptwache der Bürgerwehr unter Engelmann, Schläpke, Weise, das republikanische Angerbataillon unter Schrauer und Paal, das Freikorps unter Tobias und die Kompagnie Unger, stand.

Es wird mit Schrapnell unter die Reiterer gefeuert, nach einem schrecklichen Blutbade ergiebt sich der Ueberrest. Die Mäße ist wieder hergestellt, die Ordnung herrscht in Breslau.

(Abends 7 Uhr.) Die Hauptführer sind sämmtlich todt oder verhaftet. Man sagt, Dem und Dembinski sollen unter den Leitern des Kampfes gefehen worden sein, sie sind indeß verschwunden. Wie freuen uns, einige der ermordeten Beglaubten gerettet zu sehen. Mehrere Stadtverordnete, u. A. Herr Burghard, haben sich im Hofe des Gasthofes zur goldenen Gans vertheidigt gehalten und sind, obwohl abel zugeriecht, wieder zum Vortheil gekommen. Der wädere Vorkämpfer des Vereins für Gesetz und Ordnung, Herr Kandidat Ludwig Gahn, ist gleichfalls erhalten worden. Derselbe war beim Beginn des Kampfes in das Judenquartier gerathen, dessen demokratische Bestimmung er in der „Schlesischen Zeitung“ so treffend gezeichnet hatte, und war in Gefolge, von der fanatischen Menge genodet zu werden. Schnell gesagt und mit seltener Geistesgegenwart erinnert er die Wädelnenden an ihre gemeinsame Abstammung, fährt ihnen zu Gemüthe, wie sein Vater Elan und sein Oheim Moses Gahn (ein Spegerichändler von der goldenen Rabengasse) unter ihnen gewandelt, und so gelang es ihm, zum Theil durch die Vermittlungen eines der Familien Gahn früher befreundeten Grafen, des Gläners aus der Rechtsanwaltschaft, der Menge zu entkommen. Der Letztere verberg Gahn bis zum Abend in seiner Behausung unter alten Kleidern und Gehetmänteln und führte nach Wiederherstellung der Ruhe den Beretteten in den Verein für Gesetz und Ordnung, der den Todtgegläubten jubelnd empfing.

Soeben taucht die freundliche Gestalt unseres Brimker's Vater auf. Derselbe, von einem Volkshaufen angefaßen, erklärt: „Ich bin Demokrat.“ spricht kurz und praktisch und wird losgelassen.

Invalidenversicherungs-Kommission.

14. Sitzung vom 17. März 1899. Zu § 52a beantragen Rollenduh und Genossen, dem Absatz 2 hinzuzufügen: „hatte der Vertreter der Versicherten die Wahl deshalb abgelehnt oder hatte er deshalb sich nicht rechtzeitig zu den Sitzungen

eingefunden oder hatte er deshalb einer Obiliegenheit sich nicht unterzogen, weil sein Arbeitgeber ihm für ein anderes Verhalten Nachtheile in Aussicht gestellt hatte, so ist halt des Vertreters der Versicherten der Arbeitgeber mit der Geldstrafe zu belegen.“ Wurm weist zur Begründung dieses Antrages auf den notorischen Terrorismus hin, den Arbeitgeber gegen Arbeiter ausüben, um diese zu verhindern, von gesetzlichen Rechten Gebrauch zu machen. Regierungsrath Hofmann: § 147 des Gesetzes schätze die Arbeiter bereits genügend. Rollenduh: § 147 bestraft zwar den Arbeitgeber, welcher Arbeiter an der Uebernahme oder Ausübung eines in Gemäßheit dieses Gesetzes ihnen übertragenen Ehrenamtes beschränkt. Aber der Arbeiter sei dann noch nicht entschädigt. Abg. Frankel (B.): Solche Arbeitgeber kann es gar nicht geben; die machen sich gesellschaftlich unmöglich. Trimborn (B.): Dem Sinne des Antrages stimmen wir zu, aber wollen bei § 147 eine diesbezügliche Bestimmung darüber bringen. Richtig (H.) erzieht, im Interesse der Arbeiter den Antrag zurückzugeben, denn wenn der Arbeitgeber den Arbeiter nicht zu dem Ehrenamt lassen will, läßt er ihm. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Antifemiten abgelehnt. Zu § 58 beantragen Rollenduh und Genossen statt „Erfolg für entgangenen Arbeitsverdienst“ zu setzen: „Entschädigung in Höhe eines Arbeitsverdienstes, der dem Arbeitsverdienst entspricht, den Arbeiter derselben Art zu verdienen pflegen.“ Wurm: Ein Ehrenamt ohne jede Entschädigung auszuüben, ist nur den Besitzenden möglich; der Arbeiter, der von der Hand in den Mund lebt, wird, wenn er keine Entschädigung erhält, sehr benachtheiligt. Ist er aber zu der Zeit, da er sein Amt ansetzt, gerade arbeitslos und erhebt er dann einen Anspruch, so wird er wegen Betruges bestraft. Raab (Antif.) ist gegen den Antrag, der nur zur Folge haben könne, daß Angestellte von Arbeiter-Organisationen zu Weisern gewählt werden. Gerade das aber wolle er verhindern, daß solche berufs-mäßige Vertreter der Arbeiter hinein kommen. Rollenduh und Gen. beantragen, unter Zurückziehung des obigen Antrages zu sagen: Die Vertreter der Versicherten erhalten außerdem einen Pauschbetrag für Zeitverlust oder Erfolg für den ihnen entgangenen Arbeitsverdienst. Dieser Antrag wird angenommen. — Zu § 62 beantragen Rollenduh und Gen., die Bestimmungen zu streichen, daß den Vertretern der Arbeiter die Entschädigung verlagst wird, wenn sie nicht von ihrer Sitzung den Arbeitgebern Mittheilung gemacht haben. Der Antrag wird mit elf gegen zehn Stimmen abgelehnt. — Zu § 62a beantragt v. Löbell (L.), daß die Beamten der Versicherungsanstalt und ihrer Organe nicht bloß mit den Rechten und Pflichten von Staats- oder Kommunalbeamten angestellt werden können, sondern als solche angestellt sind. In der Debatte weist Wurm auf eine Petition der Beamten hin, welche schon dadurch zeigt, wie mißlich an manchen Anstalten die Lage der Beamten ist, daß, wie es in der Petition heißt, ein Theil der Beamten die Petition nicht zu unterzeichnen wagte — „aus Furcht vor Wahrungsergungen“. Der Antrag v. Löbell wird angenommen. § 62b, den Rollenduh und Genossen wie Absatz 2 zu streichen beantragen, wird gestrichen. — Zu § 74 (Schiedsgerichte) beantragt Absatz, daß das Schiedsgericht anstatt aus drei Mitgliedern, unter denen sich ein Arbeitgeber und ein Versicherter befinden muß, aus fünf Mitgliedern zu bestehen hat mit zwei Vertretern der Arbeitgeber und zwei der Versicherten. Dies wird beschlossen, ebenso, daß die Vertheidigung von Zeugen nach, nicht vor ihrer Aussage zu erfolgen hat. Die §§ 74a, 74b, 74c, 74d, 74e werden nach längerer Debatte angenommen. § 75 (Verfahren) unter Annahme einiger Änderungsanträge, u. a. eines Antrages Rollenduh und Gen., daß der Anspruch auf Bewilligung einer Rente nicht nur am Wohnorte des Versicherten zu erheben ist, sondern auch „an dem Orte, wo der Versicherte zuletzt in Arbeit“ war. — Nächste Sitzung: Sonnabend.

Parlamentarisches.

Aus der lex Peluze-Kommission. In der Freitagssitzung gelangt zunächst § 181 zur Verathung. Die Regierungsvorlage schlägt folgende Fassung vor: „Die Kuppel ist, selbst wenn sie weder gewohnheitsmäßig noch aus Eigennuth betrieben wird, mit Zwangsarbeit bis zu 5 Jahren zu bestrafen, wenn 1. um der Unzucht Vorzueh zu leisten, hinterlistige Kunstgriffe angewendet werden, oder 2. der Schuldige zu der verpöppelten Person in dem Verhältniß des Chemannes zur Ehefrau, von Eltern zu Kindern, von Vormündern zu Pflegebefohlenen, von Geistlichen, Lehrern oder Erziehern zu den von ihnen unterrichteten oder zu erziehenden Personen steht. Neben der Zwangsarbeit ist der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auszusprechen; auch kann zugleich auf Geldstrafe von 100 bis zu 8000 M., sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aussicht erlauft werden. Sind im Falle des Absatz 1 Nr. 2 mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu 3000 M. erlauft werden könne.“ Die durch Sperrdruck kenntlich gemachten Worte stellen Abweichungen vom bestehenden Gesetz dar. Zu diesem Paragraphen liegen folgende Änderungsanträge vor: a) seitens des Abg. Hünburg (L) im Absatz 1 die Worte bis „Nr. 2“ zu ersetzen durch die Worte „Sind in dem Falle des Absatz 1 Nr. 2, daß es sich um Verpöppelung Verlobter handelt“, b) seitens der Abg. Webel, Singer und Stadthagen: 1. dem Absatz 1 folgende Fassung zu geben: „Die Kuppel ist 1. selbst wenn sie weder gewohnheitsmäßig noch aus Eigennuth betrieben wird, wenn aber um der Unzucht Vorzueh zu leisten, hinterlistige Kunstgriffe angewendet werden, oder 2. wenn der Schuldige zu der verpöppelten Person in dem Verhältniß des Chemannes zur Ehefrau, von Eltern zu Kindern, von Vormündern zu Pflegebefohlenen, von Geistlichen, Lehrern oder Erziehern zu den von ihnen zu unterrichtenden Personen steht und die Kuppel aus Eigennuth betrieben oder auf den Willen der zu verpöppelnden Person zur Vornahme oder Duldung der unzüchtigen Handlung eingewirkt ist, mit Zwangsarbeit bis zu 5 Jahren zu bestrafen.“

Dem § 181 folgenden neuen Absatz zuzufügen: „Als Kuppel ist die Duldung eines geschlechtlichen Verkehrs zwischen Verlobten nicht zu erachten.“ Nach längerer Debatte wird die Regierungsvorlage unverändert angenommen. § 181a der Regierungsvorlage (Zulässiger Paragraph) lautet: „Eine männliche Person, welche von einer Frauensperson, die gewerbsmäßig Unzucht treibt, unter Ausbeutung ihres unstilllichen Erwerbes ganz oder theilweise den Lebensunterhalt bezieht, oder welche einer solchen Frauensperson gewohnheitsmäßig oder aus Eigennuth in Bezug auf die Ausübung des unzüchtigen Gewerbes Schutz gewährt oder sonst förderlich ist (Zuhälter), wird mit Gefängniß nicht unter einem Monat bestraft. Ist der Zuhälter der Chemann der Frauensperson, oder hat der Zuhälter die Frauensperson unter Anwendung von Gewalt oder Drohungen zur Ausübung des unzüchtigen Gewerbes angehalten, so tritt Gefängniß nicht unter einem Jahre ein. Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, auf Zulässigkeit von Polizei-Aussicht, sowie auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde mit den im § 302, Absatz 3 und 4 vorgezeichneten Folgen erlauft werden.“

Hierzu liegen noch einige Verschärfungsanträge vor. Webel, Singer und Stadthagen beantragen, den § 181a zu streichen, eventuell die durch Sperrdruck hervorgehobenen Worte zu streichen und ferner den § 361 Nr. 6 Str.-G.-B., der die Prostitution

offiziell reglementiert, zu streichen. Zur Begründung wird etwa ausgeführt: Das Juhiläum ist wesentlich die Folge dieses § 361 Nr. 6, besondere Strafbestimmungen nützen nichts, so lange dieser § 361 Nr. 6 bestehen bleibt. Im Gegentheil, neue Strafbestimmungen, die über die Bestrafung der Juhiläum als Kuppler, Erpresser, Schläger u. s. w. hinaus allein deshalb, weil diese die Prostituirten vor polizeilichem Zugriff und vor Ausbeutung durch rohe Lüstlinge schützen, Strafe festsetzen, verschlechtern die Lage der Prostituirten, ohne diesen oder der Allgemeinheit zu nützen. Die Ausbeutung infolge solcher Strafbestimmungen noch schlimmer werden. Ueberdies bedrohe die kaufmännische Gefaltung des § 181a eine Reihe von Personen, die man an sich nicht treffen sollte. Statt solcher Strafbestimmungen sei Befreiung des § 361 Nr. 6 und seiner Vorstrafen erforderlich — vor allem freies Vereinsrecht —, die eine der Hauptursachen der Prostitution beseitigen oder eindämmen. Nach längerer Debatte werden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und § 181a unverändert angenommen. Die nächste Sitzung der Kommission findet nach den Osterferien statt.

Zu der Wahlprüfungskommission des Reichstages wurde gestern Abend die Wahl des konservativen Abg. Firzlaß (Köslin-Kolberg) beanstandet.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Berliner Steinseher haben durch den Gesellenauschuß und die Lohnkommission nochmals in einem Schreiben an die Innungsmeister um Bewilligung ihrer Lohnforderung nachgehakt. Das Verlangen der Gesellen ist schon einmal von dieser Stelle mit der Motivierung abgelehnt, daß die Innung sich bis jetzt noch nicht als Zwangsinnung konstituiert habe und deshalb nicht Stellung nehmen konnte. Die Gesellen glauben aber, daß trotzdem die Meister zu ihrer Forderung Stellung nehmen können und sie legen nochmals kurz die Gründe für ihr Verlangen dar. Vor allem liegt ihnen an der Durchföhrung der neunstündigen Arbeitszeit, die auch bereits bei einigen Firmen eingehalten wird.

### Deutsches Reich.

Der Kongreß aller im Handels-, Transport- und Verkehrgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands findet am 2., 3. und 4. April in Leipzig im Saale des Turnerheim statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht des Vertrauensmannes. a) Kassenbericht; b) Rechenschaftsbericht. Referent: Alboldt-Berlin. c) Bericht der Einigungs-Kommission. Referent: Der Vertreter der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands. 2. Statutenberathung und Wahl der Verbandsleitung. 3. Die Unfall-Ver sicherungs-Gesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung unseres Berufes. Referent: Schumann-Berlin. 4. Die §§ 315 und 316 des Strafgesetzbuches und ihre Anwendung auf die Strafbahnen. Referent: Himpel-Hamburg. 5. Das Plaisio der Sozialreform im Handelsgewerbe und die Sonntagstrafe im Verkehrgewerbe. Referent: Rein-Berlin und Schmidt-Leipzig. 6. Anträge und Berufsangelegenheiten. 7. A. Karl Alboldt, Berlin O., Auguststr. 38. 3. Joh. Hoffmann, Berlin NO., Friedenstr. 106.

Eine internationale Vermittlung für Arbeiterangelegenheiten, und namentlich für alle die Arbeiterorganisationen betreffenden Angelegenheiten ist ein dringendes Bedürfnis. In Bezug hierauf herrscht völlige Uebereinstimmung in allen Arbeiterkreisen; und auf allen internationalen Arbeiterkongressen sind Beschlüsse, welche Wünsche in dieser Richtung ausdrücken, gefaßt worden. Die Ausführung dieser aber auf große Schwierigkeiten, so daß vorigen Winter in England der Plan auftauchte, durch ein privates Vermittlungsbureau dem Bedürfnisse abzuhelfen. Wir theilten den Plan seinerzeit mit und sprachen uns gegen denselben aus. Die von uns geltend gemachten Gründe haben sich auch als stichhaltig erwiesen. Bei den englischen Gewerkschaften hat der Plan keine günstige Aufnahme gefunden, und, wie wir voraussehen, ist es allgemeine Meinung und allgemeine Absicht, daß die von dem letzten englischen Gewerkschaftskongreß beschlossene Zentralbehörde der zu schaffenden Föderation aller englischen Gewerkschaften, die internationale Vermittlung in Arbeiter- und namentlich in Gewerkschaftsdingen zu organisieren habe. Und wir sind in der Lage, mittheilen zu können, daß vorbereitende Schritte bereits gefaßt sind und daß greifbare Resultate sich nicht lang werden erwarten lassen.

Zum Lohnkampf der Krefelder Weber wird uns geschrieben: Selten dürfte ein Lohnkampf von beiden Seiten mit einer solchen Hartnäckigkeit geführt worden sein, wie beim Ausstand der Krefelder Weber. Namentlich die Fabrikanten scheinen alle Hilfsquellen erschöpft zu wollen, ehe sie sich zum Nachgeben bereit zeigen. Die Heranziehung von Streikbrechern war ihnen allerdings unmöglich. Es wurde dann versucht, die Hilfsarbeiter, namentlich weibliche, in der Sammetweberei anzulernen. Nach Lage der Sache konnte es sich bei diesem Versuch nur darum handeln, die Arbeiter zur Nachgiebigkeit zu stimmen, allerdings vergebens. In einer so diffizilen Fabrikation, wie wir es namentlich bei der Erzeugung der in Krefeld hergestellten Sammete zu thun haben, gehört eine langjährige Schulung, soll die Industrie ihren Aufwahren. Es hat sich denn auch herausgestellt, daß die Fabrikanten sich in der Hoffnung, auf diese Weise die Arbeiter zu befiegen, getäuscht haben. In ihrer Roth wandten sie sich nun an auswärtige Fabrikanten um Hilfe und diese haben denn auch die Krefelder Fabrikanten ausgeholfen. Ob die Qualität dieser Waaren dieselbe ist, wie die speziell in Krefeld hergestellten, ist allerdings fraglich. Nunmehr aber erheben sich auch die Sammetweber in der Umgegend, um eine weitere Unterstützung der Krefelder Fabrikanten durch das Mitentreten in die Lohnbewegung zu verhindern. In Krefeld treten 300 Weber der Firma H. v. Brud Söhne am 24. d. M. in den Ausstand, in Dülken fordern die Arbeiter der Firma Hoffmann u. Pröbsting eine 15prozentige Lohn-erhöhung, ebenso wollen die Sammetweber in Biersen und Lobberich sich der Lohnbewegung anschließen. Schreitet die Bewegung in demselben Maße fort, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß in Bälde der größte Theil der Sammetweber am Niederrhein sich im Ausstand befindet. Dieses würde allerdings viel größere Summen erfordern, als durch die Klassenbewegte Arbeiterchaft bisher eingegangen sind. Andererseits wird es aber dem Streik ein schnelles Ende bereiten. Die Mode entscheidet sich vor Ostem, sodas die Fabrikanten nach diesem Zeitpunkt einem derartigen Massen- ausstand nicht Stand halten können. Das die Fabrikanten sich angefaßt dieser Situation in keiner angenehmen Lage befinden, ist leicht einzusehen. Einzelne Fabrikanten, die es vordem unter ihrer Würde hielten, ihre Arbeiter auf der Straße zu grühen, suchen dieselben nunmehr persönlich in den Wohnungen auf, um sie unter den glänzendsten Verpöhrungen zu bewegen, Streikbrecher zu werden. Aber alle Viebesmühe ist vergebens, da selbst diejenigen der Arbeiter, welche bisher vom Klassenbewußtsein nur wenig durchdrungen waren und folgedessen vom Fabrikanten in erster Linie in Anspruch genommen wurden, das Anerbieten derselben in der bestimmtesten Weise zurückwiesen. Offenbar handelt es sich für die Fabrikanten heute nicht mehr darum, ihre Forderungen gegen die Arbeiter durch- zudrücken, sondern sich von der Nothwendigkeit zu befreien, die Suppe auszulöffeln, die sie sich selbst durch ihre neue Lohnliste eingewodt haben.

Wir legen die Hoffnung, wie die deutsche Arbeiterschaft bisher den alle Augen auf sich richtenden Lohnkampf der Krefelder Sammet- weber durch ihre Opferwilligkeit erst ermöglicht hat, so wird sie es sich auch nicht nehmen lassen, dafür Sorge zu tragen, daß der Kampf bis zum glücklichen Ende durchgeführt wird. Es handelt sich in Wahrheit um einen Klassenkampf von der weittragendsten Bedeutung nicht nur für den Niederrhein, sondern für das Klassenbewußte Proletariat überhaupt. Dieser Hinweis dürfte genügen, um alle Kräfte der deutschen Arbeiter anzuspornen, daß ihrige zum Siege der Sammetweber beizutragen.

Alle Geldsendungen sind zu richten an Hermann Baer, Krefeld, Kaiserstraße 18. Für Berlin nimmt im Gewerkschaftsbureau, Annenstraße 16, Rudolf Willarg Beiträge entgegen.

Die Freiheit des Arbeitsvertrages. In recht sonderbarer Weise hat sich die Werksdirektion in Wilhelmshaven bemüht, Herrn Krupp bei seinen in Wilhelmshaven auszuföhrnden Arbeiten auf dem Panzerkreiß Wilhelm II. in der Erlangung geeigneter Arbeitskräfte behilflich zu sein. Wie das „Norddeutsche Volksblatt“ berichtet, zahlte die Firma Krupp bei ihren Arbeiten recht niedere Preise, weshalb besonders die Maschinenbauer die Arbeit verließen und geeignete Kräfte schwer zu haben waren. Die Firma Krupp schloß deshalb mit der Werft eine Vereinbarung, die dahin ging, daß von ihr abgehende Arbeiter auf der Werft nicht angestellt werden und umgekehrt Krupp keine Arbeiter nehmen sollte, die von der Werft abgingen. Trotzdem wollte aber der Arbeitermangel nicht weichen und so sprang die Werksdirektion dem Bedrängten bei. Der Obermeister Löber ließ eine Anzahl Maschinenbauer, die abkömmlich waren, zu sich kommen und eröffnete ihnen, daß sie im Krupp'schen Betrieb in Arbeit treten sollten, wenn sie das nicht wollten, dann sollte ihnen hiermit gelündigt sein und mühten sie in 14 Tagen aufhören. Wohl oder übel mühten die Arbeiter dem nachkommen und Herr Krupp ist mit Arbeitern versorgt.

Wir hätten eine solche Beschränkung in der Freiheit des Arbeits- vertrages für vollkommen unangebracht; noch weniger sollte eine staatliche Behörde den Interessen eines Privatbetriebes sich so eifrig dienlich machen, wie es hier geschieht. Es ließe sich gegen eine solche Maßnahme nichts einwenden, wenn sie geschieht bei Entlassung überflüssiger Kräfte und dann der Hinweis geschieht, in diesem oder jenem Betrieb werden Arbeiter dieser Branche verlangt, aber der Zwang, der hier ausgeübt wird, ist entschieden zu tabeln. Schließlich mag Herr Krupp seine Arbeiter so bezahlen, daß sie es in seinem Betrieb aushalten können.

Die Braunkohlen-Vergleute im Zeig-Weißenfels- und Neufelwig-Koßiger Revier werden aufgefordert, zu der von einer stark besuchten Versammlung aufgestellten Lohnforde- rung von 10 pCt. Zulage Stellung zu nehmen. Erklären sich die Vergleute im ganzen Bezirk mit dieser Forderung einverstanden, dann soll sie mit eingehender Begründung am 1. Mai den Gruben- direktoren vorgelegt werden.

In Köthen befinden sich die Maurer im Streik.

Die Maurer in Darby sind zum größten Theil von den Bauunternehmern ausgepeert, weil sie über zwei Wauten die Sperre verhängt hatten. Die Unternehmer verlangten die Zurücknahme dieser Anknüpfung.

Die Hirsch-Bundischen Gewerksvereine halten am 22. Mai und folgende Tage ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung in Augsburg ab.

### Ausland.

Ein Kampf von besonderer Heftigkeit wird gegenwärtig ausgekämpft zwischen den Steinbrucharbeitern des Graubüne (Belgien) und den Unternehmern. Die Unternehmer unterbreiteten vor einigen Monaten den Arbeitern eine neue Arbeits- ordnung, die Arbeiter, deren Vertreter vorher nicht um Rath gefragt worden waren, verweigerten die Anerkennung derselben. Es kam zum Streik, der nun bereits 11 Wochen andauert, 2000 Arbeiter sind an denselben theilhaft. Streikbrecher haben die Unternehmer nicht heranzuziehen vermocht. Dagegen haben sie diejenigen der Streikenden, welche theils in anderen Steinbrüchen in Frankreich, theils in anderen Industriellen Unterkommen gefunden hatten, wieder aus Arbeit gebracht. Trotzdem halten die Arbeiter aus; die belgische Arbeiterschaft sammelt Unterstützungen.

## Unternehmer-Verbände.

Die Interessenten der Braunkohlwerke planen die Gründung einer Organisation. Unser Parteiorgan in Forst ver- öffentlicht die Statuten dieses Arbeitgeber-Verbandes, die von Halle aus zur Begutachtung an die einzelnen Interessenten gefandt wurden. Die Aufgabe des Vereins soll es sein, unberechtigte Forderungen und ungesetzliche Angriffe seitens der Arbeiter zurückzuweisen. Während des Ausstandes sollen die Werke 25 pCt. der Löhne als Entschädigung erhalten, die sie im voraus- gegangenen Monat zahlten. Während eines ungerechtfertigten Aus- standes oder einer vom Verband gebilligten Ausperrung dürfen die Mitglieder des Verbandes Arbeiter des betreffenden Werkes auf ihren Werken nicht einstellen, auch in den Räumen ihrer Betriebe wissenschaftlich Sammlungen zu Gunsten der Ausständigen nicht gestatten. Derselben Verpflichtungen haben die Mitglieder, die auf ihren Werken Arbeiten durch Unternehmer ausführen lassen, auch diesen aufzuerlegen.

Die vereinigten Oiekeren theilen ihren Abnehmern durch Zirkular mit, daß die erhebliche Steigerung aller Rohmaterialien- u. c. Preise sie zwingt, ihre Notirungen um 5 pCt. zu erhöhen.

## Soziales.

Die Bergarbeiter auf den fiskalischen Bergwerken im Bezirk Clausthal sind sehr schlecht gestellt. Alle erfahrene Häuer von 40 Jahren verdienen im Allord mandmal noch keine 60 M. pro Monat. Und das bei voller zehnstündiger Schicht ohne Ein- und Ausfahrt. Schon im vorigen Sommer hatten sie an die Bergbehörde ein Wittgeuch um eine kleine Lohnzulage und wöchent- liche Lohnzahlung gemacht, waren aber abgewiesen worden. Darauf wandten sie sich an den Handelsminister Bresselt. Sie erhielten den Bescheid:

„daß im Hinblick auf die seit einigen Jahren all- mählig erfolgte Aufbesserung der Arbeitslöhne eine weitere Lohnerhöhung zur Zeit nicht eintreten könne. Auch dem Gesuche um Einführung wöchentlicher Lohnzahlungen könne wegen der hierdurch bedingten erheblichen Vermehrung der Lohnungs- arbeiten nicht entsprochen werden.“

Die Vergleute wissen nichts von einer Lohnerhöhung. Auch die statistischen Quellen wissen nichts davon. Nach dem statistischen Hand- buch für den preussischen Staat, 1898, verdienen die Vergleute im Ganz durchschnittlich

im Jahre	1889	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896
bei Schichten	298	301	302	299	299	300	297	300
	M. 608	613	610	604	606	611	608	620

Von einer Lohnaufbesserung kann schon damals so gut wie keine Rede sein, da der Jahreslohn von 1889 bis 1896 (weiter reichen die Nachweisungen nicht) um ganze 17 M. gestiegen ist, wobei aber auch noch 2 Schichten mehr verfahren worden sind; es kommt aber folgendes hinzu: Die Vergleute dieses Bezirks erhalten sogenannte Wrotkorn- Zulage. Diese betrug per Schicht in den hier genannten Jahren 11 Pf., 12 Pf., 13 Pf., 16 Pf., 6 Pf., 6 Pf., 6 Pf. und 5 Pf. Das machte 1896 17,78 M. weniger wie 1889, so daß also in Wirk- lichkeit das durchschnittliche Jahreseinkommen der Vergleute 1896 noch einige Pfennige niedriger war wie 1889, obgleich sie 2 Schichten mehr verfahren haben. Der Herr Minister aber erklärt den Leuten lähn, daß ihr Lohn „seit einigen Jahren“ allmählig aufgebessert worden sei.

Die Clausthaler Vergleute wollten sich dabei nicht beruhigen und machten noch ein Gesuch an den Kaiser. Auch darauf erhielten sie vom Handelsminister einen ablehnenden Bescheid.

Das Arbeiter-Sekretariat in München erstattet soeben seinen ersten Jahresbericht. Die Einrichtung wurde am 1. März 1898 ins Leben gefaßt und mit zwei Sekretären, A. Wühlauer und J. Kimm, besetzt. Der Bericht, der in einem stattlichen Heftchen von 99 Seiten vor- uns liegt, legt von einer umfassenden und planmäßigen, und wie

wir besonders hervorzuheben für nöthig halten, für die Arbeiter und ihre Organisationen werthvolle Thätigkeit Zeugniß ab. Welchem dringenden Bedürfnis mit der Gründung des Sekretariats ab- geholfen wurde, geht aus der Zahl derer hervor, die die Hilfe des Sekretariats in Anspruch nahmen. Das waren gleich im Gründungs- monat 567 Personen. In den ganzen 10 Monaten wurde es von 5885 Personen in 6080 Fällen in Anspruch genommen. Bemerkens- werth ist übrigens, daß fast die Hälfte dieser Personen keine r Arbeiterorganisation angehörten. Das beweist, welchen Vertrauens- sich die Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen auch in den Kreisen derer erfreuen, die selbst den Organisationen und Organi- sationsbestrebungen noch fern stehen. Die Gegenstände, für welche die Hilfe des Sekretariats in Anspruch genommen wurde, waren natürlicherweise zu einem sehr großen Theile die aus dem Arbeitsverhältnisse sowie aus der Arbeiterversicherung herpor- gehenden Streitigkeiten, doch auch in Bürgerheimathrecht- und Staatsangehörigkeits- Fragen, in Ehefachen, Steuer-, Alimentations-Angelegenheiten, Miethsdifferenzen, in Erbschaftsachen, sonstigen Zivilstreitsachen, in Militärangelegenheiten, Armenwesen, Strafsachen, Hypothekensachen und sonstigen Dingen wurde Rath und Hilfe gewünscht. Eine Anzahl der wichtigeren Streitfragen aus dem Arbeits- und Versicherungsverhältnis werden in dem Bericht aus- fährlich geschildert.

Besondere Aufmerksamkeit hat das Sekretariat der Statistik der am Orte bestehenden Gewerkschaftsorganisationen wie auch der Lohn- bewegungen zugewendet. Es wurde eine Statistik der Mitglieder- bewegung, der Einnahmen, der Unterstützungen, des Arbeitsnachweises, des Bibliothekswesens und der Versammlungen der Gewerkschaften auf- genommen. Ebenso wird eine Tabelle über die Unterstützungs- einrichtungen der Gewerkschaften mitgetheilt, eine Statistik über die Thätigkeit des Gewerbegerichts und noch anderes. Auf die Ergebnisse dieser Aufnahmen werden wir noch zurückkommen.

Wo kommen die Volksschullehrer her? Die statistischen Erhebungen über das niedere Schulwesen in Preußen, die 1891 und 1896 vorgenommen wurden, sind auch darauf ausgedehnt worden, aus welchen Berufskreisen die Volksschullehrer entstammen. Es wurde dabei folgendes ermittelt. Es gab 1896, wie wir der Statistischen Korrespondenz entnehmen, in den preussischen Volks- schulen 68 688 vollbeschäftigte Lehrer und 10 271 vollbeschäftigte Lehrerinnen. Von diesen sammteten:

Aus den Berufsabtheilungen	Lehrer	Lehrerinnen
A. Landwirtschaft, Gärtnerei u. c.	34,87 pCt.	14,87 pCt.
B. Gewerbe	27,02 pCt.	28,09 pCt.
C. Handel und Verkehr	9,11 pCt.	17,74 pCt.
D. Hausdienste und wechselnde Lohn- arbeit	0,47 pCt.	0,44 pCt.
E. Staats- u. Dienst und freie Berufe	24,52 pCt.	32,47 pCt.
F. Berufslose	4,51 pCt.	6,39 pCt.

Charakteristisch an diesen Zahlen ist der Umstand, daß die Gruppe E fünf- bis sechsmal soviel Volksschullehrer liefert, wie ihr eigener Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmacht. Davon ent- fällt aber der größte Theil auf die Lehrkräfte selbst. Von den 18 844 Lehrern aus der Abtheilung E stammten 13 293 aus Lehrer- familien, darunter wieder aus Volksschullehrer-Familien 12 923; von den 3335 Lehrerinnen derselben Abtheilung stammten 1401 aus Lehrerhäusern, darunter 1004 aus Volksschullehrer-Familien. Aller- dings zeigt sich da von 1891 auf 1896 ein Sinken des Anteils. Denn während 1896 der Gruppe E 24,52 pCt. Lehrer entstammten, waren es 1891 noch 25,74 pCt. Da jedoch noch keine weiteren Zahlen vorliegen und auch in anderen Abtheilungen Rückgang zu verzeichnen ist, so läßt sich nicht sagen, ob das eine bestimmte, vielleicht in der genaueren Kenntniß des preussischen Volksschullehrer-Standes wurzelnde Tendenz oder nur eine zufällige Erscheinung ist. Der Rückgang in den verschiedenen Gruppen wird erreicht aus den Kreisen der Berufslosen. Es wies die Gruppe F 4,51 pCt. Lehrer im Jahre 1896 und nur 1,37 pCt. im Jahre 1891 auf; Lehrerinnen 6,39 pCt. im Jahre 1896 und nur 2,41 pCt. im Jahre 1891.

Die Mitgliederbestände der Krankenkassen zeigen vom 1. Februar auf 1. März ein ungemein starkes Anwachsen. Die absolute Zunahme beträgt in dem einen Monat bei einer Bericht- erstattung, die sich auf rund 675 000 Arbeiter erstreckt, annähernd 9000 gegen nur 5000 im Vorjahr. Prozentual beträgt die Zunahme 1,4 pCt. im laufenden Jahre gegen nur 0,8 pCt. im Vorjahre. Für die einzelnen Städte und Gewerbe liegen die Verhältnisse, wie aus der in der Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlichten Uebersicht hervorgeht, verschieden. Am stärksten zugenommen im Vergleich zum Vorjahr hat der Mitgliederbestand in Chemnitz, in Mainz und in Wiesbaden, während Berlin und Charlotten- burg unter dem Durchschnitt stehen. Die Branchen des Baugewerbes zeigen überall eine erheblich stärkere Zu- nahme der Beschäftigten wie im Vorjahre; die der Metallindustrie in München eine Zunahme, die das Vorjahr übersteigt; in Berlin dagegen bei den Maschinenbauarbeitern wie den Klempnern einen Rückgang. Stark zurückgegangen ist prozentual die Zahl der im Handelsgewerbe Beschäftigten. Doch können die lehterwähnten un- günstigen Verhältnisse in einzelnen Gewerben das günstige Gesamtergebnis in keiner Weise trüben.

Arbeiterrisiko. Auf dem Kaiserin-Augusta-Schacht in Oelsnitz i. E. stürzte der Bergmann Gustav Schmidt mit einem vollen Hund in einen 60 Meter tiefen Bremschacht; er wurde todt und gräßlich ver- stümmelt heraus geschafft.

Durch einen zerpringenden Schleiffstein wurde in einer Eisen- gieherei in Bismarck ein 27 Jahre alter Arbeiter todgeschlagen. Der Verunglückte hinterläßt Frau und Kinder.

## Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Zu Bureau-Vor- stehen ernannte das Magistratskollegium die Magistratssekretäre Wahl, Köppen und Hirsch und wählte den Bureauvorsteher Reimiger vom städtischen Viechhofe zum Ober-Stadtssekretär. — Das Magistrats- kollegium genehmigte die von der städtischen Baudeputation vor- gelegten Projekte zur Errichtung eines Gewächshauses im Humboldt-Hain mit einem Kostenaufwande von 8500 M., einer Turnhalle auf dem Grundstück Große Frankfurter- straße 23 mit einem Kostenaufwande von 28 200 M. und des Erweiterungsbaues der vierten Realschule in der Diefelmeherstraße und eines Straßen- reinigungs-Depots mit einem Kostenaufwande von 52 000 M. — Hinsichtlich des Köllnischen Rathhauses hat das Magistratskollegium beschlossen, die Miethsverträge zum 1. Oktober dieses Jahres zu kündigen, sodas der Abbruch dieses Ge- bäudes zu diesem Zeitpunkte erfolgen kann. — Das Magistrats- kollegium beschloß ferner, für Gemeindschulzwecke zwei Grundstücke anzukaufen, und zwar zur Errichtung einer Gemeinde- Doppelchule ein Grundstück in der Rigaerstraße und zur Errichtung einer einfachen Gemeindschule ein Grund- stück in der Waldemarstraße nahe dem Lauffer Platz.

Der Oberpräsident von Berlin hat auf Vorschlag des Magistrats den Termin für die Wahl im 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis auf Dienstag, den 11. April cr. festgesetzt. Zum Wahlkommissar ist der Stadtrath Mugdan und zum Stellvertreter desselben Stadtrath Selberg ernannt.

Die Gewerbebeurteilung des Magistrats beschäftigte sich am Mittwoch mit den Fragezetteln für die nächste Volkszählung im Jahre 1900. Es wurde beantragt, um die Zahl der in Berlin wohnenden und beschäftigten gelehrten und ungelehrten Arbeiter, der Lehrlinge und der Heimarbeiter festzustellen, entsprechende Fragen mittels der Zählkarten zu stellen. Die Beantwortung soll durch die Haushaltungsvorstände erfolgen. Bürgerdeputierter Tugauer beantragte, die Fragen bezüglich der vorhandenen Gesellen und Lehrlinge durch deren Arbeitgeber beantworten zu lassen. Daburch

würde man eine Uebersicht über die Zahl der Lehrlinge gegenüber der Zahl der Gesellen in den einzelnen Betrieben gewinnen. Dies festzustellen sei wichtiger, als die bloße Feststellung der Gesamtzahl der Gesellen und Lehrlinge in Berlin. Die Lehrlingszählerei, wie sie in den einzelnen Betrieben vorkommt, würde dadurch besser illustriert werden. Der Antrag Zuhauer wurde abgelehnt; es sollen die betreffenden Fragen durch die Haushaltungsvorstände beantwortet werden.

Der Beschluß der Deputation, betreffend die Errichtung einer Fahrschule, hat bisher die Zustimmung des Magistrats nicht gefunden. Dieser trägt Bedenken wegen der nicht unbedeutenden Kosten, welche die Errichtung und Unterhaltung der Schule verursachen würde. Auch ist man im Magistrat der Ansicht, daß die Schule hauptsächlich den Besitzern von Luxusfahrzeugen und den Sportleuten Vorteile bringen würde. Die Deputation beschloß, das Projekt noch nicht aufzugeben, sondern mit der Fuhrherrn-Zunft und sonstigen Interessenten in Verbindung zu treten, um deren Stellung zu der Frage zu ermitteln.

Bezüglich der Verwendung des Vermögens der aufgelösten Lederbereiter-Zunft beschloß die Deputation, den vorhandenen Bestand von 633 Mark zur Unterstützung hilfsbedürftiger Wittwen und Waisen dieses Gewerbes zu verwenden.

### Tokales.

Den Genossen und Genossinnen geben wir hiermit bekannt, daß am Sonntag, den 10. März, Abends 6 1/2 Uhr, im Lokale von Jubel, Lindenstr. 106, eine Volksversammlung stattfindet. Reichstags-Abgeordneter Fr. H. Z. u. B. e. i. l. spricht über: M ä r z g e d a n k e n.

**Dritter Reichstagswahlkreis.** Ueber die Bedeutung des heutigen Gedenktages spricht Reichstags-Abgeordneter Wolfgang H e i n e in der heute Abend 8 Uhr im Apolloaal, Sebastianstr. 39, stattfindenden Volksversammlung. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vertrauensmann.

**Achtung! Sechster Wahlkreis!** Zur Feier des 18. März finden heute Abend 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen Volksversammlungen statt: Kronen-Bräneri, Alt-Moabit 47/49; Kösliner Hof, Kösliner Straße 8; Weimanns Volksgarten, Vab-Strasse 56; Klümann, Braunen-Strasse 188; Mierle, Schönhauser Allee 101. In den Versammlungen sprechen die Parteigenossen Jubel, Fannsch, Kunert, Wagner und Hirsch über: Die Bedeutung des 18. März für das deutsche Proletariat. Zu recht zahlreichem Besuch laden ein Die Vertrauensleute.

### Im „Hils“verein!

Streifend fiel die Thür hinter mir ins Schloß, und ich war im „Stellenmachweis“ des Hilfsvereins die weibliche Angestellte angelangt. Das mit Handlungsgehilfenmisch die gefüllte Jänner, sowie die Karte Nr. 78, die ich erhielt, war für eine Stellenjuchende gerade nicht sehr ermutigend. „Also bereits 77 Stellenjuchende anwesend!“ rief ich überrascht. „Oh! sind's noch mehr!“, sagte ein junges blaues Mädchen, neben welches ich mich setzte. „Sind das jetzt schlechte Zeiten!“ seufzte sie dann. „Ein Ueberangebot von Arbeitskräften herrscht im Handelsgewerbe.“ erwiderte ich. „Und dazu macht der Hilfsverein uns selbst Konkurrenz!“ erfuhr sie. „Sehen Sie doch mal hier in der „Wöchentlichen Zeitung“ die blauen Striche bei jeder Annonce an, da hat er selbst hingefahren. Wendet sich also ein Chef mal nicht an den Verein, so wendet sich dieser an ihn!“ „Aum“, sagte ich lächelnd, „wir sind ja Mitglieder des Vereins, da ist es — „Rein!“ rief sie, lange nicht mehr! Wenn das so weiter geht! Wenn ich monatelang stellenlos bin, wie soll ich dann den Vertrag bezahlen können? Und den Nichtmitgliedern schnappt der Verein ja die letzten Chancen weg!“ „Jeder Chef nimmt ihn doch nicht in Anspruch“, entgegnete ich, „aber er schadet uns insofern, als er hunderte von jungen Mädchen in allen Handelsstädern ausbildet und sie dann den Chefs für ein Spottgeld von 20 bis 25 M. als „vorbereitete Lehrlinge“ offeriert. Hiermit wird dem älteren Komptoirpersonal eine furchtbare Konkurrenz geschaffen. Dem Verein muß demnach hauptsächlich das Interesse der Chefs am Herzen liegen.“ Ein großes blondes Mädchen kam jetzt aus einem Spechzimmer und schritt auf die Blasse zu. „Du, Selma!“ rief sie lebhaft, „soeben erklärte ich meinen Austritt!“ „Was? Du auch?“ rief die Angeredete verwundert. „Weßhalb denn?“ Der Verein hat sich in einer unverantwortlichen Weise gegen mich benommen“, erzählte die Blonde. „Du weißt, daß ich gleichmäßig und nervös bin und dringend eines Landaufenthaltes bedürfte. Mein Chef, der mich in der Saison maßlos ausgenutzt hatte, wollte mir aber anfangs gar keinen Urlaub und endlich nur acht Tage geben. „Rein“, einem Monat Urlaub möchte ich haben, und wenn ich auf's Gehalt verzichten soll!“ — entfuhr es mir. Das war Musik in meinen Ohren! Vier Wochen lang das Gehalt der Buchhalterin sparen, die anderen inaktiv für sie mitarbeiten lassen, das ging schon eher! Den Bücherrückstand mußte ich nachher ja doch nachholen! Er willigte ein. Als ich beim Verein für den Monat Krankengeld verlangte, wurde das Wort „Unterstützung“ als Abkürzung gebraucht; nachdem man so auf den Ständebüchlein spekuliert hatte, den der Verein so meisterlich im Interesse des Chefs in den Mitgliedern zu nähren weiß, mußte ich ein Gesuch mit ärztlichem Attest einreichen, worauf „Nachforschungen“ begannen, die hauptsächlich darin bestanden, meinem Chef Urlaub für mich anzubieten. Mein Gesuch wurde natürlich abgelehnt!“ „Das war ja eine famosse Hilfe des Hilfsvereins!“ rief ich aus. „Aum, meine Damen!“ fuhr die Blonde fort, „ich habe ihn gründlich satt! Folge um die Gunst der Chefs bühndel, macht er keinen ergebenden Schritt zur Verbesserung unserer Lage! Mit Theaterbilletts-Ermäßigungen kann man unsere Klassenlage nicht heben! Ein Verein, der Tausende zu seinen Mitgliedern zählt, hätte, wenn er es ehrlich mit ihnen meint, in der Gehälterfrage schon längst einen Druck auf die Prinzipale ausüben müssen!“ „Er thut gerade das Gegenteil“, erwiderte ich, „denken Sie an die „vorbereiteten“ Lehrlinge!“ Er hilft nicht uns, sondern verhilft den Chefs zu billigen Arbeitskräften.“ „Und eben darum sollten auch Sie nicht seine Lämmerherde vermehren helfen“, rief die große Blonde, „er kann nie für uns voll und ganz eintreten, weil er's mit den Chefs nicht verderben will, und darum predigt er auch Harmonie zwischen Chef und Angestellten, und die ist ein Ding der Unmöglichkeit! Sind doch die Interessen der beiden Klassen diametral entgegengesetzt! Das Interesse des Chefs erheischt es, uns so intensiv und so lange wie möglich auszunutzen und uns so gering wie möglich zu entlohnen, während es in unserem Interesse liegt, der schrankenlosen Ausbeutung wehrhaft entgegenzutreten und bessere Bezahlung zu erringen! Ja, wir wollen sogar dasselbe Gehalt wie die männlichen Gehilfen bei gleichen Leistungen beanspruchen! Wir unterbieten ja jetzt noch die männlichen Kollegen!“

„Und auf welche Weise sollten wir denn etwas erreichen können?“ fragte die kleine Blasse, die leuchtenden Augen gespannt zugehört hatte. „Organisieren müssen wir uns“, antwortete die Blonde, „aber in Vereinen, die ohne jede Rücksicht auf die Chefs für unsere Interessen kämpfen und auf dem Boden des Klassenkampfes stehen!“

**Im Zeichen des Buchhandlertums** hat der Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmergewerbe gestern die „arbeitswilligen Gesellen und Arbeiter“ durch Säulenanschlag aufgefordert, in dem Falle, daß ihnen unter dem Schutze des Bundes an möglichst ständiger Arbeit gelegen sei, sich in die Listen der Unternehmerorganisation einzutragen zu lassen.

Da die erdrückende Mehrzahl der Arbeiter namentlich im Bauergewerbe mehr auf den Ruf eines ehrlichen Namens unter ihresgleichen giebt als auf die Protection des koalirten Unternehmers-

thums, so dürfte dem vom Arbeitgeberbunde in Szene gesetzten Liebeswerben kein allzu sippiger Erfolg blähen.

Begonnen doch selbst die bisher der Organisation der Arbeiter feindlich gesinnten Elemente im Bauhandwerk allmählich einzusehen, daß das Vergnügen, unter dem Schutze des Unternehmerbundes als arbeitswilliger Alfordmurer zu schuften, etwas theuer bezahlt ist.

Ständige Arbeit ist etwas sehr Schönes, aber was nützt sie, wenn Leben und Ehre unter ihr gewaltsam vernichtet werden kann?

**Die Zeitungen hineingelegt werden.** Unter der Spitzmarke „Fromme Kellner“ geht durch die bürgerliche Presse eine Notiz, in der gesagt wird, daß der „Christliche Kellnerbund“ beschloffen habe, ein „Zusammengehörig“ an den Kaiser abzuschicken, in welchem um Schließung der Restaurationen und Wirtschaften an den Sonntag Vormittagen in der Zeit von 8—11 Uhr ersucht werden soll. Begründet wird das Gesuch mit dem Hinweis auf die religiösen Bedürfnisse. Sodann heißt es weiter, daß das Vorgehen in den anderen Kellnervereinigungen wenig Anklang finde. — Die Notiz steht im lokalen Theil der Berliner Blätter und es wird deshalb allgemein angenommen werden, daß es sich um Berliner Vereinigungen handle. Dem ist aber nicht so. Wie uns aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, existirt hier in Berlin überhaupt kein „Christlicher“ Kellnerverein. Dagegen ist wie die am Donnerstag erschienene Nummer des „Gastwirthsgehilfen“ mittheilt, etwas Aehnliches in einer Versammlung des katholischen Kellnervereins in Köln a. Rh. angeregt worden. Diese Notiz ist ohne Zweifel die Quelle für den kombinationsfähigen Feuilleter gewesen, der die Ente aufblättern ließ. — Im Uebrigen steht die große Masse der Gastwirthsgehilfen auf dem Standpunkt, daß sie im Interesse des Publikums auf den Sonntag verzichten müsse, daß sie aber umso mehr Anspruch habe auf einen regelmäßig wöchentlich wiederkehrenden Ruhetag an einem Werktag.

**Berliner Brotpreise.** Die Zusammenstellungen des Berliner Statistischen Amtes über die hiesigen Groß- und Kleinhandelspreise der wichtigsten Nahrungsmittel sind jetzt bis Dezember 1898 veröffentlicht. Nach den Ermittlungen über die Brotpreise, die das Amt monatlich zweimal in 24 Wärdereien Berlins vornimmt, war hier im Dezember 1898 (bezgl. in denselben Monat 1897, 1896, 1895) der Durchschnittspreis pro Kilogramm Roggenbrot rund 24 1/2 ct (23 1/2 ct, 21 1/2 ct, 20 1/2 ct) Pfennig, pro Kilogramm Weizenbrot (Schrippen) rund 42 1/2 ct (39 1/2 ct, 36 1/2 ct, 34 1/2 ct) Pfennig. Daraus berechnet sich die durchschnittliche Brotmenge, die man für 50 Pfennig erhielt, auf rund 2020 (2143, 2323, 2443) Gramm Roggenbrot, rund 1168 (1261, 1372, 1452) Gramm Weizenbrot. Aus dem nunmehr für 1898 vollständig bekannten Monatsdurchschnitt ergibt sich für das ganze Jahr 1898 (bezgl. für 1897, 1896, 1895) ein Durchschnittspreis von rund 25 1/2 ct (22 1/2 ct, 20 1/2 ct, 20 1/2 ct) Pfennig pro Kilogramm Roggenbrot, und 47 1/2 ct (37 1/2 ct, 35 1/2 ct, 34 1/2 ct) Pfennig pro Kilogramm Weizenbrot. Die daraus berechnete durchschnittliche Brotmenge für 50 Pf. ist rund 1868 (2242, 2389, 2424) Gramm Roggenbrot, rund 1166 (1325, 1410, 1449) Gramm Weizenbrot. Das bedeutet für 1898 eine sehr beträchtliche Erhöhung des Preises bezgl. Verringerung des Gewichtes gegenüber den letzten Vorjahren. Der Durchschnittspreis von 1898 übertraf beim Roggenbrot den von 1897 um etwa 13 pCt., den von 1896 um 20 pCt., den von 1895 um nahezu 22 pCt.; beim Weizenbrot den von 1897 um etwa 14 pCt., den von 1896 um nahezu 21 pCt., den von 1895 um über 24 pCt. (Auch 1894 und 93 waren die Brotpreise niedriger als 1897 und 98, dagegen gingen die von 1892, 91, 90 noch über die von 1898 hinaus.) Wie diese schon seit mehr als 4 Jahren andauernde, im letzten Jahre rapid fortgeschrittene Erhöhung der Brotpreise, besonders die des Roggenbrotpreises, auf die Lebenshaltung der unermittelten Bevölkerung eingewirkt hat, das wissen alle diejenigen aus eigener, bitterer Erfahrung, in deren Familie das Brot mehr oder weniger ein Hauptnahrungsmittel bildet: die Arbeiter, die kleinen Handwerkermeister und Handelstreibenden, die Unterbeamten u. s. w. Das fünfgroßbrot war 1898 durchschnittlich um 1/2 Pfund (genauer 254 Gramm) leichter als 1897, um 1/4 Pfund (401 Gramm) leichter als 1896 und um ziemlich 1 Pfund (436 Gramm) leichter als 1895. Zu derselben Menge Brot, die man im Durchschnitt von 1898 in täglich einem, also wöchentlich 7 fünfgroßbroten bekam (ein Verbrauch, der bei der unermittelten Bevölkerung in starken Familien durchaus nicht selten ist und für manche Familie noch nicht einmal ausreicht), waren im Durchschnitt von 1896 etwas mehr als 7, im Durchschnitt von 1897 über 7 1/2, im Durchschnitt von 1898 über 8 1/2 (!) fünfgroßbrote pro Woche erforderlich. Wer sich eine solche Mehrausgabe nicht leisten kann, der muß zu minderwertigen Nahrungsmitteln mittelgreifen, z. B. sich mehr von Kartoffeln nähren. Die Arbeitsfähigkeit und die Widerstandsfähigkeit des Körpers nehmen dadurch natürlich nicht zu.

**Ludwig Bamberg** ist gestern Vormittag von seinem Hause in der Margarethenstraße aus zur letzten Ruhe bestattet worden. Viele hervorragende Politiker und Männer der Wissenschaft waren im Trauerhause anwesend. Die Gedächtnisrede hielt Theodor Rommsen. Die Beisetzung erfolgte ohne Grabrede auf dem alten jüdischen Friedhofe in der Schönhauser Allee. — Die Leiche des Professors Steinhilf ist ebenfalls gestern und zwar auf dem jüdischen Friedhofe in Weiskensee bestattet worden.

**Eine in meteorologischer Hinsicht interessante Fahrt** führte am Mittwoch ein Ballon des deutschen Vereins zur Förderung der Luftschiffahrt unter Führung des Hauptmanns v. Tschudi von der Luftschifferabtheilung aus. Nachdem Guben, Kaumburg, Primkenau überflogen waren, sahen die Ballonfahrer den fast 100 Kilometer entfernten Joptenberg über die den Horizont abwärtsliegende Wollenswand emporragen. Die beobachtete große Umröße der Atmosphäre in vertikaler Richtung ließ eine Witterungsänderung voraussehen, die denn auch gestern in der That eingetreten ist. Nach 7 1/2 stündiger Fahrt landete der Ballon in Lüben in Schlesien.

**Heilmittelschwindel in der Stadt der Intelligenz.** Von einem Arzt wird uns geschrieben: Gestern wurde ich zu einer Frau gerufen, die an einem starken Asthma-Anfall erkrankt war. Bei der Untersuchung fand ich auf der nackten Brust an einer Schür hängend ein Metall von der Form eines vierblättrigen Kleeblattes, das Voltakreuz. Es besteht aus zwei aufeinander gelegten Metallplatten, aufeinander einer Zink- und Kupferplatte. Trotzdem schon von antiker Seite das Publikum wiederholt gewarnt worden ist, zeigt dieser Fall, daß immer wieder darauf hingewiesen werden muß, daß dieses neueste „Heilmittel“ eines der größten und plumpesten Schwindel ist, eine Spekulation auf den kranken Menschen, der in seinem Leiden nach dem Strohalm zur Rettung greift. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß durch das bloße Aneinanderlegen der beiden Platten elektrische Ströme, die angeblich ihre Heilwirkung entfalten sollen, von irgend welcher Bedeutung entstehen. Es fehlt dazu die Hauptfache, nämlich eine Säure. Der Preis des Kreuzes ist 2 M., der reelle Werth vielleicht 10 Pf. Uebrigens schien der Verkäufer selbst nicht sehr von der Heilkraft seiner Waare überzeugt zu sein. Er meinte zu der Kranken: Es hilft nur, wenn man dran glaubt!!! Es machte übrigens auf mich wie auf die Angehörigen einen etwas sonderbaren Eindruck, wie die Kranke, auf deren Brust das Voltakreuz seine „heilkräftige“ Wirkung entfaltet (es hilft natürlich gegen Alles!), sich in dem heftigen Asthma-Anfall abarbeitete und mühsam nach Luft rang.

**Auf Veranlassung des Reichs-Postamtes** wird gegenwärtig den Geldbriefträgern die größte Vorsicht bei der Bestellung von Werksachen zur Pflicht gemacht. Namentlich werden sie an die Vorsicht erinnert, daß sie bei der Bestellung an einzelne, als Mieter wohnende, unbekannte oder neu zugezogene Personen, sowie an in Gasthöfen u. s. w. sich aufhaltende Adressanten deren Zimmer nur in Begleitung betreten dürfen. Es soll dadurch einem möglichen Raubanfall vorgebeugt werden.

**Die Frankfurter Linden** erhalten gärtnerische Schmunanlagen. Vom Straußberger Platz bis zur Koppenstraße sind die Anlagen, die

zu beiden Seiten der Mittelpromenade längs der Baumreihen angelegt werden, schon fertig und machen einen recht freundlichen Eindruck.

**Eine große Anzahl der öffentlichen Bedürfnisanstalten** wird augenblicklich nach einem neuen System im Innern vollständig umgestaltet und ist deshalb bis auf Weiteres gesperrt worden. Besonders werden von dieser Umgestaltung viele Anstalten getroffen, welche, wie z. B. die auf dem Kolonnenplatz und an der Potsdamer Brücke befindliche, an den verkehrsreichsten Punkten der Stadt stehen und nun bereits seit einiger Zeit der Benutzung entzogen worden sind. Im öffentlichen Interesse würde es liegen, wenn diese Arbeiten, die nun schon ziemlich lange andauern, nach Möglichkeit beschleunigt würden.

**In der Leipziger Straße** wird am 1. April d. J. mit dem Abbruch der Häuser 13, 23, 46, 47 und 48 begonnen werden. Auf dem Grundstück Nr. 13 soll ein Erweiterungsbau des Reichs-Postamtes errichtet werden, an die Stelle von Nr. 23 wird ein eleganter Neubau treten und auf den Grundstücken 46, 47 und 48 ist der Bau eines großen Warenhauses geplant.

**Die Einziehung der silbernen Zwanzigpfennigstücke** ist, wie aus dem Protokoll über die letzte Plenarsitzung des Bundesraths hervorgeht, in Vorbereitung. Von der jetzt zur Einziehung gelangenden Münzsorte der silbernen Zwanzigpfennigstücke sind insgesammt für 85,7 Millionen zur Ausprägung gekommen. Im Verkehr stößt man auf sie noch, jedoch nur hin und wieder, und zwar rührt dies daher, daß schon so wie so die Einziehung der Münzsorte fast vorgenommen ist. Von den 85,7 Millionen sind nämlich 21 Millionen bereits jetzt zur Einziehung gelangt. Es würde sich also bei der Bundesraths-Vorlage um den Rest im Betrage von 14,7 Millionen handeln. Man darf annehmen, daß die Einziehung der silbernen Zwanzigpfennigstücke sich bis auf einen kleinen Rest durchführen läßt, weil sowohl die gewerbliche Verwendung wie die Münzsammlungen davon nicht sehr große Beträge in Anspruch nehmen dürften.

**In einem Anfälle von Geisteskrankheit**, an der er schon früher gelitten hatte, machte Freitag Nachmittag der 27 Jahre alte Metall-dreher Joseph Heiling aus der Dickschraube einen Selbstmordversuch. Um 2 Uhr vom Mittagessen in eine Kuchenschmuckerei im zweiten Stock des Hauses Alexanderstraße 91 zurückgekehrt, stürzte er sich zum Fenster hinaus und fiel auf einen Pferdehals. Mit einem Bruch des Schädels und des rechten Oberarmes wurde er durch einen Ländlichen Krankenwagen einem Krankenhaus zugeführt.

**Verkehrsförderung auf der Stadtbahn.** Vom Lehrter Bahnhof aus mußte gestern Vormittag der Verkehr auf der Stadtbahnstrecke nach Charlottenburg eingestellt werden. Durch Witterungseinflüsse war ein Schienenbruch, der glücklicherweise von einem Bahnbeamten rechtzeitig entdeckt wurde, entstanden. Die Schiene mußte ausgetauscht werden, eine Arbeit, die 27 Minuten in Anspruch nahm. Nach Behebung des Defekts wurde der Verkehr auf der bezeichneten Strecke wieder aufgenommen.

**Ueber die Bluthat am Maybach-Ufer**, von der wir gestern berichteten, wird noch gemeldet: Im Hause Maybach-Ufer 46 wohnte der Tischler Altermann mit seiner Geliebten, der 21 Jahre alten Näherin Lina Kleinig, während seine Frau, die die Ehescheidungsklage gegen ihn angestrengt hat, mit den drei 12 bis 18 Jahre alten Kindern in der Soorbrüderstr. 27 ein Unterkommen gefunden hatte und sich selbst ihren Unterhalt erwarb. Wie aus einem Briefe, der später bei der Leiche gefunden wurde, hervorgeht, hatte der Rechtsanwält bei Frau Altermann angefragt, ob sie wisse, daß ihr Mann mit einer Anderen lebe. Um sich zu vergewissern, war daraufhin die 38 Jahre alte Frau mit einer Hausgenossin nach dem Maybach-Ufer gegangen. Irrthümlich stiegen die beiden Frauen zunächst in den vierten Stock hinauf, während Altermann und die Kleinig im dritten wohnen. Die Kleinig muß bemerkt haben, daß sie beobachtet werden sollte. Als die beiden Frauen die Treppe wieder herunterkamen, stand sie mit einem Stock in ihrer Thür. Nach einem kurzen Streit lief Frau Altermann die Treppe hinunter und brach mit dem Klageur, daß sie gestochen sei, zusammen. Ein Gastwirth nahm sich der Frau, die man nur für ohnmächtig hielt, an und hob sie auf. Nun entquoll ein Blutstrom ihrer rechten Brustseite. Der Restaurateur holte einen Arzt, dem aber nichts zu thun mehr übrig blieb, als den Tod festzustellen; er schickte zur Rigdorfer Polizei. Gendarm Peters nahm die Kleinig fest; diese gab an, daß sie in der Rothwehr die sie angehende Frau Altermann mit einem Küchenmesser erschossen habe. Sie ist der Berliner Kriminalpolizei zugeführt worden.

**Durch gellende Silbersche** wurden gestern Vormittag die Passanten in der Nähe des Schlosses Bellevue in große Aufregung versetzt. Die Hinzueilenden fanden in den Flüssen der Spree in der Gegend der Lutherkirche einen mit den Wellen ringenden Mann, der vergebliche Anstrengungen machte, sich über Wasser zu halten. Leider war von den zahlreichen Augenzeugen der Szene Niemand des Schwimmens kundig und bevor es gelang, die Unfallstelle mit einem Boote zu erreichen, war der Ertrinkende schon in den Fluthen verschwunden. Trotz sorgfältiger Absuchung des Wassers konnte die Leiche des Ertrunkenen nicht aufgefunden werden.

**Frevel.** Das Polizeipräsidium theilt mit: Die öffentlichen Feuerweber, die bestimmt sind, durch unverzügliche Herbeiführung der Feuerwehre in Feuergefahr dem allgemeinen Wohl im weitesten Maße zu dienen, sind während der verflochtenen drei Wochen, namentlich während der Nachtzeit, wiederholt böswillig in Betrieb gesetzt worden. Ein derartiger grober Unfug belastet nicht nur die Feuerwehre ganz erheblich, sondern entzieht auch einige Folge auf eine gewisse Zeitdauer der Alarmbereitschaft. Ist dieser Unfug deshalb schon verwerflich, so wird noch besonders darauf verwiesen, daß im Betretungsfalle gegen den Verübler dieses Unfuges strafrechtlich eingeschritten wird.

**Göttliche Weltordnung.** Eine polizeiliche Streife fand gestern im Norden Berlins statt. Trapps bis zu 20 Mann wurden zu den Revierwachen föhrt. Verschiedene langgeschulzte Verbrecher befanden sich unter den Eristirten, außerdem viele Obdachlose, welche ebenfalls in Haft behalten wurden.

**Ein häßlicher Raubakt** wurde gegen den angesehenen Inhaber einer großen hiesigen Schuhwaarenhandlung verübt. Ein Käufer war mit dem Geschäftsinhaber in Differenzen gerathen und rüchete sich dadurch, daß er den Schuhwaarenhändler bei der Polizei denunzierte, er halte Schuhwaaren feil, die aus den in der letzten Zeit gemeldeten großen Einbrüchen in Schuhfabriken stammten. Das Geschäft, das in der Spandauerstraße belegen ist, wurde nun Tag und Nacht polizeilich überwacht, und der Inhaber hatte auch persönlich vielerlei Aufregungen und Unannehmlichkeiten durchzumachen. Nun hat er den Spieß umgedreht und wegen wissenschaftlicher Anschuldigung Strafantrag gegen den Denunzianten gestellt.

**Am Fahrstuhl** ist gestern der 16 1/2 Jahre alte Wärtter Wilhelm Babude, der im Centralhotel den Personenaufzug zu bedienen hatte, tödtlich verunglückt. Der junge Mann wollte im zweiten Stock den in der Bewegung befindlichen Fahrstuhl betreten. Infolge irgend eines Verfehrens im Betriebe stürzte er in den Schacht hinab, zog sich einen Schädelbruch zu und starb auf der Stelle.

**Das Verschwinden eines jungen Mannes** beschäftigt seit Anfang dieser Woche die Polizei. Der 23 Jahre alte Schlosser Richard Urban wohnte mit seiner Mutter, der Wittve Urban, in dem Hause Diefenbachstr. 70, er arbeitete in der Mechanischen Werkstatt von Pfeiffer u. Lindström in der Grimmstr. 38 und galt bei seinen Arbeitgebern und Bekannten als ein ordentlicher, fleißiger und netter Mann. Am vergangenen Sonnabend 9 Uhr Abends ging er nach Weiskensee, um in der Gartenstraße einen Schlosser Rebel zu besuchen, von dem er Geld zu bekommen hatte. Der junge Mann ist von diesem Reich nicht zurückgekehrt und hat nichts mehr von sich hören lassen. Die Polizei hat bisher vergeblich nachgeforscht, wo der Schlosser Rebel in der Gartenstraße wohnt. Der Verschwindende ist mittelgroß, hat blondes Haar und einen Anzug von Schmirbrot und trägt einen

braunen flüssigen Winterbergleder, ein dunkles Jaquet, eine schwarze Weste, eine graue Hose, einen braunen weichen Hut und Jagdschiel. Bei sich hatte er 30 M. eine goldene Damenuhr, die seiner Braut gehört, und seine eigene silberne Zylinderhose.

**Marktpreise von Berlin.** 16. März 1899. (Nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten.) Weizen 15,75—14,80 M., Roggen 13,90 bis 13,20 M., Futter-Getreide 13,10—12,80 M., ermittelt pro Tonne von der Zentralkasse der preuß. Landwirtschaftskammer — Notierungssstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelzentner. Hafer, gute Sorte 15,20—14,70 M., Mittel-Sorte 14,80 bis 14,00 M., geringe Sorte 13,90—13,30 M., Nichtstroh — M., Neu — M., Erbsen, gelbe zum Kochen 40,00—25,00 M., Speisebohnen, weiße, 50,00—25,00 M., Linien 70,00—80,00 M. — Kleinhandelspreise. Kartoffeln 6,00—4,00 M. Alles p. 100 Kilogr. — Rindfleisch von der Keule 1,00—1,20 M., Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20—1,00 M., Schweinefleisch 1,60—1,20 M., Kalbfleisch 1,60—1,00 M., Hammelfleisch 1,60 bis 1,00 M., Butter 2,60 bis 2,00 M. Alles per 1 Kilogr. Eier 4,20 bis 2,40 M. pr. 60 Stück. Karven 2,20 bis 1,20 M., Kase 3,00 bis 1,10 M., Butter 2,60 bis 1,00 M., Hühner 1,80 bis 1,00 M., Waische 1,90 bis 0,90 M., Schale 2,90 bis 1,20 M., Mele 1,40 bis 0,50 M. Alles per 1 Kilogr. Krebse 12,00 bis 4,00 M. pr. 60 Stück.

**Berliner Getreide- und Produktenergie, 17. März.** Am Markt für Lokspiritus war die Haltung auf größeres Angebot, dem nur wenig Kaufkraft gegenüberstand, schwach; die Preise mäßig um 30 Pf. nachgeben, es wurde bezahlt für 70er 39,60 M., am Markt 150 000 Liter 70er. Termine angeboten und 20—30 Pf. nachgebend. — Im Getreideverkehr war auch heute die Tendenz matt; am Weizenmarkt fehlte es auf das wärmere Wetter an Kaufkraft, im Inlandsverkehr verstimmt größere Inlandsverfrachter, namentlich sollen von Händlern im Osten große Posten vorgelegen haben. Weizen mäßig um etwa 1/4 bis 1/2 M. nachgeben. Roggen um circa 1/4 M. niedriger. Hafer weiter weichend. Es wurde bezahlt für Weizen circa 152,5—152 M., Roggen 142 bis 141,50 M. —

### Aus den Nachbarorten.

**Jur Lokalfrage in Teltow-Weesow.** Den Lokalkommissions-Mitgliedern der einzelnen Orte des Kreises Teltow-Weesow wird hiermit die Resolution vom 26. Februar in Erinnerung gebracht; dieselben werden ersucht, etwaige Änderungen recht bald an den Unterzeichneten zu melden. Sollte die Meinung vorhanden sein, daß in dieser Sache noch eine mündliche Ausdrucksfindung zu berücksichtigen ist, auch dies möglichst bald hierher zu berichten, damit vor dem Erscheinen der nächsten Liste die wichtigsten Fragen erledigt werden können. J. A. Wilsch, Kraft, Richter, Schönweiderstr. 9, Auergeb. 8 Z.

**Friedrichshagen.** Heute, Sonnabend, Abends 9 Uhr, findet im Saale des Herrn Max Lerche, Kundheil, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Kehler über die Bedeutung des 18. März referieren wird. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Vertrauensperson.

**Aldershof.** Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute Abend 8 Uhr bei Schmauser, Wisnarsstraße stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Genosse Faber wird über „Die Bedeutung des 18. März“ referieren. Es ist Pflicht der Genossen, für regen Besuch der Versammlung zu agitieren. Der Vertrauensmann.

**Mixdorf.** Gestern wurden die Stadtverordnetenwahlen in der 1. Abteilung vollzogen. Für die bei dieser Wahl allein in betracht kommenden Kompromiß-Kandidaten wurden im Höchstfall 68 Stimmen bei 66 eingeschriebenen Wählern abgegeben.

**Mixdorf.** Am Sonnabend, den 18. März d. J., findet vom Sozialdemokratischen Verein Vorwärts im Apollo-Theater, Hermannstr. 48/50, eine Soiree der Hamburger Sänger, sowie Lang statt. Wilhelms 80 Pf. Anfang 8 Uhr. Am 3. April d. J. findet in der Urania eine Vorstellung statt. Wilhelms à 60 Pf. sind bei den Vorstandsmitgliedern, sowie in den Jahrestellen zu haben. Siehe Annonce, sowie Säulenansicht. Der Vorstand.

**Aus Weiskens** schreibt man uns: Mit einer Empfindlichkeit die an anderer Stelle besser angebracht wäre, wird hierorts jede Kritik, die irgend ein Steuerzahler gegen einzelne Zweige der Gemeindeverwaltung zu richten sich erlaubt, durch eine Anzeige wegen Verleumdung geahndet. Daß eine Abtheilung vorprekärer Mißstände und zunächst selbstverständlich eine gründliche Untersuchung derselben weit eher geeignet ist, den guten Willen und die Verbesserungsfähigkeit zu beweisen, scheint gewissen Personen schwer begreiflich zu sein. Wie weit in bürgerliche Kreise hinein haben die Prozesse gegen Buchholz, Dähnert und Mertens das größte Aufsehen erregt. In ersterem Falle eine Verleumdung der Steuerverwaltung. Die gerichtlichen Feststellungen ergaben die Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen, nur die Form wurde als strafbar angesehen. Im zweiten Falle eine Verleumdung der Armen- und Krankenhausesverwaltung. Mißstände schlimmster Art wurden durch die verschiedenen Zeugenaussagen ans Licht des Tages gezogen. Wiederum war es nur die Form, in die die inkriminierten Worte gekleidet waren, welche nach Ansicht des Gerichtes bestraft werden mußte. Am schlimmsten jedoch ist ganz zweifellos für den Strafanklagsteller der Ausgang des letzten Prozesses. Nicht nur wurde festgestellt, daß ein bis jetzt sehr angesehener Beamter fortgesetzt die Anordnungen, welche seine vorgesetzte Behörde zum Nutzen der Gemeinde für notwendig hielt, durchkreuzte und illusorisch gemacht hat, es wurde sogar erwiesen, daß dieser Beamte, der Bureauvorsteher Hansen, bestialisch war. Der Mann, der diese Dinge aufdeckte und hierdurch vor den Richter gebracht wurde, mußte freigesprochen werden. Alle diese gerichtlich festgestellten Thatfachen sollten doch dahin führen, über Stellung von Strafanklagen den angeführten Uebelthätern abzugeben und den Männern, die durch Aufdeckung solcher Dinge zweifellos um das Gemeinwohl sich verdient gemacht haben, zu danken. Jeder, der noch etwas Muth besitzt, wird sich durch nichts abhalten lassen, zur Befreiung von Fremdkörpern, die im Gemeinwesen sich einmischen konnten, sein Theil beizutragen. Das ist Namenspflicht!

**Lichtenberg-Friedrichsberg.** Seit vier Jahren schon schweben Verhandlungen wegen Einführung des elektrischen Betriebes auf der Linie Dönhofsplatz-Lichtenberg-Friedrichsberg, ohne bisher zu einem befriedigenden Resultate geführt zu haben. In der letzten Gemeindevorstellung sind dieser Punkt wieder auf der Tagesordnung, und zwar sollten die Vertreter über die von der Gesellschaft gemachten Vorschläge verhandeln. Die Gesellschaft gab dabei die Meinung bekannt, daß zwei Vorträge schon vorliegen, die ihr die Einführung des elektrischen Betriebes gestatteten, einer Einwilligung bedürfte sie also eigentlich gar nicht mehr. Die Versammlung folgte also — jedenfalls diesen Einwürfen der Gesellschaft als berechtigt anerkennend — im Wesentlichen den Vorschlägen der Werksbahngesellschaft, und wünschte nur geringe Abänderungen, die aber jedenfalls auch abgelehnt werden dürften. Die Gemeinde fordert von der Gesellschaft: Einführung des elektrischen Betriebes zum 1. Oktober 1899; Mitbenutzung der Gleise seitens etwa vorhandener Konkurrenz-Gesellschaften bis auf 400 Meter. Dann außerdem, um die Ostbahnbrücke als einzige Verbindung mit Friedrichsberg frei zu halten, Mitbenutzung der Gleise der Neuen Werksbahn-Gesellschaft von der Subranstraße bis zur Friedrichsberger Grenze. An Abgaben soll die Gemeinde erhalten bis 1912: Für die Frankfurter Chaussee: Doppelgleis pro Meter 8 M., einfaches pro Meter 4 M.; für die Dorfstraße und Eidenstraße 1,50 M. für Doppelgleis und 75 Pf. für einfaches. Bei etwaigen Reparaturen trägt die Gesellschaft die Pfahlerkosten, ebenso fällt ihr die Reinigung von Schnee und Eis zur Last. Für die Linie Friedrichsberg-Perleberg ist die Einführung des elektrischen Betriebes bis auf 1. Oktober 1902 verlegt. — Des Ferneren hatte die Schuldeputation die Neu-Anstellung von sieben Lehrern an den hiesigen Säulen beantragt, die Gemeindeverwaltung hielt aber vier vorläufig ge-

nügend, trotzdem die Lehrer ebenfalls bis 82 Pflichtenstunden zu geben haben. — Einer vorübergehenden Kuleise bei der Sparkasse im Betrage von 100 000 M. zur Dedung der am 1. April zu zahlenden Schulden stimmte die Vertretung zu. — Die vom Landgericht verhängte Zwangsübernahme des Betriebes der von der Kontinentalen Dampferwerk-Gesellschaft geleiteten Wasserwerke in Gemeindebetrieb auf Kosten vorgenannter Gesellschaft war auf Beschwerde dieser wieder aufgehoben worden. Durch ein Urtheil des Kammergerichts hat aber neuerdings die Gemeinde unter Erhöhung der Kautionssumme von 5000 M. auf 45 000 M. das Recht erhalten, den Betrieb wieder auf Kosten der Kontinentalen Dampferwerk-Gesellschaft zu übernehmen. Am 20., 21. und 22. März er finden hier Wahlen für fünf Gemeindeverordnete statt, deren im Jahre 1898 ihnen anvertraute Mandate durch Ober-Verwaltungsgericht für unzulässig erklärt worden sind. Leider steht sich die Partei am hiesigen Orte nicht in der Lage, den Parteigenossen Wahlbetheiligung zu empfehlen, da geeignete Kandidaten uns nicht zur Verfügung stehen.

**Und Schindeln** wird uns berichtet, daß bei der Feuerbestattung des Gastwirths Kurras Staat und Kirche noch einmal gerettet wurden. Unsere Leser werden sich erinnern, daß die „Kreuz-Zeitung“ an die Todesanzeige im „Vorwärts“ die fromme Mahnung inspizirte, es möge doch ja kein Geistlicher die Christenpflicht der „Einsegnung“ an der Leiche vornehmen. Weder durfte die Leiche in die Kirche gebracht werden, noch war dem Pastor gestattet, seines Amtes zu walten. Die Leiche wurde im Freien neben der Kirche aufgebahrt und dann unter großer Betheiligung der Bevölkerung im feierlichen Zuge zum Bahnhofs Grünau geleitet, von wo sie nach Gotha geschickt wurde.

**Den Tod auf den Schienen** fand gestern Abend gegen 8 Uhr der pensionirte Rangiermeister erster Klasse Ernst Kräger aus der Lindenallee 2 zu Friedrichshagen. Er war mit einem Vorkizuge aus Berlin gekommen, war in dem Wagenabteil eingeschlagen und über sein Ziel hinausgefahren. Zwischen den Stationen Alt- und Neu-Mahndorf erwarde der schon delagte Mann und sprang aus dem in voller Fahrt sich befindenden Zuge. Er gerieth unter die Räder und wurde auf der Stelle getödtet.

**Verstorbene** ist seit einigen Tagen der Kaufmann Gerhard in Gr.-Friedrichsberg. Ihm werden verschiedene Schwindelacten zur Last gelegt.

**Wegen furchtbarer Mißhandlungen seines Kindes** ist in Spandau ein Ehepaar verhaftet worden. Der Schlosser Emil Rechner aus Berlin, der im hgl. Feuerwerk-Laboratorium zu Spandau beschäftigt ist und seit einiger Zeit in Spandau wohnt, hatte früher in Berlin ein Liebesverhältnis mit einer Fabrikarbeiterin, das nicht ohne Folgen geblieben war. Später heirathete er eine Andere. Das Kind seiner ersten Geliebten, einen vierjährigen Knaben, nahm er im vorigen Herbst zu sich, da er keine Klimente bezahlen wollte. Seitdem war das arme Geschöpf, das in blühender Gesundheit zu ihm gekommen, einem unmöglichen Martirium ausgesetzt. Der Vater und seine Frau quälten das Kind in unbeschreiblicher Weise, so daß es einen entsetzlichen Anblick darbot. Endlich erstatteten andere Hausbewohner Anzeige, die Polizei nahm sich am Donnerstag des armen Geschöpfes an und brachte es, da es mit Wunden über und über bedeckt war, ins Krankenhaus; der Rabenwater wurde mit seiner würdigen Ehehälfte verhaftet.

**Ein schauerlicher Fund** wurde unlängst am Ufer des Gatower Sees, unweit des Schildhorn-Deumals, gemacht. Das Wasser hat den völlig zerstückelten Leichnam einer ca. 50jährigen Frau an Land gespült; der Todten fehlten die Beine vollständig; der Rumpf war nur dürftig bekleidet.

### Gerichts-Zeitung.

**Daß die Inschaurolle** bei Prüfungen recht unangenehme Nachwirkungen haben kann, zeigte sich in einer Verhandlung, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Arbeiter Friedrich Kuhn und der Hausdiener Otto Weil waren des Landfriedensbruchs beschuldigt. In der Nacht zum 25. September v. J. vernahm der in der Gipsstraße wohnende Epaanwirth Meyer vor seinem Lokale einen großen Lärm. Er blühte auf die Straße hinaus und als er sah, daß sich dort zwei Männer zum Ergötzen einer darum stehenden großen Menschenmenge schlugen, dreiste er sich, die Volkstausen herabzulassen und sein Lokal zu schließen. Diese Vorstabsmaßregel hatte gerade die entgegengesetzte Wirkung. Die Menge nahm ihm dies übel und stürmte das Lokal. Da es dem Meyer noch nicht gelungen war, den Aufruhr vor der Hausthür anzuschranken, gelang es einigen Personen, denselben wieder hoch zu heben. Die dahinter befindliche Thür war mit einer Glasscheibe versehen. Die Tumultuanten zertrümmerten die Scheibe und schlugen auf M., der auf dem Fluß stand, ein. Als der Letztere einen Weiserblick erhielt, öffnete er die Thür und ging auf die Straße, um den Thäter festzunehmen. Die Menschenmenge war inzwischen auf mehrere hundert Personen angewachsen und es war ein Glück für Meyer, daß in diesem Augenblick Schulkinder auf dem Schanplatz erschienen, welche die Menge zerstreuten und Meyer befreiten. Es wurden nur zwei Personen verhaftet und dies waren die beiden Angeklagten. Sie bestritten, daß sie bei dem Kravall irgend eine Thätigkeit entwickelt hätten; sie hätten sich lediglich als neugierige Zuschauer in der Nähe des Kravalls aufgehalten und seien zu Unrecht von anderen Personen als Mithäter beschuldigt worden, worauf die Schulkinder sie festgenommen hätten. Im gestrigen Termine vermochte auch nicht ein einziger Zeuge irgend etwas Belastendes gegen die Angeklagten vorzubringen, so daß der Staatsanwalt selbst ihre Freisprechung beantragte. Dem Antrage des Verteidigers, Rechtsanwalt Sauer, auch die Kosten der Vertheidigung der Staatskasse aufzuerlegen, trat der Gerichtshof nicht bei, sondern begnügte sich mit einfacher Freisprechung.

**Eine raffinierte Beträgerin** fand gestern in der Person der 28jährigen Kassierin Anna Kunge vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte war im Handorfschen Geschäft angestellt, wurde aber am 1. Dezember vorigen Jahres entlassen, weil der Chef erfuhr, daß sie bereits mehrfache Vorstrafen verbüßt hat. Am 4. Dezember nahm die Angeklagte einen Knaben zur Verführung eines Ganges an. Im Handorfschen Kaufhaus besteht die Einrichtung, daß das Publikum beim ersten Einkauf eine sogenannte Abatkarie erhält, in welche die Kassierin den Betrag der bezahlten Summe einzutragen hat und daneben in Geheimschrift mit Buchstaben denselben Betrag, um Selbstentzerrungen oder Umänderung der Zahlen vorzugeben. Die Karte, welche die Angeklagte dem Knaben übergab, war vollständig ausgefüllt. Sie unterrichtete ihn dahin, daß er diese Karte bei der Kasse abgeben solle mit dem Betrage, die Kassierin möge die Beträge zusammenzählen und ihm den vom Geschäft gewährten Betrag — drei von hundert — ausgeben. Die Kassierin schloß sich anfangs keinen Verdacht, als sich aber die hohe Summe von 420 M. ergab, hatte sie doch Bedenken und zog den Geschäftsführer zu Rathe. Als dieser von dem Knaben erfuhr, daß dessen Auftraggeber vor der Thür warte, begab sich der Geschäftsführer hinaus und sah hier die ihm wohlbelannte Angeklagte, welche es vorgezogen, schamlos davonzugehen. Nach längerem Zeugen bezeugte sie sich im Termin zu dem Geständnisse, daß sie die leere Karte aus dem Handorfschen Geschäft mitgenommen und nach Guldanden ausgefüllt habe, um den Rabatt zu erhalten. Wegen Urkundenfälschung und verübten Betruges wurde sie zu einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten verurtheilt.

**Eine unüberlegte Aeußerung** ist dem Tapezierer O. aus Schöneberg neuer zu stehen gekommen. O. hatte eines Abends eine Ueberrückung auf der Straße begangen und war dabei von einem Gendarm erfaßt worden. Gegen das auf nur eine Mark lautende Strafmandat beantragte O. richterliche Entscheidung. Sein Einspruch wurde verworfen. Als das Urtheil verkündet worden war, äußerte sich O. dahin: „Die Gendarmen machen nur Angeigen, um Zeugengebühren zu erhalten“. Diese Bemerkung zog ihm eine

Ordnungsstrafe wegen Ungebühr vor Gericht in Höhe von 20 M. zu. Aber der Gendarm stellte außerdem Strafantrag wegen Verleumdung, worauf der Angeklagte dieserhalb noch gestern von der 120. Abtheilung des Schöffengerichts zu einer Geldstrafe von 80 M. verurtheilt wurde.

**Um fünf Pfennige!** Den in der Noth gelbten Versuchen einiger Arbeiter, am Abend der Heimkehr von der Arbeit statt der überfüllten Wagen III. Klasse auf der Stadt- und Ringbahn die II. Wagenklasse zu benutzen, wird gerichtsseitig mit großer Strenge entgegengetreten, wie sich gestern in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht II zeigte. Der Maler Robert R. und der Student Ernst P. waren wegen Betruges und wegen Verleumdung angeklagt. Welchs führten am Abend des 5. Dezember von Wilmersdorf bis Schöneberg. Als sie hier ausstiegen, bemerzte der diensthühende Stationsassistent, daß sie ein Abtheil der II. Wagenklasse verließen. Aus ihrer Kleidung zog der Beamte den Schluß, daß er Passagiere dritter Klasse vor sich habe. Er folgte ihnen bis zur Willettkontrollen und als er sah, daß sie thatsächlich nur Fahrscheine dritter Klasse abgaben, hielt er sie an und nöthigte sie nach dem Dienstraume, wo er ihnen anheimstellte, zwei Fahrscheine zweiter Klasse mit zusammen 80 Pfennigen nachzulösen. Statt auf diesen billigen Vorschlag einzugehen, bestritten die Angeklagten, zweiter Klasse gefahren zu sein, sie schämten den Beamten einen „Lügner“, „Schwindler“, „Lump“ und dergl. mehr und wurden deshalb der Polizei zugeführt. Nach den Befundungen des als Zeugen vernommenen Stationsassistenten ist die Bahnverwaltung nur um je 5 Pfennige geschädigt worden. Der Staatsanwalt beantragte dieserhalb für R. 5 Wochen und für P. 6 Wochen Gefängniß, der Gerichtshof ging aber noch über das beantragte Strafmaß hinaus und erkannte auf sechs Wochen bezw. zwei Monate Gefängniß.

**Wegen Vergehens gegen das Krankenversicherungs-Gesetz** war der Gastwirth Gredrodt angeklagt worden, als er mehrere von ihm beschäftigte Kassierinnen nicht bei der Krankenkasse angemeldet hatte. Der Angeklagte suchte sich damit zu rechtfertigen, daß die Mädchen überhaupt nur einen Tag in seinem Geschäft gewesen und am anderen Tage einfach fortgeblieben seien. Er habe nicht einmal ihre Namen behalten. Das Schöffengericht sprach ihn demnach frei, das Landgericht als Berufungsinstanz verurtheilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe, nachdem es feststellte, daß die Kassierinnen nicht nur für den einen Tag, sondern auf unbestimmte Zeit engagirt worden waren. Gredrodt legte nunmehr Reklusion ein und machte geltend, daß Kassierinnen, die nur einen Tag im Geschäft thätig seien, nicht zur Krankenkasse angemeldet werden brauchen. So sei ihm in der kurzen Zeit unmöglich gewesen, die Personalien der Mädchen festzustellen. Der Strafrichter des Kammergerichts erkannte indessen auf Verurteilung der Revision, und der Vorsitzende führte folgendes aus. Das landgerichtliche Urtheil enthalte keinen Rechtsirrtum. Maßgebend sei, daß der Angeklagte die Kassierinnen auf unbestimmte Zeit angemommen habe. Sie hätten deshalb angemeldet werden müssen, obwohl sie schon am zweiten Tage nicht wiedergekommen seien. Es wäre Pflicht des Angeklagten gewesen, sich sofort die Personalien der Mädchen zu beschaffen; hätten die Mädchen sich geweigert, ihm ihre Personalien anzugeben, dann hätte er sie gar nicht einstellen dürfen.

**Dem Droschkentischer R.** hatte der hiesige Polizeipräsident den Fahrschein entzogen, nachdem R. wegen rechtswidriger Weigerung von 4 M. bestraft worden war. R. klagte darauf im Verwaltungs-Streitverfahren und betonte, daß er unschuldig verurtheilt worden sei. Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte jedoch in letzter Instanz auf Abweisung des Klägers. Der Vorsitzende führte begründend aus, nach dem Droschkentischer-Reglement sei der Polizeipräsident schon zur Entziehung des Fahrscheins befugt, wenn eine rechtskräftige Verurteilung wegen eines Eigenthumsvergehens vorliege. Der Verwaltungsrichter habe nicht zu untersuchen, ob die Verurteilung zu Recht oder zu Unrecht erfolgt sei. Es gehöre das nicht zu seinen bestimmt umgrenzten Befugnissen.

### Vermischtes.

**Der Fischweiser Grentsch** aus Schmölln und zwei seiner Leute fuhren, wie aus Kolberg gemeldet wird, in einem Boote der königlichen Postkammer auf dem Baaber See, um die Fischneze zu revidiren. Auf der Rückfahrt kenterte das Boot, und die drei Insassen ertranken.

**Der Betrieb der Drahtenfeld- und Petersberg-Bahn** wird, wie aus Rühlgowitzer berichtet wird, am Sonntag, 19. d. M. eröffnet werden.

**Wegen einer epidemisch auftretenden Augenentzündung** sind in Baldau bei Lauban beide Schulen vorläufig bis nach Ostern geschlossen worden. Von sämmtlichen Schülern sind bisher 840, das sind etwa drei Viertel, erkrankt.

**In einem Lehrsaal der Realschule zu Koberebo in Städtel** erfolgte bei der Entzündung von Leuchtgas eine Explosion; der vortragende Professor wurde schwer, ein Schüler leicht verletzt; die einströmende Dede verwundete mehrere Schüler.

**Bei Boyen** stürzte der Monteur des Elektrizitätswerkes, Kuer, hundert Meter tief in die Auerbachsflamm. Die Leiche liegt an einer unzugänglichen Stelle und konnte noch nicht aus der Tiefe gezogen werden.

**Die an Bord der „Acania“** in Hamburg eingetroffenen Passagiere der „Bulgaria“ loben in begeisterten Worten die brave Mannschaft, die fast Uebermenschliches leistete. Nur der pflichttreuen Hingebung und dem todesmüthigen Verhalten der ganzen Besatzung, sowie der vorzüglichen Manier des Schiffes sei es zu danken, daß die „Bulgaria“ vor dem fast sicheren Untergang bewahrt blieb. Bei allen Rettungsarbeiten haben die Passagiere nach besten Kräften mitgeholfen. Die Direktion der Hamburg-Amerika-Linie theilte den Passagieren mit, daß Allen das in New-York entrichtete Passagiergeld zurückerstattet werden solle als Entschädigung für die Dienstleistungen, deren sich die Passagiere während der schweren Fahrt der „Bulgaria“ unterzogen hatten. Das sollte man eigentlich für selbstverständlich halten.

**An der Küste von Nord-Carolina** sind drei Torpedoboote untergegangen.

**Promotion eines Blinden.** Vor einigen Jahren ereignete sich in Frankfurt a. M. am Kaiser Friedrich-Gymnasium der seltene Fall, daß ein blinder Schüler das Reifezeugniß erlangte. Richard Hohenemjer bestand die Prüfung damals mit glänzender Erfolge. Inzwischen hat er in Berlin und Bräunchen Philosophie studirt, und dank seiner unermüdeten Willenskraft ist es dem eifrigen Jünger der Wissenschaft gelungen, auch in diesem Theil seiner Laufbahn das erstrebte Ziel zu erreichen, er hat beim Abschluß seiner Studien den Doktorgrad magna cum laude erworben.

### Witterungsübersicht vom 17. März 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe am	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. in 5 M. Höhe	Stationen	Barometere-höhe am	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. in 5 M. Höhe
Schwetzingen	767	W	3	bedeckt	6	Hannoversch-Münden	750	SW	2	bedeckt	3
Frankfurt	770	SW	3	bedeckt	6	Worms	770	SW	3	bedeckt	6
Berlin	769	SW	3	bedeckt	6	Wiesbaden	772	SW	3	bedeckt	6
Wiesbaden	772	SW	3	bedeckt	6	Wien	771	SW	3	bedeckt	6
Wien	771	SW	3	bedeckt	6	Wien	770	SW	3	bedeckt	6

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 18. März 1899.** Etwas kühler bei nordwestlichen Winden; veränderlicher Bewölkung und geringen Niederschlägen. Berliner Wetterbureau.



Bernstein's Streitschrift.

(Schluß)

III. Demokratie und Klassenkampf.

Die Demokratie ist die unentbehrliche Voraussetzung des Sozialismus, darin wird wohl jeder von uns mit Bernstein übereinstimmen. Dagegen können wir dem folgenden, seiner Stuttgarter Erklärung entnommenen Satz keineswegs völlig beipflichten:

Zur Eroberung der politischen Macht gehören politische Rechte, und die wichtigste Frage der Taktik, welche die deutsche Sozialdemokratie zur Zeit zu lösen hat, scheint mir die nach dem besten Wege der Erweiterung der politischen und gewerblichen Rechte der deutschen Arbeiter zu sein. Ohne daß auf diese Frage eine befriedigende Antwort gefunden wird, würde die Betonung der anderen schließlich nur Deklamation sein.

Den einleitenden Satz kann man auch umdrehen und sagen: Zur Eroberung der politischen Rechte gehört politische Macht; dann aber ist der beste Weg der Erweiterung der Rechte der Arbeiterkraft der der Erweiterung dieser Macht. Das hat das deutsche Proletariat längst erkannt und ohne jegliche Deklamationen hat es danach gehandelt; unermüdet ist es bemüht, durch Propaganda, Organisation, Ausnutzung der bestehenden Rechte seine Macht zu erweitern. Seine Möglichkeit, eine Position in Reichstag, Landtag, Gemeinde, in Krankenkassen und Gewerbeämtern zu erobern, läßt es ungenügt; jeden Akt der Gesetzgebung sucht es zu seinen Gunsten zu beeinflussen. In diesem Sinne war die deutsche Sozialdemokratie seit jeder einer Reformpartei. Was Bernstein in seiner Broschüre über die Aussichten und Aufgaben auf diesen Gebieten sagt, ist oft sehr treffend, stets anregend, aber grundsätzlicher Neues bringt er da nicht. Meinte Bernstein bloß diesen Weg zur Erweiterung der Macht und der Rechte des Proletariats, so könnte man ihm in tatsächlicher Beziehung im Wesentlichen wohl zustimmen, bei allen Abweichungen in der Theorie. Aber dann war's höchst überflüssig, von einer offenen Frage der Taktik zu sprechen, die die deutsche Arbeiterkraft zu lösen hat und ohne die alles Andere schließlich „Deklamation“ bleibt. So konnte Bernstein nur sprechen, wenn er meinte, einen neuen, besseren, besseren Erfolg versprechenden Weg zur Gewinnung neuer Rechte gefunden zu haben. Ehe wir uns aber diesen neuen Weg des Fortschreitens auf der Bahn zur Demokratie näher ansehen, müssen wir noch einen Blick auf Bernstein's Definition der Demokratie werfen.

Die Uebersetzung des Wortes Demokratie mit Volksherrschaft scheint ihm eine zu äußerliche, formale Definition zu geben. Er möchte „Demokratie mit Abwesenheit der Klassenherrschaft“ übersetzen, als Bezeichnung eines Gesellschaftszustandes, wo keiner Klasse ein politisches Privilegium gegenüber der Gesamtheit zusteht.

Bernstein identifiziert also Abwesenheit von politischen Privilegien mit Abwesenheit von Klassenherrschaft. Haben wir jetzt in demokratischen Staaten nicht ebenso eine Klassenherrschaft, wie in nicht demokratischen, ja mitunter eine noch größere? In Ausland kann man weit weniger von einer Klassenherrschaft der Bourgeoisie reden als etwa in Belgien. Was Bernstein mit Abwesenheit von Klassenherrschaft sagen wollte, war offenbar nichts anderes, als Gleichberechtigung aller Volksgenossen.

Aber das ist bloß die eine Seite der Demokratie. Gleichberechtigung ist auch ohne Demokratie möglich unter dem Despotismus. Zur Gleichberechtigung muß die Unterwerfung der Regierung unter den Volkswillen kommen, sollen wir von Demokratie reden können. Diese Seite der Demokratie hat Bernstein ganz außer Acht gelassen, und doch wird sie praktisch für uns immer wichtiger.

So weit von einem Fortschritt der Demokratie in den letzten zwanzig Jahren gesprochen werden kann, geht er nur in der Richtung der Gleichberechtigung, namentlich der Ausdehnung des Wahlrechts auf die Arbeiterklasse. Auch dieser Fortschritt ist ein sehr geringer, schwankender, und was auf dem einen Gebiete gewonnen wird, wird nur zu leicht auf einem anderen verloren — vido casibus. Aber immerhin, einige Fortschritte sind in der Richtung der Gleichberechtigung zu konstatieren. Dagegen haben wir unterschiedene und rasche Rückschritte zu verzeichnen in der Abhängigkeit der Regierungen von den Parlamenten und dem Volkswillen. Gerade dort, wo das Wahlrecht in der letzten Zeit erweitert worden, tritt das am stärksten zu Tage, in Oesterreich, Italien, selbst im konstitutionellen Belgien, wo der König immer mehr persönliche Politik macht.

Es ist mir völlig unbegreiflich, wie Bernstein schreiben konnte, das allgemeine Wahlrecht „zwang Bismarck, ihm als Werkzeug zu dienen“. Es ist leider weit entfernt davon, auch nur einen Hohenlohe dazu zu zwingen. Was hat der Reichstag je einem Reichskanzler abzuverlangen vermocht? Nicht einmal Diäten für sich selbst!

Die steigende Macht der Regierungen gegenüber dem Volkswillen, das ist die große Gefahr, die der Entwicklung Europa's droht. Diese Erscheinung läßt sich auf dem ganzen Kontinent Europa's bis nach Rußland verfolgen, mit Ausnahme einiger kleinerer Zwitwilerländer, wie die Schweiz, Holland, Norwegen — alles Länder ohne ein starkes stehendes Heer.

Die Vermehrung der stehenden Heere ist eine der Ursachen der steigenden Macht der Regierungen; es wachsen dadurch nicht nur ihre physischen Machtmittel, sondern auch ihre ökonomischen und — einzuweilen noch — ihr moralischer Einfluß, wenn man das Wort moralisch hier gebrauchen darf.

Die andere Wurzel des Anwachsens der Regierungsgewalt ist der Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie. Kleinbürgerthum und Bourgeoisie haben diese im Stiche gelassen.

Die einzige Partei, die dem Regierungsabsolutismus kraftvoll widersteht, ist die proletarische Demokratie. Zwischen diesen beiden Mächten wird sich der große Entscheidungskampf der Demokratie abspielen. Selbst wenn es allgemein möglich wäre, die volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten Schritt für Schritt in allmählichen Vordringen zu erreichen, so wird uns dadurch der große, entscheidende Kampf zur Unterwerfung der Regierungsgewalt unter den Volkswillen nicht erspart.

Das heißt aber keineswegs auf Katastrophen spekulieren, unsere Taktik auf Katastrophen zu basieren. Das bildet vielmehr den stärksten Antrieb zu gesetzlicher Thätigkeit und zu Reformarbeit, das heißt zu jener Wirksamkeit, durch die wir unsere Macht erweitern und befestigen, also zur Ausnutzung jeder gesetzlichen Möglichkeit, unsere Organisation zu entwickeln, neue Positionen zu gewinnen, Erfahrungen zu sammeln und die Volksmasse für unsere Idee zu begeistern. Unsere Aufgabe ist es nicht, Katastrophen heraufzubeschwören, sondern vielmehr jeden Vorwand zu solchen zu vermeiden, und danach zu wirken, daß wir die Mehrheit der politisch thätigen Volksmasse für uns gewinnen, bis schließlich die regierenden Klassen den Glauben an sich selbst verlieren und ihr Zusammenbruch unvermeidlich geworden ist.

Ganz anders sieht Bernstein die Entwicklung zur Demokratie. Er nennt das allgemeine Wahlrecht ein Stück Demokratie, das auf die Dauer die andern nach sich ziehen muß, wie der Magnet die zerstreuten Eisentheile an sich zieht. Das geht wohl langsam vor sich, als Wasser es kühlt, aber trotzdem ist es im Werk! Allerdings sehr langsam; seit einem Vierteljahrhundert hat das allgemeine Wahlrecht in Deutschland kein weiteres Stückchen Demokratie angezogen, das der Rede werth wäre, wohl aber ist seitdem in Deutschland gar manches Stück Demokratie stöten gegangen! Selbst der zehnte Demokrat in Deutschland gesteht, daß wir mitten in der Reaktion stehen. Bernstein aber findet, daß das allgemeine Wahlrecht zwar langsam, aber sicher die anderen Stücke Demokratie nach sich zieht. Wenn's nicht schneller geht, so ist die Sozialdemokratie daran schuld mit der verkehrten Taktik, die sie der Bourgeoisie gegenüber einschlägt. Wenn man Bernstein entgegenhält, daß die

Aussichten, die Demokratie ohne politische Katastrophe zu erringen, in Deutschland äußerst gering, ja so gut wie nicht vorhanden seien, daß das deutsche Bürgerthum immer reaktionärer werde, dann erwidert er uns: Das „mag für den Moment vielleicht richtig sein, obgleich manche Erscheinungen auch dagegen sprechen. Aber es kann nicht auf die Dauer so sein. Das, was man Bürgerthum nennt, ist eine sehr zusammengelegte Klasse, aus allerhand Schichten mit sehr verschiedenartigen bezw. unterschiedenen Interessen bestehend. Diese Schichten halten auf die Dauer nur zusammen, wenn sie sich entweder gleichmäßig bedrückt oder gleichmäßig bedroht sehen. Im vorliegenden Falle kann es sich natürlich nur um das letztere handeln, d. h. daß das Bürgerthum eine einheitlich reaktionäre Masse bildete, weil sich alle seine Elemente von der Sozialdemokratie gleichmäßig bedroht fühlen, die Einen in ihren materiellen, die Anderen in ihren ideologischen Interessen: in ihrer Religion, ihrem Patriotismus, in ihrem Wunsch, dem Lande die Schreden einer gewaltthätigen Revolution zu ersparen.

Das ist nun nicht richtig. Denn die Sozialdemokratie bedroht sie nicht alle gleichmäßig und niemand als Person, und sie selbst schwärmt in keiner Weise für eine gewaltthätige Revolution gegen die gesammte nichtproletarische Welt. Je deutlicher dies gesagt und begründet wird, um so eher wird jene einheitliche Furcht weichen, denn diese Elemente des Bürgerthums fühlen sich von anderer Seite her bedrückt, und würden lieber gegen diese, deren Druck auch auf der Arbeiterklasse lastet, als gegen die Arbeiter Front machen, lieber der Letzteren als der Ersteren Bundesgenossen sein. Sie mögen unsichere Kantonalisten sein. Aber man erzieht schlechte Bundesgenossen, wenn man ihnen erklärt, wir wollen Euch helfen, den Feind fressen, aber gleich hinterher fressen wir Euch. Da es sich nun unter keinen Umständen um eine allgemeine, gleichzeitige und gewaltthätige Expropriation, sondern um die allmähliche Ablösung durch Organisation und Gesetz handelt, so würde es der demokratischen Entwicklung sicher keinen Abbruch thun, der hauptsächlich veralteten Freglegende auch in der Phrase den Abschied zu geben.

Wenn also die Bourgeoisie in Deutschland reaktionär ist, wenn wir ohne Katastrophe nicht zur Demokratie kommen können, dann ist die Sozialdemokratie daran schuld; sie ändere ihre Haltung gegenüber der Bourgeoisie und die Reaktion schwindet, wir kommen auf friedlichem Wege zur Demokratie.

Dem entsprechend sagt Bernstein an anderer Stelle:

„Eine solche (springhafte) Entwicklung liegt weder im Interesse der Arbeiterklasse, noch kann sie jenen Segnern der Sozialdemokratie als wünschenswerth erscheinen, die zu der Erkenntnis gelangt sind, daß die gegenwärtige Gesellschaftsordnung nicht für alle Ewigkeiten geschaffen ist, sondern dem Gesetz der Veränderung unterliegt, und daß eine katastrophenhafte Entwicklung mit all ihren Schrecken und Verheerungen nur dadurch vermieden werden kann, daß den Veränderungen in den Produktions- und Verkehrsverhältnissen und der Klassenentwicklung auch im politischen Recht Rechnung getragen wird. Und die Zahl derer, die das einsehen, ist im letzten Wachsen. Ihr Einfluß würde ein viel größerer sein als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Muth fände, sich von einer Propaganda zu emanzipieren, die hauptsächlich überlebt ist, und das scheinen wir wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei.“

Und zwei Seiten weiter sagt er:

„In Uebriem wiederhole ich, je mehr die Sozialdemokratie sich entschließt, das Scheitern zu wollen, was sie ist, umso mehr werden auch ihre Aussichten wachsen, politische Reformen durchzuführen. Die Furcht ist gewiß ein großer Faktor in der Politik, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß Erregung von Furcht alles vermag. Nicht als die Chartistenbewegung sich am revolutionärsten geberdete, erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und sie sich mit dem radikalen Bürgerthum für die Erlämpfung von Reformen verbündeten. Und wer mir entgegenhält, daß Kechnliches in Deutschland unmöglich sei, den erlaube ich nachzulesen, wie noch vor 15 und 20 Jahren die liberale Presse über Gewerkschaftskämpfe und Arbeitergesetzgebung schrieb, und die Vertreter dieser Parteien im Reichstag sprachen und stimmten, wo darauf bezügliche Fragen zu entscheiden waren. Er wird dann vielleicht zugeben, daß die politische Reaktion durchaus nicht die bezeichnendste Erscheinung im bürgerlichen Deutschland ist.“

Das also ist der Weg, den uns Bernstein führen will.

Das Proletariat soll sich mit der Bourgeoisie verbünden zur Erlämpfung der Demokratie. Daß es die Bourgeoisie dort zu unterstützen hat, wo sie revolutionär auftritt, darauf wies schon das kommunistische Manifest hin. Das Zusammenwirken mit liberalen Parteien zu bestimmten Zwecken hat seitdem oft in den sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder stattgefunden, ohne Anstoß zu erregen.

Aber das ist's offenbar nicht allein, was Bernstein meint. Ich fasse seine Ansicht dahin auf, wir sollen unsere Taktik so einrichten, daß wir die Bourgeoisie nicht erschrecken, wir sollen im Gegentheil trachten, einzelne ihrer Schichten zu gewinnen. Das können wir, wenn wir aufhören, uns der revolutionären Propaganda zu bedienen, durch die sich „alle Elemente des Bürgerthums gleichmäßig bedroht fühlen“.

Welche Schichten des Bürgerthums zu gewinnen sind, sagt uns Bernstein leider nicht. Aber er muß doch annehmen, daß es breite, kraftvolle, entschieden demokratische Schichten sind, sonst könnte er ihren Sympathien nicht so gewaltigen Einfluß auf die demokratische Entwicklung zuschreiben. Ich habe mich vergebens bemüht, diese Schichten zu entdecken.

Aber nehmen wir an, sie existieren und nur ein Mißverständnis ist es, das sie der Sozialdemokratie entfremdet. Unsere revolutionären Phrasen erschrecken sie, die doch zu unserer Praxis gar nicht stimmen. Was für Phrasen sind das? Bernstein weist darauf hin, daß sich manche der zu Gewinnenden unnötig in ihrer Religion, ihrem Patriotismus bedroht fühlen.

Aber treibt denn die Sozialdemokratie antireligiöse Propaganda, erklärt sie nicht immer und immer wieder die Religion für eine Privatsache? Was sollen wir noch mehr thun? Und Patriotismus! Ja, was heißt Patriotismus? Wenn er Begeisterung für unsere Zukunft bedeutet oder Chauvinismus, dann können wir nicht mithun. Wenn er aber das Streben bedeutet, die eigene Nation glänzend und blühend zu machen, dann giebt es keine besseren Patrioten als uns.

In der Verpöthung der Religion und der Beizung der heimischen Zustände hat die bürgerliche Demokratie ehemals ganz Anderes geleistet, als die Sozialdemokratie. Wir sind die wahren Waisenkinder gegen jene. Wenn uns einmal ein recht kräftiges Wortlein in der Beziehung entfährt, dann ist es sicher ein Zitat aus der Literatur der bürgerlichen Demokratie vor 1848. Warum flüchtete die Bourgeoisie damals nicht vor deren Bedrohungen der Religion und des Patriotismus unter die Fittige der Reaktion?

Die Sache liegt eben ganz anders, als sie Bernstein erscheint. Nicht, weil wir Religion und Patriotismus bedrohen, wird der Bourgeois reaktionär, sondern umgekehrt, weil er reaktionär wird, zeter er über unsere Bedrohung der Religion und des Patriotismus.

Wie steht's aber mit der Freglegende? Treibt die nicht die Bourgeoisie in die Reihen der Reaktion, und ist sie nicht völlig veraltet? Das kommt darauf an, was man darunter versteht. Bei Bernstein wird das nicht ganz klar. Er meint, sie sei veraltet, weil es „sich unter keinen Umständen um eine allgemeine, gleichzeitige und gewaltthätige Expropriation, sondern um die allmähliche Ablösung durch Organisation und Gesetz handelt“. Legt er das Schwergewicht auf das Wort „Expropriation“, dann hat er die veraltete Freglegende in seiner Stuttgarter Erklärung selbst noch produziert, in dem Satze: „Die Expropriation der Kapitalisten“ gehört zu den Forderungen des Programms der Sozialdemokratie und wird von niemand bestritten.“

Oder legt Bernstein das Schwergewicht auf die Worte: „allgemein, gleichzeitig und gewaltthätig“? Ich fürchte, es wird den Kapitalisten keinen Unterschied machen, ob sie gleichzeitig oder nach einander expropriert werden, und ob es durch Organisation und Gesetz oder auf anderem Wege geschieht, weil sie auch wenig interessieren.

Was sollen wir aber da thun? Haben wir jemals erklärt, die Expropriation müsse eine allgemeine, gleichzeitige und gewaltthätige sein? Unser Programm sagt gar nichts darüber und zwar aus dem triftigen Grunde, weil sich nichts darüber sagen läßt. Wir können wohl die Richtung der Entwicklung einigermaßen erkennen, aber den Sozialdemokraten der Zukunft in bindender Weise vorschreiben, wie sie sich mit ihren Gegnern auseinanderzusetzen haben, das können wir doch nicht. Es wird wenige unter uns geben, die nicht für „Ablösung“ durch Organisation und Gesetz sind. Aber ein Beschluß im Sinne der Ablösung wäre heute ebenso gegenstandslos wie einer im Sinne des Gegenzeils.

Bernstein meint, „man erzieht schlechte Bundesgenossen, wenn man ihnen erklärt, wir wollen Euch helfen, den Feind fressen, aber gleich hinterdrein fressen wir Euch.“ Aber zu welchem andern Zwecke wollen wir denn die Demokratie erobern, als zu dem, der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende zu machen? Bernstein selbst erklärt, die Demokratie führt heute zum Sozialismus. Das wissen die weitersehenden Bourgeoisie auch und darum verhalten sie sich gegen die Demokratie ablehnend. Will man sie zu Demokraten machen, muß man sie auch gleichzeitig zu Sozialisten machen, sie von der Nothwendigkeit der Auehebung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln überzeugen.

Wer aber sind jene „Elemente des Bürgerthums“, die von der Freglegende getroffen werden könnten? Handelt sich's dabei um Aerzte, Lehrer, Ingenieure oder Kleinbürger? Nein, es handelt sich um Kapitalisten. Will Bernstein die kapitalistischen Elemente des Bürgerthums durch die Opferung der Freglegende aus unsicheren in sichere Bundesgenossen des kämpfenden Proletariats verwandeln? Er hätte die bürgerlichen Elemente, auf die er rechnet, doch näher bezeichnen sollen.

Aber nehmen wir an, es gelänge, die Besorgnisse der Bourgeoisie wegen der Expropriation zu zerstreuen, ja, es gelänge sogar, ihr unseren Sozialismus als Vollendung des Liberalismus münbegerecht zu machen. Ich fürchte, auch dann würde der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat bestehen bleiben. Wohe Worte schaffen nicht soziale und politische Gegensätze. Was die Bourgeoisie gegen uns erbittert, sind nicht unsere Worte, sondern unsere Thaten. Nicht die gelegentlichen Hinweise des einen oder anderen Agitators auf die Dinge, die da kommen werden, machen uns die Bourgeoisie zu Feinden, sondern gerade jene praktische Thätigkeit, die uns Bernstein als Reformthätigkeit so sehr ans Herz legt. Was heißen denn soziale und politische Reformen heute anderes, als Vergrößerung der Kraft oder des Machtbereichs der Arbeiterkraft, Schwächung oder Einengung der Macht der Bourgeoisie? Bei jedem Kampf, den wir kämpfen, sei es ein politischer oder ein ökonomischer, ist der Gegner, auf den wir stoßen, die Bourgeoisie. Nicht immer die gesammte Bourgeoisie oder dieselbe Fraktion der Bourgeoisie; bei manchem Kampf mögen wir die eine Fraktion gegen die andere auspielen. Aber die Gesamtheit unserer praktischen Kämpfe richtet sich gegen die Masse der Bourgeoisie.

Bernstein weist darauf hin, wie vor 15 und 20 Jahren die Liberalen Deutschlands über Gewerkschaftskämpfe und Arbeitergesetzgebung sprachen und schrieben und wie sie heute darüber sich äußern. Natürlich meint er damit nicht die Nationalliberalen, sondern die Fortschrittler. Gewiß haben manche unter diesen etwas gelernt und stehen nicht mehr ganz auf dem verbotenen Standpunkt von ehemals. Aber viel schneller, als die Arbeiterfreundlichkeit in der bürgerlichen Demokratie wächst, schwindet sie in den konservativen Parteien, um dort durch kräftige Arbeiterfeindlichkeit verdrängt zu werden, und nimmt die Fahnenflucht der Bourgeoisie aus den Reihen der liberalen Parteien zu.

Aber England! Nicht durch den Chartismus erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern erst dann, als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und die Proletarier sich mit dem radikalen Bürgerthum zur Erlämpfung von Reformen verbündeten.

Daß die Chartisten nichts erreicht haben, wird Bernstein sicher nicht behaupten wollen. Das Reformengesetz ist zum großen Theil ihr Werk. Wenn dann in der Mitte der sechziger Jahre die Liberalen die Arbeiter-Aristokratie gegen die Konservativen auszuspielen suchten und die Initiative dazu ergriffen, daß sie das Stimmrecht erhielten, so hat Bismarck um dieselbe Zeit der deutschen Arbeiterkraft ein noch weit ausgedehnteres Stimmrecht gegeben, um durch sie die liberale Bourgeoisie in Schach zu halten. Dergleichen Scherze durften sich damals die herrschenden Klassen noch erlauben. Sie bezogen nur, hier die Schwäche, dort die Unselbständigkeit des Proletariats. Man vergesse nicht, daß die englische Wahlreform von 1867 wie die spätere von 1885 nicht einem Bündniß des politisch selbständigen Proletariats mit dem liberalen Bürgerthum entsprang, sondern seiner Unterwerfung unter des letzteren Führung. Das „Bündniß“ bestand darin, daß die Arbeiter „voll und ganz“ Liberale wurden.

Es waren aber ganz eigenartige Verhältnisse, welche dieses Bündniß ermöglichten. Dadurch, daß Marx in den sechziger Jahren in England den Typus der kapitalistischen Produktionsweise sah, darf man sich nicht zu dem Glauben verleiten lassen, auch die besondere politische Entwicklung Englands müsse in allen Stücken das Vorbild des politischen Entwicklungsganges im übrigen Europa werden. Seit den Tagen der Stuarts ist die Entwicklung Englands stets ihre eigenen Wege gegangen, und es wäre die schlimmste Schablonenhaftigkeit, wollte man das Verhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat, wie es in England sich gebildet hat, einfach nach Deutschland übertragen, wo wir eine ganz andere Bourgeoisie haben, aber auch ein ganz anderes Proletariat, ganz andere politische Traditionen und Machtverhältnisse.

Es ist unmöglich, dies hier näher zu begründen, ich habe den mit zugemeßenen Raum ohnehin schon überschritten.

Aber trotzdem Umstände, die nirgendwo wiederkehren, in England eine Zeit lang das Bündniß zwischen dem bürgerlichen Radikalismus und dem Proletariat begünstigten und das Aufkommen einer selbständigen Arbeiterpartei erwirkten, trotzdem hat dieses Bündniß auch dort auf die Dauer keine glänzenden Ergebnisse für die Partei gezeitigt, die es unternahm.

Das machtvolle englische Proletariat im Vereine mit dem machtvollen englischen Liberalismus: mußte das nicht eine Partei geben von einer Reformfreundlichkeit und einer Kraft, der nichts widerstehen konnte? Aber zu einer solchen Position gelangte die liberale Partei kaum vorübergehend, und heute liegt sie am Boden, ohnmächtig, hilflos, zerfahren und zerfallen. Das ist das Endresultat des Bündnisses zwischen radikalem Bürgerthum und Proletariat.

Die liberale Partei konnte auf die Stimmen der Arbeiter nicht spekulieren, ohne diesen etwas zu bieten: viele Versprechungen und geringe Thaten. Aber dies wenige reichte bereits hin, immer weitere Schichten der Bourgeoisie gegen den Liberalismus zu erbittern und ihm abwendig zu machen. Wenn die konservative Partei heute eine so stolze Macht in England ist, verdankt sie dies vor allem dem Abfall der Bourgeoisie vom Liberalismus. Die Liberale Partei kann ein Bündniß mit dem Proletariat schließen, nicht aber die Bourgeoisie.

Innerhalb der Partei selbst aber wachsen die Gegensätze, die jede geschlagene Armee desorganisierenden persönlichen Gegensätze unter den Führern kreuzen sich mit den prinzipiellen Gegensätzen zwischen den proletarierfreundlicheren, nach vorwärts drängenden und den ganz zur Bourgeoisie haltenden Politikern, die finden, daß man den bürgerlichen Anhang nicht noch mehr vor den Kopf stoßen dürfe. Die liberale Partei kann keine Bourgeoispartei mehr werden, dazu hängt sie zu sehr von den Arbeitern ab, und doch hat sie nicht die

Kraft, sich zu einer reinen Arbeiterpartei zu entwickeln; dazu ist sie zu mächtig. Daran steht es fest.

Aber das Bündnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat hat nicht nur jene Partei ruinirt, die es verwarf, es hat auch die politischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse verringert, die sich darauf einließ. Es hat die Arbeiter daran gewöhnt, die Kosten ihrer politischen Kämpfe von Bourgeois bezahlen zu lassen, hat die politische Opferwilligkeit in ihnen schwinden lassen und ihre Politik nicht bloß geistig, sondern auch materiell in Abhängigkeit von der Bourgeoisie gebracht. Und dies Bündnis war nur möglich dadurch, daß das Proletariat sich jeder weitgehenden Massenpolitik entzog, daß es Anbeter des Augenblickserfolges wurde, und daß an Stelle der Vertretung gemeinsamer großer Klasseninteressen die jener Kleinlichen Sonderinteressen trat, welche innerhalb des Proletariats mitunter recht gegenwärtiger Natur sind. So wurde nicht bloß die liberale Partei zerstückt, sondern auch die Arbeiterklasse selbst. So kommt's, daß die englische Arbeiterklasse, die an Zahl und wirtschaftlicher Organisation weitens die stärkste der Welt ist, doch lange nicht jene politische Kraft erlangt hat, die ihr nach dem Stand der ökonomischen Entwicklung und der politischen Freiheit in England gebührt, und daß sie von jener Kraft, die sie besitzt, so ungenügenden Gebrauch macht. Nicht einmal in so praktischen Fragen, wie der Achtundzestag, das allgemeine Wahlrecht, Abschaffung des Hauses der Lords, Verstaatlichung der Eisenbahnen, vermag sie zu einer geschlossenen und entschiedenen Agitation zu gelangen.

Sie hat das Bündnis mit dem radikalen Bürgerthum theuer bezahlt.

Aber noch theurer hätte die deutsche Sozialdemokratie schon das bloße Streben danach zu bezahlen. Ihr bräute es den Niedergang ohne vorhergehenden Aufschwung, nur die Schanden, ohne jede Aussicht, nur die Desorganisation und Verwirrung im Innern, ohne Zutritt neuer Kräfte von Außen, denn das radikale Bürgerthum, dessen Bundesgenossenschaft dem Proletariat demokratische Freiheit und soziale Reform bringen könnte, es existirt in Deutschland nicht, außer in der Form einer Schaar Generale ohne Arme.

Der englische Weg, auf den uns Bernstein hinweist, ist für die deutsche Sozialdemokratie ungangbar, nicht nur aus Gründen unserer sozialistischen Theorie, sondern auch aus Gründen des praktischen Kampfes. Er würde zur Auflösung unserer Partei führen.

Bernstein ruft unserer Partei zu, sie soll wagen, zu scheitern, was sie ist. Was er ihr vorschlägt, bedeutet aber thatsächlich nichts Geringeres, als daß sie aufhören soll, zu sein, was sie ist. Wenn wir Bernstein folgen, werfen wir weit mehr über Bord, als einige blutdürstige Medusen. Wir werfen dann über Bord nicht nur unsere bisherige Theorie, sondern auch unsere bisherige Praxis, unser Programm und unsere Taktik, unser Endziel und unsere Bewegung, um dafür einen Sozialismus ohne Begründung und ohne bestimmte Abgrenzung vom Liberalismus und die Aussicht auf das Wohlwollen des radikalen deutschen Bürgerthums einzutauschen.

Kein Zweifel, daß es Bernsteins gutes Recht war, seine Kritik an Programm und Taktik zu üben, daß ihn die besten Absichten für das Proletariat und die soziale Entwicklung dabei leiteten. Ich habe auch durchaus nicht das Bedürfnis, angesichts seiner Schrift über Verrothung zu schreiben und die allgemeine Entrüstung gegen sie erregen zu wollen.

Ich bilde mir auch nicht ein, mit meinen für den Raum des „Vorwärts“ so breiten und für die Fülle von Streitfragen so engen Ausführungen ein entscheidendes Wort gesprochen zu haben. Endgültig lassen sich derartige komplizierte Fragen überhaupt nie erledigen.

Aber eines kann die Kritik endgiltig feststellen: vorhandene Gegenätze. Ehe man über Gegenätze diskutiert, muß man darüber klar geworden sein, welcher Art sie sind und wo sie liegen. Ehe wir über die Bernsteinsche Streitfrage diskutieren, müssen wir Klarheit darüber haben, ob sie sich bloß gegen veraltete revolutionäre Phrasen kehrt, oder gegen das wirkliche Wesen unserer Partei, wie sie ist. Sollte meine Kritik das klar gestellt haben, dann hat sie ihren Zweck erfüllt.

### Eine Geschichte der Wiener Revolution.

Von Maxilian, Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848; Wien 1898. Erste Wiener Volksbuchhandlung, XVI u. 244 S., Preis 8 Mk. (In 30 Heften à 20 Pf. erschienen.)

Wenn man erwägt, welche Ueberfülle von sogenannten historischen Gelegenheitschriften anlässlich jedes höchsten Ereignisses und Jubiläums aus den deutschen Buchermärkten geworfen wird, muß einem die Schamröthe aufsteigen über die Art, wie die deutsche Geschichtsschreibung und Geschichtsforschung sich mit den Ereignissen des Revolutionsjahres abgefunden hat. Der Betrieb unserer Geschichtsschreibung erstreckt sich auf alle Zeiten und Länder, auf Urgeschichte und lebende Monarchen, auf Byzantiner, Sarazenen, Montezuma, Dschingischan, auf alles mögliche, nur nicht auf die Ereignisse des Jahres 1848. Freilich, Professuren und Archivstellen, Geheimrathstitel, Orden und Reisepensidien sind durch Arbeiten über die vollstündigste Beschreibung des deutschen Volkes nicht zu erlangen! Mehr noch als die Kunst geht nun in deutschen Landen Geschichtsschreibung und -forschung nach Prot. Auch das Bürgerthum, das so viel den Männern von 1848 dankt, hat in den traurigen Worten des Renegatenthums und des Servilismus die große Schuld gänzlich vergessen. Freuen sich doch so manche bösscher Kunst, Würden und Titel, die Schulter an Schulter mit den Freiheitskämpfern gestritten haben. Hätte die Sozialdemokratie die Tradition der Freiheitskämpfe des Bürgerthums nicht aufgenommen, man würde heute schon die höchste Geschichtslegende widerspruchlos die Würzgesellen als Schinderhannes und Genossen behandeln lassen. Trotz der alle Strafen in Anspruch nehmenden, nie ruhenden Kämpfe des Tages hat die Sozialdemokratie in literarischen Denkmälern der historischen Bedeutung der Märzereignisse gerecht zu werden gesucht und durch Verbreitung dieser Schriften wenigstens im Proletariate die Erinnerung an die Helden der ersten großen Volksbewegung nach den Bauernkriegen wachhalten.

Nun besitzen wir neben der Geschichte der deutschen Revolution von Bloß auch eine Geschichte der Wiener Revolution von 1848, die verdient, vom arbeitenden Volke gelesen zu werden. Besser als eine Inhaltsangabe werden die Titel der 22 Kapitel, in die das Buch zerfällt, über den reichen Inhalt des Werkes Aufschluß geben: Die drei Märztage; das alte Oesterreich; der Hof und die Revolution; wie man Verbrechen einlöst; die soziale Frage; die Bauernfrage; die Märzfrage und die Provinzen; die Aprilverfassung; die Mairevolution; die Vorbereitungen zum Kampfe; die Militär-Verständigung; der Reichstag; Bourgeoisie und Proletariat; die Nothwendigkeit einer neuen Revolution; der sechste Oktober; die Mobilisierung gegen Wien; die Kämpfe in Wien; der Verrothung; der Kampf; der Sieger; letzte Regierungen; die nächsten Ziele der Reaktion. Vorausgesetzt der Darstellung das stimmungsvolle und markige Gebicht von Carl Scherenberg: „Nur unter Stürmen entsendet sein „Werde“, das mit den tödtenden Worten schließt: „Stürme des Frühling, brechet herein!“

Während von der überreichen und zum nicht geringen Theile literarisch werthvollen Poesie der Wiener Revolution nicht mehr Proben mitgeteilt werden, sind zahlreiche, hochinteressante Proben von Wildern aus dem Wien des Sturmjahres in meist recht gelungenen Reproduktionen dem Buche auf den Weg mitgegeben; neben Porträts der Vorkämpfer und Hauptgegner der Bewegung und zeitgenössischen Darstellungen der Vorgänge finden wir auch eine nicht geringe Anzahl von Proben der oft meisterhaften politischen Karikaturen, mit denen zahlreiche Künstler, deren Namen heute meist unbekannt sind, die Zeitereignisse begleiteten. Neben fast zweihundert Illustrationen, die schon allein dem Buche hohen Werth verleihen, findet man noch eine Anzahl selbständiger Vologe, so einen das Verhältniß der Vorgänge erleuchtenden Plan der timernen Stadt Wien vom Jahre 1848, das Facsimile eines Ausrufes: „An das

Proletariat! Unsere Brüder in der Arme! Freunde, Brüder, Soldaten!“ u. s. w.

Die Ausstattung des Buches ist auch recht gut; desto mehr bedauern wir, daß der reiche Bilderreichtum nicht zur vollen Wirkung kommt infolge des sehr bedauerlichen Umstandes, daß die wenigsten Bilder an den Stellen eingereiht wurden, wohin sie gehörten, wenn sie, wie es doch auch ihr Zweck sein soll, den Text begleiten, ihn wirklich illustriren sollten. Diesen Vorwurf, den wir leider bei allen Bildern erheben müssen, wollen wir bloß durch einige Beispiele belegen: Auf Seite 216 werden die Ereignisse von Ende März dargestellt, Seite 217 aber ein ganzseitiges Bild mit dem erklärenden Texte „eine Hinrichtung im November“. Auf Seite 313 werden die häuerlichen Abhängigkeitsverhältnisse in der Zeit vor der Revolution geschildert, illustriert werden diese Verhältnisse durch ein Bild „das Lager in Welvedere“, Oktober 1848“. Wenn die Verlagsleitung, was wir sehr wünschen, eine neue Auflage des Buches bald vorbereiten kann, dann sollte sie nicht unterlassen, für eine sorgfältige Anordnung des künstlerischen Beiverleses Sorge zu tragen; vielen Lesern wird es sicherlich, wie dem Referenten gehen, daß die Illustrationen, so gut sie auch sind, des geringsten Fehlens wegen oft störend wirken und nur selten das Verständniß der Lektüre fördern. Der historische Werth der Bilder würde noch gesteigert werden, wenn die Namen der Künstler und die Stellen, an denen sie zuerst veröffentlicht wurden, auch mitgeteilt worden wären.

Der Verfasser steht auf dem Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung, dementprechend hat er der Schilderung der wirtschaftlichen Zustände und Urfachen mehr Raum gewährt als die meisten seiner Vorgänger; aber seiner Aufgabe entsprechend, ein Erinnerungsbuch an die Ereignisse der Wiener Revolution zu schaffen, nimmt doch der erzählende und schildernde Theil den meisten Raum in seinem Buche ein; daß er dabei die Quellen, vor allem zeitgenössische Darstellungen, Berichte von Augenzeugen, und Aktenstücke vielfach wörtlich anführt, erscheint uns als ein richtiges Prinzip, wenn auch manchmal in dieser Praxis zu weit gegangen sein mag. Leider litt auch unter der Absicht, ein recht leicht lesbare Buch zu schaffen, die Anordnung des Stoffes in dem ganzen Buche. Das Werk beginnt sofort mit der Darstellung der Märztage; die ökonomischen und agrarischen Verhältnisse wie die Zustände im vormärzlichen Oesterreich werden aber erst in späteren Kapiteln geschildert, statt der Darstellung der Ereignisse voranzugehen.

Doch all diese Ausstellungen berühren den Werth des Buches als sehr gutes Lesebuch für das Volk, als würdige Erinnerungsgabe an die Helden, die in Wien für die Freiheit des Volkes ihr Blut gelassen haben, nicht; das Buch ist von allen Darstellungen über das Ruhmesjahr Wiens das weitens beste und vor allem das für die proletarischen Leser empfehlendwerthe. Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß es einseitig nur den revolutionären Verdiensten der Wiener Proletarier gerecht zu werden sucht. Doch würdigt auch die Verdienste der Studenten und der Bürger in objektiver Weise und hält sich nach jeder Seite von Uebertreibungen frei; er sucht auch nicht dort Anlässe zu sozialistischen Gedankenängeln, wo dies nur durch künstliche Interpretationen von manchem seiner Vorgänger versucht wurde.

Wird auch das Buch'sche Buch den Wunsch nach einer gründlichen wissenschaftlichen Darstellung der Wiener Märzereignisse und der sich an dieselben knüpfenden Verwicklungen nicht verstimmen machen, so bleibt sein Buch doch die beste Darstellung, die wir bis jetzt besitzen; sie verdient auch in deutschen Arbeiterkreisen recht viele Leser zu finden.

### Aus England.

London, den 14. März.

In Hull (Yorkshire) tagte kürzlich der Verband der liberalen Vereine Englands. Von Rechtswegen sollte die Versammlung eine Heerschaar siegesfreudiger Streiter sein, denn die Popularität der gegenwärtigen Regierung ist entschieden im Fallen. Lord Salisbury und seine Kollegen haben es mit allen möglichen Leuten verdorben. Den Einen ist ihre auswärtige Politik nicht unternehmend genug, den Andern ist sie zu abenteuerlich, den Andern hat die Regierung dem Volk zu viel Geschenke gemacht, den Andern hat sie ihm zu große Lasten auferlegt, und wie sie auch den Fehlbetrag des kommenden Staatshaushalts einbringen wird, wird sie auf heftige Opposition stoßen. Dank der gewaltigen Mehrausgaben für Heer und Flotte, im Verein mit den Liebesgaben für den Grundbesitz und die Staatskirche, hat die Regierung es nämlich fertig bekommen, den großen Finanzüberschuß, den ihr die liberale Vorgängerin hinterlassen, trotz gesteigerten Einnahmen vollständig herunter zu wirtschaften, und steht jetzt vor der Aufgabe, ein vorausbedachtliches Defizit decken zu müssen. Die abenteuerlichsten Pläne werden in dieser Hinsicht laut, die „Times“ pläbirtiren allen Ernstes schon für einen — natürlich vorerst ganz kleinen — Zoll auf Jucker und Weizen, und der bloße Gedanke, daß dem Kapital neue Lasten aufgeschauert werden könnten, hat einen der bekanntesten Tories, Lord Claude Hamilton, dessen Bruder — als Staatssekretär für Indien — selbst der Regierung angehört, dazu veranlaßt, denselben ganz energisch die Heeresfolge aufzusagen. Im konservativ-unionistischen Lager ist man nicht weniger als zufrieden. Die „Ball Mall Gazette“ z. B. hat an Lord Hamilton's Schritt nur das auszusprechen, daß er nicht sehr wohlüberlegt sei, denn die Alternative der jetzigen Regierung sei ein liberales Kabinett, und dies würde die Sache sicher noch verkomplizieren. Sonst aber findet das konservative Abendblatt das Mißvergnügen des Sprößlings der „Sungrigen Hamiltons“ sehr erklärlich.

Unter diesen Umständen müßte in Hull große Siegeszuversicht herrschen. Aber es sieht nicht danach aus. Der stolze Ruf, den Gladstone einst ausstießen durfte: „Die steigende Fluth ist mit uns“, bleibt den jetzigen Führern im Grunde stecken. Von einer Fluth ist nichts zu merken. Die Partei hält mit Roth und Wäbe ihren Bestehenden, aber sie hat seit langem keinen Zuwachs, keine Aukerobierung 1898 verlorener Sitze zu verzeichnen. Die Masse der zu den Konservativen übergetretenen Wähler denkt, wie die Ball Mall Gazette, und von links her rückt die sozialistische Opposition ihnen immer näher auf die Fersen.

Der erste Tag brachte zudem die Frage des Imperialismus aufs Tapet, in der die Partei uneinig ist als je. Die vermittelnde Rede des Vorsitzenden, des Spence Watson, der selbst von jeder dem Friedensbund angehört (er ist bekanntlich auch Vorsitzender des von dem Central gegründeten „Free Russia-Vereins“), verfehlte ihre Wirkung. Größeren Effect hatte seine Erklärung, kein liberaler Führer dürfe in Zukunft die Bildung eines „Imperialismus“ übernehmen, der sich nicht im Voraus von der Krone freie Hand gegenüber dem Haus der Lords und dessen Macht sicherte. Beschlüsse der gewählten Kammer unwirksam zu machen.

Am zweiten Tage sprach der neue Leiter der Partei, Campbell Bannerman, in einer großen öffentlichen Versammlung. Er erklärte, die liberale Partei werde Irland — d. h. Home-rule — treu bleiben, wenn Irland nur sich selbst treu bleibe, sie würde es aber unter heutigen Verhältnissen nicht als erste Maßregel auf ihr Programm setzen. Sie halte den Reichsgedanken hoch, sei aber gegen jeden aggressiven Imperialismus. Sie sehe ihre Aufgabe darin, die Demokratie zu stärken und alle die Ungleichheiten und Beschränkungen im bestehenden Wahlsystem zu beseitigen, die dem allgemeinen Wahlrecht noch im Wege stehen. Sozialpolitisch halte sie die Altersversicherung, und in der Finanz- und Steuerpolitik die Besteuerung der Grundverträge für bringende Aufgaben. Gegenüber den kirchlichen Wirren sei ihr Grundsatz, daß so lange eine Staatskirche bestehe, deren Priester zur Beobachtung der Gelehe derselben angehalten seien, daß die beste Lösung aber die völlige Trennung der Kirche vom Staat sei. Die Rede fand großen Beifall, und die Beschlüsse der Konferenz lauteten denn auch in diesem Sinne. Mit Bezug auf die Wahlreform ward unter Anderem beschlossen, dafür einzutreten, daß Wähler, die vorübergehend Gemeinde-Unterstützung erhalten, dadurch ihres Wahlrechts nicht beraubt werden dürfen.

Der Ausschluß der Studenteure scheint ziemlich ins Wasser fallen zu sollen. Bis jetzt sind in ganz England 1925 Mitglieder der Gewerkschaft ausgesperrt — noch nicht ein Sechstel ihrer Gesamtzahl —, von denen aber ein großer Theil schon gleich anderwärts Arbeit gefunden haben. In London sind 500 Mitglieder außer Arbeit und von diesen sind die meisten sicher, mit der Zeit Arbeit zu finden, da nur eine Mindertheil der Londoner Unternehmer im Meisterverbande ist und im ganzen Lande das Baugeschäft blüht. So stark ist die Nachfrage nach Bauarbeitern, daß in der nächsten Umgegend verschiedener Städte kein Landarbeiter antzutreiben ist. Die hohen Löhne, die hier für Bau- Hilfsarbeiter gezahlt werden, ziehen alle jüngeren Kräfte in die Städte. Unter solchen Umständen sind die Ausschüen, eine Organisation so qualifizierter Arbeiter wie die Studenteure, mit Gewalt zum Verzicht auf Rechte zu zwingen, die sie für wichtig hält, außerordentlich gering. Vorläufig dürfte das Resultat vielmehr nur das sein, daß eine Anzahl Werksstätten, die bisher Gewerkschaftswerksstätten waren, nunmehr selbst von der Gewerkschaft gesperrt werden; 8 verschiedene bisherige Nicht-Gewerkschaftswerksstätten sind jetzt von der Gewerkschaft besetzt worden.

### Gewerkevereins-„Terrorismus“ und industrieller Fortschritt.

Um nachzuweisen, daß die Justizhausvorlage eine Nothwendigkeit sei, weil sonst die deutsche Industrie durch den „Terrorismus“ der Gewerkschaften dem Untergange entgegengehen müßte, brachte die reaktionäre Presse vor einiger Zeit einen Artikel über die englische Glasarbeiter-Organisation und ihre angeblichen Wirkungen auf die englische Glasindustrie. In diesem Artikel wurde angeführt, daß ein ehemals blühender englischer Industriezweig, die Glasfabrikation, jetzt so gut wie vollständig ruiniert sei. Besonders liege heute der Erwerbszweig in der Flaschenbranche und anderen mehr ordinären Arten vollkommen darnieder. Dies sei durch den „Terrorismus“ der sozialdemokratischen Trades Union herbeigeführt worden, der sich als ein störendes Element zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedrängt und so vorzüglich zu operiren verstanden habe, daß heute kein Glasarbeiter, wenn er nicht Gefahr an Leib und Leben laufen wolle, wagen dürfe, seine Arbeitsbedingungen nach eigenem Ermessen zu regeln. Die Führer der Trades Union hätten es dahin gebracht, daß die Produktionskosten infolge planlosen Hinausreitens der Arbeitslöhne einen Höhepunkt erreichten, der den Mißverhältnis der englischen Glasfabrikation auf dem Weltmarkt unmöglich macht u. s. w.

Diese Behauptungen auf ihren wahren Werth zu prüfen, soll der Zweck der nachstehenden Zeilen sein. Wir werden auf Grund einer gewissenhaften Statistik, die jedes Vierteljahr von der Gewerkschaft der Glasfabrikarbeiter, die beste Organisation in England, aufgenommen wird, beweisen, daß die Flaschenindustrie trotz des angeblichen Terrorismus, der von der Gewerkschaft ausgeht, nicht nur sich fortwährend ausbreitet.

Der Hauptzweig der Flaschenindustrie ist die Graffschaft Northshire. Sehen wir zu, wie dieser Industriezweig sich seit 1872 entwickelt hat und greifen wir zu diesem Zweck die diesbezüglichen Zahlen eines jeden dritten Jahres heraus, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Zahl der Oefen im Betriebe	Zahl der Werkstellen an den Oefen	Zahl der beschäftigten Arbeiter	Zahl der arbeitslosen Arbeiter	Gesamtzahl der Arbeiter
1872	69	801	908	20	928
1875	75	822	968	40	1008
1878	76	279	887	251	1088
1881	61	273	819	164	888
1884	72	358	1074	222	1296
1887	59	302	906	408	1314
1890	67	458	1458	207	1665
1893	48	518	1548	718	2266
1896	59	631	1993	464	2357
1897	63	697	2091	841	2432

Daraus ist ersichtlich, daß die Zahl der Oefen zwar um einige abgenommen, die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter aber eine erhebliche Steigerung erfahren hat.

Die arbeitslosen Arbeiter sind solche, die durch die nötigen Reparaturen der Oefen und Auslöschungen derselben, oder wegen mangelhaften Geschäftsganges temporär außer Arbeit kommen, und folglich aus der Gewerkschaftskasse unterstützt werden. Die große Zahl von 718 in 1893 erklärt sich dadurch, daß in diesem Jahre der große Glasarbeiterstreik stattfand, der sechzehn Wochen dauerte, und daß ein großer Theil der Oefen nach Beendigung des Streiks infolge des Vergarbeitsstreiks, der dann ausbrach, wieder ausgeschlachtet werden mußte. Im ganzen Königreich hat sich die Flaschenindustrie wie folgt entwickelt:

1872			1897		
Zahl der Oefen im Betriebe	Zahl der Werkstellen	Zahl der beschäftigten Arbeiter	Zahl der Oefen im Betriebe	Zahl der Werkstellen	Zahl der beschäftigten Arbeiter
177	767	2301	108	1238	3708

Das Resultat ergibt, daß trotz des „Terrorismus“ die Industrie an Ausbreitung gewonnen hat.

Auch haben die Fabrikanten sich ganz gut dabei gestanden, denn nachdem viele von ihnen ihren Kindern großartige Ausstattungen gegeben, haben die durch Tod Abgangenen fast ohne Ausnahme hohe Vermögen — in einzelnen Fällen Millionen von Mark — hinterlassen. Die „Lohnschränke“ hat also hier noch keinen der Unternehmer an den Bettelstab gebracht und auch die Industrie nicht ruiniert.

Die Industrie ist nicht nur nicht ruiniert, sondern sie prosperirt sehr gut, trotzdem die Gewerkschaft durch ihren „Terrorismus“ es verstanden hat, für den Arbeiter geradezu beneidenswerthe Arbeitsverhältnisse zu erzwingen. Daß das freie Vereinigungsrecht von den Arbeitgebern vollständig anerkannt und nicht anzugreifen versucht wird, ist selbstverständlich. Die Löhne stehen um 30—35 pCt. höher als in Deutschland. Die Arbeitszeit beträgt im Northshire-Distrikt, wo die Organisation am kräftigsten ist, 46 Stunden die Woche, in anderen Graffschaften einige Stunden (in Dublin bis zu 53 Stunden) mehr. Diese Arbeitsstunden werden in allen Distrikten mit Ausnahme von Dublin und Glasgow in fünf Tagen verrichtet. Sonnabend und Sonntag wird nicht gearbeitet. In Ostern wird vom Charfreitag bis zum Ostermontag gefeiert, Pfingsten und Weihnachten kommen unter Umständen drei, auch vier Feiertage heraus. Früher traten im Winter fast regelmäßig auf allen Werken Arbeiterentlassungen ein. Finden jetzt Produktionsstörungen statt, so wird — wenigstens soweit Northshire in Betracht kommt — kein Arbeiter mehr entlassen, sondern die Produktion wird durch Ausschließen einer Anzahl Oefen eingeschränkt. Ein Theil der Arbeiter feiert nun abwechselnd wochenweise, jedoch zu gewissen Zeit, die Löhne werden für jedes Jahr von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter festgesetzt.

Zu allen diesen Angelegenheiten hat die Gewerkschaft in jahrzehntelangen Jahren die Unternehmer gezwungen. Wie aber schon oben gezeigt, hat weder die Industrie gelitten, noch haben die Unternehmer irgendwelchen Nothstand an ihrem eigenen Leibe zu fühlen bekommen. Die Dividenden sind gestiegen, die Unternehmer haben große Vermögen angehäuft, der Unterschied ist nur der, daß hier zum großen Theil der deutschen Reaktionen, auch die Arbeiter von dem Segen etwas abbekommen haben.

# Vereinigte Warenhäuser

von

# Robert Westphal

Berlin O.  
Petersburger-  
strasse 81.

Berlin N.  
Gericht-  
strasse 86.

Heute, Sonnabend, den 18. März cr., Nachmittags 5 Uhr:

## Neu-Eröffnung

meines bedeutend vergrösserten und renovirten Warenhauses

81. Petersburgerstrasse 81, am Baltenplatz.

Robert Westphal.

Stein  
Baden.



Das Allerneueste sind weiche Herren-Hüte, elegante Formen mit fantasiefarbenen Bändern, per Stück 2.50 und 2.75 M. Letzte Neuheit „American“, feiner Herrenhut, à 2.50 und 3 M. Konfirmandenhut von 1.35 M. an. Herrenhüte, weiche, von 1.50 M. an. Kinderhüte von 75 Pf. an. Hocheleganter Zylinderhut von 6 M. an. — In jedem Hut ein vergoldetes Monogramm gratis.

Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38.  
Hut-en gros.

Barter-  
Geschäft.



## Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt.

Otto Gerholdt,  
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Halligerstrasse.

### Neu! Neu! Fantaren-Harmonika neuartige Zugharmonika



mit 2 Reihen brillanten Trompeten, Clavier-Deckel mit 16 Ringen und 2 Sternen, 10 Tasten, 40 Stimmen, 2 Böden, 2 Register, Clavier-Deckel mit garantirt unzerbrechlicher Spiralleberung P. N. O. M. No. 47162, 2 Doppelböden mit Verschluss und Subalter, Holzstücken mit Metallbeschönern. Nicht doppeltimmig (2-tönig) Orgelton, Größe 33 cm. Preis billig durch den grossen Umsatz auf nur 5 Mark.

per Stück. Dieses Format harmonika mit offener Metall-Clavier, ist grösser, als von anderer Seite angeboten, und nur 5 Mark. • 3-tönige Harmonika, großartige Neuheit, 3 echte Register, Contrabässe nur 6 Mark • 4-tönige Harmonika, 4 echte Register, harmonisierender Ton nur 8 Mark. • 6-tönige Harmonika-Clavier, 6 echte Register 13 Mark. • 8-reihiges Klavier-Instrument mit 19 Tasten, 4 Contrabässen, herrliche Concert-Töne nur 10 Mark, mit 21 Tasten 10 1/2 Mark. • Verpackung und Selbstspiel gratis. Glöckchen mit neuerlicher Mechanik P. N. O. M. No. 85928 nur 20 Pf. extra. Keine Instrumente sind so leicht und leicht, sondern sich nicht nur 4 Wochen, sondern jahrelang. Verfüge über Harmonika-Fachwissen gratis und gratis. Man schreibe nicht bei Heinen Kindern, sondern kauft direkt bei Heinrich Suhr, Musikinstrumenten-Fabrik Neuenrade (Westfalen). Nachweisbar durchsichtiges und großes Musik-Instrumenten-Geschäft am Platz.

Feste Preise!



## Carl Stier

Fabrik

für

### Herren- u. Knaben- Garderobe

Berlin SO., Oranienstr. 168,

empfiehlt in grösster Auswahl seine selbstgefertigten Waaren:



- Kammgarn-Anzüge** in schwarz, blau od. braun, ein- od. zweireihig, 20, 25, 27, 30, 33, 36-50 Mk.  
**Kammgarn-Anzüge** in schönen Melangen, grau, grünlich, gelblich, melirt, 25, 27, 30, 36, 42, 45, 50 Mk.  
**Cheviot-Anzüge** in schwarz, blau oder braun, 15, 16, 50, 18, 20, 22, 50, 25, 27, 36-45 Mk.  
**Zwirnbuckskin-Anzüge** in soliden Dessins, 15, 18, 22, 50, 27-36 Mk.  
**Elegante Rock-Anzüge** in Cheviot oder Kammgarn, 30, 33, 36, 42, 45, 50 Mk.  
**Hochfeine Gehrock-Anzüge**, elegante Salon-Anzüge, 36, 42, 48, 50 Mk.  
**Radfahrer-Anzüge** in soliden, haltbaren Lodenstoffen, 12, 15, 18, 20-30 Mk.  
**Jünglings-Anzüge** in hübschen Dessins, neue Muster, 10, 12, 13-27 Mk.  
**Knaben-Anzüge** in blau Cheviot mit Matrosenkragen und geschmackvollem Ueberkragen, blau, roth, weiss etc., 4, 50-5, 6, 8-12-15 Mk.  
**Knaben-Anzüge** in melirten Stoffen und eleganten Façons, 3, 3, 50, 4, 5, 6, 9-12 Mk.  
**Paletots** in Cheviot, melirt, solide Paletots, 15, 18, 20, 25, 30 Mk.  
**Paletots** in Kammgarn, hochfein, 22, 50, 25, 27, 30, 36-40 Mk.  
**Paletots** in modernen Sport-Farben, hochelegant, 20, 22, 50, 25, 27-36 Mk.  
**Havelocks** in soliden Lodenstoffen, 9, 10, 50, 12, 15, 18, 20-33 Mk.  
**Paletots u. Havelocks** für Jünglinge u. Knaben entsprechend billiger.  
**Hosen** in Kammgarn, neue feine Muster, 5, 6, 50, 7, 50, 8, 9, 10, 50, 12-16, 50 Mk.  
**Hosen** in Cheviot, gestreift oder kariert, elegante Dessins, 3, 3, 50, 4, 50, 5, 50, 6, 6, 50 bis 10, 50-15 Mk.  
**Hosen** in Velour oder gewirnten Stoffen, solide, haltb. Qualitäten, 3, 5, 6, 50, 5, 10, 50-12 Mk.  
**Hosen** für den täglichen Gebrauch, derbe haltbare Stoffe, 1, 75, 2, 2, 25, 2, 50, 3-6 Mk.  
**Joppen** in Lodenstoffen, auch wasserdicht, 3, 4, 50, 6, 8, 9, 10, 50-15-20 Mk.  
**Lüstre-, Cachemire-, Panama-Jackets** 2, 50, 2, 75, 3, 50, 4, 50, 5, 5, 50-8-12 Mk.

Solide Arbeit!

Eleganter Sitz!

Nach auswärts sende Muster und Maassanleitung frei zu.

Zahlreiche unverlangte Anerkennungen sind ein Beweis für den guten Sitz und tadellose Ausführung meiner Fabrikate.

Dauerhafte Stoffe!

## J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Nach beendeter Inventur gelangen grössere Lagerbestände mehr

# Teppiche

Gardinen! Portièren!  
Steppdecken! Tischdecken!

zu sehr billigen Preisen zum

## Ausverkauf!!



### Knaben-Anzüge

in einfacher u. eleganter Ausführung.  
**Knaben-Anzüge**, Einzelne Hosen, Einzelne Blusen für das Alter von 2 bis 18 Jahren, nur eigener Fabrik. Grösste Auswahl. Billigste Preise. Bilden gratis. [11619]

Karl Hustädt,  
Berlin O., 85 pt.  
Koppenstrasse  
am Schlesischen Bahnhof.

### Album- u. Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau

Oranien-Strasse 30  
Ecke Kopalstrasse.

Großes Lager aller Arten Lederwaren und Schmuckgegenstände zu billigen Preisen.

### Gesangbücher

von Mk. 1,25 an 10259\*  
in größter Auswahl.

### Cylinder-Hüte Chapeaux claque Einsiegnungs-Hüte weiche und feste Filzhüte zu billigen Preisen direkt in der Fabrik. Max Radtke, Blumenstr. 39, Ecke Hindenburgstrasse. (Stein Baden.)

Jetzt nur 6 Mark 50



Setzt bei mir eine elegante große 6-manualige Concert-Accord-Fither wie neubauend abgeben.  
(Pracht-Instrument), 25 Saiten mit großartigem Ton, Berlin komplett mit neuer Selbst-erleuchteter, Stimmgortschung, Notenständer, Schüssel, Ring und Carton. 3 mannliche Accord-Fithern Nr. 2, 50. Täglich Pauschreiben. Herr H. in T. schreibt: Diesen Dank für gelobte Accord-Fithern, dass nicht geglaubt, für 6 Mark ein solches Instrument zu erhalten. Preisliche gratis. Man bestelle bei der ältesten Neuenrader Musik-Instrumenten-Fabrik von HEINRICH SUHR, Neuenrade (Westf.).

### Deutscher Porter

Bestes u. Malzkrautler 1. Rang.  
Brauerei Burgthaler, gegr. 1726,



besond. für Blutarme Brustkranke  
Bier, Edelsch,  
Wetonn. u. d. leichl.  
bestimmte, nahrh.  
fröhliche Bier. —  
Hilfsmittel, besth.  
best. Verfügt, u.  
Gewichtsmassnahme  
über 14 M. drei,  
50 zehn M. erst.  
In Geb. 1/2, 1/4.



1/2) 1. Selbsth. weisse, dillig. Ullin.  
Berlindil. l. Berlin u. allen Bahnhöfen.  
Porterfabrik Ringler, Berlin.  
Brunnenstr. 152. Ferner gr. Bag. von  
echt engl. Porter, Pale-Ale u. Guin.  
Nicht falschenacht. Qual. entscheidet!

Kinder-, Puppen-,  
Sport-, Kasten-,  
Leder- u. Ziegenbock-  
wagen, Kindertische,  
Kinderklappstühle,  
Krankwagen,  
auch leihweise  
für Erwachsene u.  
Kind-, Triumpfstühle.  
Klebe- u. Papierkörbe, Blumentische,  
Korbwaren jeder Art, Kinderbett-  
stellen. Größtes Lager Berlins.  
Auf Kinderwagen post. Theilzahlung.  
A. W. Schulz, 95 Brunnenstr. 95,  
vis-à-vis Humboldtstr., 3 Minuten  
vom Bahnhof Gesundbrunnen.  
Fernspr. Amt III. 1767. [754E]\*  
Musterbuch gratis und franko.

### Möbel,

billigst  
furier Allee 110 1,  
Ecke Königbergerstr.



Die große Kanalvorlage.

(Unberechtigter Abdruck untersagt.)

Nachdem soeben die große Kanalvorlage, welche die Verfestung einer Wasserstraße vom Rhein über den Dortmund-Ems-Kanal und die Weser nach der Elbe hin vorsieht...

Der für Schiffe von 600 bis 750 Tonnen Tragfähigkeit berechnete Kanal soll in der Nähe von Ruhrort den Rhein verlassen und im Emscherthal bis Herne aufsteigen...



Erklärung. Schifflarer Flusslauf. Flösslbarer Kanal im Betrieb. Projektirte Kanäle der neuen Kanalvorlage.

Der Schiffsverkehr soll mit Abgaben belastet werden, welche für die westliche Strecke zwischen Dortmund und dem Rhein 2 Pf., 1,50 Pf. und 1 Pf., für die östliche Strecke 1 Pf., 0,75 Pf. und 0,50 Pf. in drei Güterklassen für jedes Tonnenkilometer betragen würden.

Dies ist im Wesentlichen der Inhalt der großen Kanalvorlage, die mit außerordentlicher Spannung von allen Seiten erwartet worden ist.

Nutzen des Kanals außerordentlich hoch zu veranschlagen sei, daß der anliegenden Landwirtschaft die Möglichkeit zu wertvollen Meliorationen geboten werde, daß der Kanal auf eine Dezentralisation der Industrie hinwirken werde.

Norddeutschland, sondern auch für die süddeutschen Gebiete bis nach Oesterreich hinein eine hervorragende Bedeutung.

Unserm neuesten Kurs.

- 2. Berlin. Wegen Nötigung der Maurer Wiederich vier Monate Gefängnis.
3. Pflenzburg. Ein Richter wegen Verübung groben Unfugs und Beamteneißeidigung 6 Wochen Haft und 1 Monat Gefängnis.
4. Leipzig. In der Revisioninstanz Genosse Schnell-Lüneburg 3 Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung.

- 23. Zeit. Wegen unerlaubten Kollektirens der Bergmann Beyer 15 M. Geldstrafe.
28. Berlin. Wegen Erpressung Maurer Schulz 8 Monate Gefängnis.
Halle. 30 M. Geldstrafe Genosse Swienty wegen Verstoßes gegen das Brevetgesetz.

Reform der städtischen Armenverwaltung.

In die Armenverwaltung Berlins scheint, seit der neuwählte Stadtrat Dr. E. Münsterberg den Vorsitz der Armenverwaltung übernommen hat, ein etwas frischerer Zug zu kommen.

Der neue Vorsitzende der Armenverwaltung hat nun zur Vorbereitung von Reformfragen zwei Kommissionen zusammenberufen, von denen die eine aus Mitgliedern der Armenverwaltung, die andere aus einer Anzahl von Armenkommissions-Vorsitzenden besteht.

Mittelglieder zwischen der Armenverwaltung und den Kommissionen Fragen von hoher Bedeutung sind. Insbesondere wird man die baldige Durchführung der letzteren Reform in Interesse der Armen wünschen müssen.

Kuch die Behandlung, welche die dringliche Frage der Zuziehung von Frauen zur Armenpflege unter dem neuen Kurs finden wird, wird Interesse erregen.

zur öffentlichen Armenpflege als eine dringende Rothwendigkeit zu bezeichnen ist. Man wird abzuwarten haben, ob Dr. Münsterberg genug Muth und Kraft zeigen wird, die Eingliederung der Frauen in die öffentliche Armenpflege mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Männer gegen eine scharfe Opposition zu fordern und durchzusetzen. Die bisher eingeleiteten Reformen, so nützlich an sich sie auch sein mögen, sind dergestalt, daß sie an keiner Stelle, auch nicht bei denen, die in den alten Geleisen gemächlich dahinfahren, ernstlichen Widerstand finden können. Zu Kämpfen wird es erst kommen, wenn durch greifendere Reformfragen zur Erörterung und Beschlußfassung gestellt werden und dann erst wird sich zeigen, was das Armenwesen Berlins von seinem neuen Leiter zu erwarten hat.

Das Endziel jeder guten Armenpflege sollte bekanntlich sein, die Armenpflege selbst nach Möglichkeit überflüssig zu machen. Ein Blick in das statistische Jahrbuch der Stadt Berlin zeigt nun, daß in Berlin die Zahl der lausend unterstützten Personen stetig steigt. Während im Jahre 1887/88 die Armenempfänger 1,24 pCt. der gesammten Jüdischen Bevölkerung ausmachten, ist dieser Prozentsatz in 1896/97 auf 1,80 pCt. gestiegen.

Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß die Steigerung dieser Differenz nicht die Folge größerer Liberalität in der Bewilligung laufender Unterstützungen, sondern die Folge wachsenden Rothstandes ist. Die Zahl derjenigen, die aus Anlaß besonderer Nothfälle sogenannte Extra-Unterstützungen erhielten, ist von 2,44 pCt. der Jüdischen Bevölkerung in 1887/88 auf 5,04 pCt. in 1894/95 gestiegen, um in 1896/97 wieder auf 4,44 pCt. zu sinken. Aus der Zahl dieser Hilfsbedürftigen rekrutiren sich hauptsächlich die lausend unterstützten Personen. Die bewilligten Extra-Unterstützungen genügen gerade, um der kräftigsten augenblicklichen Noth zu steuern, sind aber gänzlich ungenügend, um die Wunden zu heilen, welche Krankheit oder Tod eines Familienmitgliedes, längere Arbeitslosigkeit, theilweise Erwerbsunfähigkeit oder sonstige Unglücksfälle dem Wirtschaftsleben der betreffenden Familie gefolgt haben. Hier vordringend in durchgreifender Weise zu helfen, die betreffenden Personen oder Familien vor dem gänzlichen Verfall in den Pauperismus zu bewahren und die Stadt von der Last neuer Armenempfänger zu befreien, wäre in der That ein Beginnen, das als wirkliche Reform bezeichnet werden könnte.

## Soziale Rechtspflege.

**Jubel gezahlten Lohn** verlangte der selbständige Goldarbeiter Müller von zwei Schülern im Klagewege zurück. Es handelt sich um Beträge von 5 und 4 Mark. Die Beklagten behaupteten demgegenüber, sie seien zu Unrecht vor Ablauf ihrer Kündigungen entlassen worden und hätten deshalb geltend, daß angeblich aus Irrthum jubel gezahlte Geld solle eine Art Entschädigung sein. Die Vertreterin des Klägers, seine Frau, begründete die vorzeitige Entlassung der Beklagten damit, daß diese sich Werkzeug, das sie im Geschäft ihres Mannes nicht mehr brauchten, während der Arbeitszeit geklaut hätten. Sie und ihr Mann hielten das für unzulässig. Daraus ergab es sich auch, daß die Werkzeuge bei Arbeiten für ihren Mann krumm geworden seien. Die Kammer V des Gewerbegerichts wies die Klage mit folgender Begründung ab. Die vorzeitige Entlassung der beiden Beklagten sei nicht gerechtfertigt, denn die Arbeiter dürften sich in der Arbeitszeit Wohrer wieder herstellen, die sie im Dienste des Arbeitgebers abgenutzt hätten. Wenn nun die Beklagten bei dieser Sachlage annahmen, die jubel gezahlten Beträge sollten als Entschädigung dienen, und wenn sie deshalb davon absahen, ihrerseits zu klagen, so sei es nur recht und billig, ihnen das Geld zu lassen.

**Recht merkwürdige Dinge** kamen vor einigen Tagen in einem Rentenprozeß vor dem hiesigen Schiedsgericht für Unfallsachen zur Sprache. Am 18. November v. J., Morgens, als es dämmerte, wurde in dem Bahngarten hinter Spandau eine männliche Leiche aufgefunden, die so voller Verletzungen war, daß ursprünglich ein Verbrechen angenommen wurde. Die Leiche wurde als diejenige des Hilfsbremsers Hermann W. ermittelt, welcher bereits seit vielen Jahren in dem Dienst der Eisenbahnverwaltung gestanden hatte. W. hatte am Tage vor der Auffindung seiner Leiche den Auftrag erhalten, mit dem vom Lehrter Bahnhof in Berlin Nachts 11 1/2 Uhr abgehenden Zuge nach Rauen zu fahren, um dann von Rauen aus auf einem nach Berlin führenden Güterzuge die Bremse zu bedienen; er traf jedoch in Rauen nicht ein, sondern verunglückte unterwegs. Die Bahnverwaltung vermittelte dann weiter durch Vernehmung eines Passagiers, der mit W. in demselben Abtheilung gesessen hatte, daß W. eingeschlafen, hinter Spandau plötzlich erwacht war, die Abtheilung geöffnet hatte, auf das Trittbrett hinausgetreten war und seinen Helm heruntergeworfen hatte. Weiteres konnte der betreffende Passagier nicht sagen. Die Bahnverwaltung nimmt nun an, W. sei verfallen gewesen und im Glauben, daß er bereits in Rauen sei, hinausgesprungen. Da das Verlassen eines Zuges während der Fahrt durch die Betriebsbestimmungen der Bahn streng verboten und mit Strafe bedroht ist, lehnte die königliche Eisenbahn-Direktion Berlin den Anspruch der Wittve W. und deren beiden Kinder auf Hinterbliebenen-Rente mit der Begründung ab, daß W. sich durch Verletzung der erwähnten, ihm bekannten Bestimmung außerhalb der Gefahren des Eisenbahnbetriebes gesetzt habe, der Unfall somit also nicht im Eisenbahnbetriebe erfolgt sei. Die Wittve wandte sich darauf an den Syndikus des Vereins Berliner Lokomotivführer, Schriftsteller J. Fränkel, der zur Vernehmung gerathen und diese als ihr Bevollmächtigter vertreten hat. Nachdem die Vernehmung schriftlich eingegangen war, haben Beamte, angeblich im Auftrage der Eisenbahn-Verwaltung, den Versuch gemacht, die Wittve W. zur Zurücknahme der Vernehmung zu bewegen und ihr für diesen Fall Unterstützungen seitens der Behörde in Aussicht gestellt; sie hielten der Frau die angebliche Erfolglosigkeit der Vernehmung vor und deuteten an, sie könne, wenn sie die Vernehmung weiter verfolge, auf Wohlthaten der Behörde nicht rechnen. Frau W. gab zum Glück diesen Einflüssen kein Gehör. Vor einigen Tagen gelangte die Vernehmung vor dem Schiedsgericht für Unfallsachen zur Verhandlung. In dem Termin führte Schriftsteller J. Fränkel aus, daß der Verletzte mit dem Hinauspringen aus dem Zuge zweifellos die Abfahrt verfolgt habe, die ihm übertragene Dienstpflicht nicht zu versäumen. Es sei also die Uebertretung der Betriebsbestimmungen nicht erfolgt in der Absicht, um sich außerhalb des Betriebes zu setzen, sondern gerade umgekehrt, um im Betriebe zu verbleiben. Im Weiteren führte der Vertreter aus, daß nach der ständigen Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes Verbotsbestimmungen den Uebertretern nur dann zugerechnet werden, wenn diese Verbote durch wirksame Vorkehrungen unterstüzt werden; nun sei es aber allgemein bekannt, daß Bahnbedienstete z. B. die Bestimmungen, während der Fahrt nicht auf- und abzustiegen, unter den Augen ihrer Vorgesetzten unbedacht lassen. Hiernach liege ein Betriebsunfall vor und beantrage der Verurtheilte der Beklagten zur Rentenzahlung und Ersatz der Vertretungskosten. Diesem Antrage entspraich das Schiedsgericht in beiden Punkten, indem es sich den Ausführungen des Vertreters der Hinterbliebenen durchweg anschloß.

**Das Deputatholz.** Der Lehrer Kudlik, der in einem ostpreussischen Dorfe seines Erziehungsamtes waltet, hat das Recht, das Schulland landwirthschaftlich zu nutzen. Die Nutzung bildet einen Theil seines Einkommens. Als kleiner Landwirth ist er Mitglied der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft. Er wandte sich deshalb an diese mit dem Antrage auf Jubelung einer Unfallrente, nachdem er sich beim Holzzerkleinern die Hand verletzt hatte. Die Berufsgenossenschaft wies seinen Anspruch ab und das Schiedsgericht verwarf die hiergegen eingeleitete Vernehmung mit folgender Begründung: Der Kläger habe das Deputatholz, um das es sich handle, zum Heizen und Kochen verwenden sollen, die Zerkleinerungsarbeit habe also mit der Landwirthschaft nichts zu thun. Es komme nicht darauf an, daß er es nebenbei auch zum Kochen des Viehfutters benütze, denn er habe das Holz als Lehrer erhalten, nicht als landwirthschaftlicher Mitarbeiter des Deputatlandes. Er ergriff nunmehr das Rechtsmittel des Rekurses, aber auch das Reichs-Versicherungsamtes wies ihn ab. Es führte aus, es sei nicht erwiesen, daß das Holz zu landwirthschaftlichen Zwecken bestimmt gewesen sei, und das sei maßgebend.

**Freierversammlung.** Der Bergarbeiter Szramm bezog infolge einer Quetschung beider Beine von der Knappschafts-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente von 50 pCt. Er verstarb dann an der Lungenentzündung. Seine Wittve beanspruchte darauf eine Hinterbliebenenrente, indem sie behauptete, das Lungeneiden ihres Mannes sei durch den Unfall wesentlich gefördert worden. Berufsgenossenschaft und Schiedsgericht wiesen den Anspruch mit der Begründung zurück, daß die Tuberkulose sich selbständig entwickelt habe und daß sie auch ohne den Unfall zum Tode geführt hätte. Zwei Monate nach dem Ablauf der Rekursfrist legte dann der Bürgermeister des Wohnortes der Klägerin für diese Rekurs ein und beantragte vor allem, das Reichs-Versicherungsamtes möge die Frau in den vorigen Gerichtsstand einlegen. Zur Begründung dieses Antrages machte er geltend, das Schiedsgerichtsurtheil habe keine Befehlung dahin enthalten, daß das Rechtsmittel des Rekurses zulässig sei. Dies falle umso mehr ins Gewicht, als die Klägerin Polin sei und nur sehr geringe geistige Fähigkeiten besitze. In materieller Beziehung berief sich der Vertreter der Klägerin auf ein ärztliches Gutachten, wonach die schlechte Ernährung des Verstorbenen nach dem Unfall, die mit der Erwerbsunfähigkeit des Mannes innig zusammenhing, mindestens mittelbar den Verlauf des Lungeneidens beeinflusst habe. Das Reichs-Versicherungsamtes wies jedoch den Rekurs als verspätet zurück und führte aus, daß keine Gründe vorlägen, die die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand rechtfertigen könnten.

## Versammlungen.

**Im zweiten Wahlkreise** und zwar im Proletarier-Viertel der Potsdamer Vorstadt, in der Schwerinsstraße, fand am Donnerstag wieder eine Volksversammlung statt, die der Agitation für die Reichstags-Wahl gewidmet war. Den Vortrag hielt Genosse Krons. Es sei ein glücklicher Umstand, sagte er, daß der zweite Wahlkreis berufen sei, durch die Nachwahl eine Antwort zu geben auf die Gerüchte von der Auflösung des Reichstages, die in diesen Tagen die Luft durchschwärmten, der Auflösung, deren Ursache nicht zu suchen gewesen wäre in der Verweigerung der Militärförderung, sondern die dazu hätte dienen sollen, eine Wehrzeit zu schaffen für jenes Volk, welches und durch die Deutschnation Rede verheißt worden ist. Noch eine andere Möglichkeit könne den Befürwortern der Auflösung vorgeschwebt haben, nämlich die, daß man die abermalige Verwerfung der Militärvorlage durch einen neuen Reichstag zum Vorwand für die Beilegung des Wahlrechts hätte machen können. Der Redner besprach, um den Genossen für die Agitation im kleinen Kreise Anhaltspunkte zu geben, den Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Freisinn und beantwortete dann die Frage, warum der freisinnige Kandidat nicht der Vertreter der Arbeiter und kleinen Handwerker sein könne: Weil der Freisinn in politischer Hinsicht nicht den Muth und die Kraft entschiedener Opposition besitzt und weil er in wirtschaftlicher Hinsicht den kleinen Leuten Verprechungen macht, die in anbetrahteter der ökonomischen Entwicklung nicht erfüllt werden können. Redner schloß mit der Bemerkung, daß der Arbeiter angefaßt der Vorgänge der letzten Zeit, welche zeigen, bis zu welchem Grade die Klassengegnähe sich zuspitzt haben, nur sozialdemokratisch wählen könne. Hierauf nahm Rich. Fischer das Wort, um nach einer Charakterisierung der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Freisinnigen, auf die Bedeutung der bevorstehenden Wahl hinzuweisen und die Parteigenossen zur regen Theilnahme an den Wahlarbeiten aufzufordern. Wenn so jeder Genosse seine Schuldigkeit thue, wenn er zum Agitator werde im Kreise seiner Kollegen und Bekannten, dann können wir mit der Ueberzeugung in den Wahlkampf gehen, daß wir siegen.

**Die Erledigung einer Betriebs-Krankenkasse für die städtischen Arbeiter** hat die Gewerbe-Deputation kürzlich beschlossen, nachdem schon früher der Verband der städtischen Arbeiter den Magistrat ersucht hatte, eine solche Kasse ins Leben zu rufen. Die Arbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke gehören gegenwärtig der Orts-Krankenkasse der Maschinenbauer an. Diese würde also, wenn die städtischen Behörden den Beschluß der Gewerbe-Deputation zu dem übrigen machen, einen beträchtlichen Theil ihrer Mitglieder verlieren. Nun sind auf Veranlassung einer innerhalb der Maschinenbauer-Kasse bestehenden Kommission am Mittwoch zwei öffentliche Versammlungen von Arbeitern der städtischen Gas- und Wasserwerke einberufen worden, von deren Besuch jedoch der Vorstand des Verbandes der städtischen Arbeiter durch eine Annonce im „Vorwärts“ abgerathen hatte, weil er — wie Bruno Börsch in der in der Raumstraße tagenden Versammlung sagte — der Meinung war, die Einladung ginge von den städtischen Straßeneinigern aus, welche ihre bereits bestehende, gut fundierte Betriebskasse nicht mit einer Kasse für alle städtischen Arbeiter zusammenschließen wollten. Die Vertreter der Maschinenbauer-Kasse suchten in der Versammlung den städtischen Arbeitern klar zu machen, daß sie sich bei dieser Kasse besser stellen, als bei einer Betriebskasse, die doch mit der Mindestleistung von 15 Wochen Unterstützung anfangen würde, wogegen die Maschinenbauer-Kasse 30 Wochen Unterstützung zahle. Ein weiterer Rathschluß für die Mitglieder sei der, daß sie beim Austritt aus dem städtischen Betriebe auch alle Rechte an die Betriebskasse verlieren, und von einer Selbstverpflichtung in der letzteren keine Rede sei. Ein Interesse, sich die Mitgliedschaft der städtischen Arbeiter zu erhalten, habe die Maschinenbauer-Kasse nicht, man wolle den Arbeitern vielmehr nur die Vorteile und Rechte, die sie in der einen oder anderen Kasse hätten, vor Augen führen. Bruno Börsch stellte sich als Vertreter der organisirten städtischen Arbeiter auf den Standpunkt, er werde niemals für eine von einem Privatunternehmer zu errichtende Betriebskasse eintreten, da solche dem Interesse der Unternehmer diene und die Arbeiter demüthige. Ganz etwas anderes sei es aber, wenn seitens der Stadt eine Betriebskasse errichtet werde. Hier habe die Stadtverordneten-Versammlung, in der auch Arbeitervertreter sitzen, mitzureden, und deshalb sei es nicht möglich, daß in einer solchen Kasse die Rechte und Interessen der Arbeiter unberücksichtigt bleiben. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Vorkmann habe sich zwar in der Gewerbe-Deputation — nicht im Namen der Fraktion — gegen die Betriebskasse erklärt. Später habe jedoch die Fraktion die ihr von Vertretern der organisirten städtischen Arbeiter vorgetragenen Gründe anerkannt, und zugefagt, für die Betriebskasse einzutreten, wenn eine dementsprechende Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung kommt.

Nach längerer Debatte zwischen Vertretern beider Richtungen wurde eine Resolution zu Gunsten der Maschinenbauer-Kasse abgelehnt, und folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit der Forderung der organisirten städtischen Arbeiter nach Einführung einer eigenen Betriebs-Krankenkasse einverstanden. Sie erkennen an, daß nur erhebliche Gründe die Maschinenbauer zur Einberufung der Versammlung veranlassen haben, daß dieselben aber von falschen Voraussetzungen ausgegangen sind.

Die andere, in der Weimarsstraße abgehaltene Versammlung nahm denselben Verlauf und endete gleichfalls mit der Annahme einer Resolution zu Gunsten der Betriebskasse.

**Zu der freien Vereinigung der Bauarbeiter** sprach am 12. März Maurer Blaurol über Technik und Entwicklung im Baugewerbe. Nach einer längeren Diskussion folgte die Erledigung einiger interner Angelegenheiten. Es wurde beschlossen, die 75 M., die für den Bau des Gewerkschaftshauses ausgeworfen sind, zurückzugeben.

**Die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter** hielten am 12. März eine öffentliche Versammlung ab, in der Bruno Börsch in einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die

Befähigung des Koalitionsrechtes sprach. Hierauf fand eine eingehende Debatte über die Frage: Wie begehen wir die diesjährige Raifeier, statt. Die Versammlung nahm hierzu in folgender Resolution Stellung: „Die Versammlung beschließt, da es den Berufs-Kollegen unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich ist, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, am Sonntag, den 30. April, Abends, eine Versammlung der Kollegen mit entsprechendem Thema stattfinden zu lassen.“

**Der Verein deutscher Schuhmacher** hielt am 18. März im Englischen Garten eine gut besuchte Generalversammlung ab. Zunächst erstatteten Hamacher und Weichenborn den Geschäfts- und Kasienbericht der Brandenburger Expositions-Kommission. Eine Diskussion schloß sich diesen Berichten nicht an und wurden die alten Mitglieder der Kommission wiedergewählt. In Sachen der ausgearbeiteten Zuttlinger Kollegen drückte die Versammlung den kämpfenden Kollegen ihre Sympathien aus. Eine längere Diskussion rief dann die Beschlußfassung über die Wiederaufnahme von Streikbrechern und der wegen rüchtländiger Beiträge ausgeschlossenen Mitglieder hervor. Der Vorstand wird beauftragt, die in dieser Sache gefaßten Beschlüsse durch ein Flugblatt zur Kenntniß der Mitglieder zu bringen. Als Kandidat zum Gewerkschafts-Kongreß wird von der Versammlung Vogt vorgeschlagen. Die Wahl soll am 20. März in vier Bezirksversammlungen stattfinden. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch bekannt, daß der Gesangverein der Schuhmacher am ersten Ostersonntage im Lokale von Rieft, Weberstr. 17, eine Matinee veranstaltet.

**In einer Versammlung der Möbelpolierer** sprach am 18. März Dr. Wegl über den Kampf gegen das Kurpfuschthum. Sodann wurde die Wahl des Vorstandes vollzogen, die folgendes Resultat zeitigte: Hauptmann, Bevollmächtigter; Soldner, Kassirer; Coslowitz, Schriftführer, und Margraf, Bibliothekar. Die Mitglieder werden gebeten, die Namen der gewählten Werkstatt-Vertrauensleute dem Bevollmächtigten mitzutheilen.

**Friedrichsberg.** In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach am 14. März Rassin über das Koalitionsrecht der Arbeiter und den neuesten Justizhaushalt. In der Diskussion meinte ein Herr, die Strafen gegen die Lötanten Bauarbeiter seien ja etwas hart, aber die Leute seien doch auch vorbestraft. Ein Genosse, der erfahren hatte, daß der Herr Vertreter des Berliner Lokals-Anzeiger für Friedrichsberg sei, entgegnete, daß der Herr mit seiner Ansicht wohl einzig dasthehe in der Versammlung, und wenn diese Ansicht ein Ergebnis der Lesüre des „Lokal-Anzeiger“ sei, so dürfte es sich auch fernherin sehr empfehlen, das Blatt nicht zu abonnieren. Die Versammlung verpflichtete dem bei und sprach sich noch verschiedene Redner höchst abfällig über den reaktionären Standpunkt aus. Es wurde dann auf die politische Organisation hingewiesen und auch die Frauen wurden an den Frauen-Bildungsverein erinnert.

**Wilmerdorf.** Die Bauarbeiter wählten hier in einer Versammlung, die am 15. März tagte, den Maurer Wehrend zum Delegirten für den Bauarbeiters-Kongreß.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 19. März, Vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57: Versammlung freireligiöser Vorlesung. Um 11 Uhr Vormittags ebendort: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gehele: „Religion und Sittlichkeit.“ Gäste willkommen. — Montag, den 20. März, Abends 8 1/2 Uhr: Besprechende Versammlung. Eingang Stallhreiberstr. 43.

**Humanistische Gemeinde.** Sonntag, den 19. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Langendehaus, oberer Saal, Hiesestr. 10: Vortrag des Herrn Dr. Rud. Benzig über „Wessen Sache ist die Religion?“ Damen und Herren haben freien Zutritt.

**Tischler-Verein.** Gute Abend 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15: Vortrag. Damen haben Zutritt.

**Medizinischer Verein für Berlin und Umgegend.** Sonntag, den 19. März, Abends 6 Uhr, bei Stecher, Andrastr. 21, oberer Saal: Vortrag des Herrn Dr. Rosenfeld über: Die Verherrungen der Polypen im Nasen- und Rachenraum bei Kindern, mit besonderer Berücksichtigung der klinischen Zeichen und deren Behandlung.

**Allgemeine Kranke- und Tierelasse der Metallarbeiter** (C. P. 29, Hamburg) Filiale Berlin 2. Sonntag, den 19. März, Vormittags 10 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Röhling, Admiralsstr. 18a. — Filiale Berlin 3. Sonntag, den 19. März, Vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung Marziesstr. 47. — Filiale Berlin 4. Sonntag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Fritz Wille, Andrastr. 30. — Filiale Berlin 5. Sonntag, den 18. März, Abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Koplin, Rothringstr. 68. — Filiale Berlin 6. Sonntag, den 19. März, Vormittags 9 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Paradies“, oberer Saal, Bahstr. 35. — Filiale Charlottenburg. Sonntag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Restaurant Leiber, Bülowstr. 74. — Filiale Rixdorf. Sonntag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Grebler, Hiesestr. 69.

**Für die Weber in Arefeld** gingen bei der Berliner Gewerkschafts-Kommission folgende Beiträge ein:

Buchdrucker und Kontorist-Fabrik von Eyd u. Friedländer, 4. Rate 2,30. Rauchfabrik „Reinige“ 20.—. Pfanzergewinn „Süd-Ost“, 2. Rate 10.—. Tischlerei Hiegel, Wasserstr. 14, 10.—. Buchdruckeri Strauß 8,20. Verband der Möbelpolierer Berlin und Umgegend, 7. Rate 50.—. Eingegangene im „Armen Feind“ aus der Oberlauf 7,50. Tischlerei Buhnerbach u. Sohn, Alte Fatastraße, 3. Rate 10.—. Lehmann 9.—. Wagnopel: Fahrradwerke, Friedrichsberg, durch Ostad 12,05. Grüne Jungen: Friedland, Bezirk Westau 8,50. Klingenberg 8. Rate 2,75. Gieseler, Wasserbörstraße 8, 6. Rate 5,50. Buchdruckeri Wiltig Nachfolger 8,00. Badewannen-Fabrik Tischler, Reubenburgerstraße 24, 2. Rate 5,10. Tischlerei Strauß, Pankowstraße 77, nebst Buchdrucker 4,50. Buchdruckeri Darmwig Nachfolger 7,15. Tischlerei Hellner Waldemarstraße 52 (Wilmersdorf), 5,50. Bildhaueri Veich u. Rode, Gütlichstr. 63 6.—. Arbeiter der Firma W. A. Dirckmann, 6. Rate 20.—. Rauchfabrik „Süd-West“ 4.—. Mechanische Fabrik A. Krüger, Michaelisstraße 41, 4. Rate, 6,50. Tischlerei Geihar, Rübendörferstr. 47, 2. Rate 4.—. Heroldische Sammlung der Berliner Jungbierbräuer 10.—. Möbel-Fabrik Joneleit u. Pfaff, Krautz. 52, 4,25. Bei einer Geburtsfeier der Kollektur (Pauarbeiter) der Firma Jullandberg gesammelt 5,55. Arbeiter der Firma K. B. Dirckmann, Johannstraße 14, 15, 25, 35. Tischlerei Schöy, Krautzstr. 39, 2. Rate 7,30. Badewannenfabrik Ernst Schlegel, Stallstr. 10, 2. Rate 6,03. Tischlerei A. D. Richter, 3. Rate 18,40. Möbel-Fabrik G. Krug, Preußstr. 31/32 (damunter 1,80 d. Langlich und 3,20 durch Appert) anstatt eines Kreuzes für die Wärgeloffenen 47,30. Aus dem Lager von Eyd u. Straßer, Lederfabrik 9.—. Tischlerei W. Dewig, Reichenbergerstraße 84, 6.—. Vorzeilnarbeiter, Johanne Wittenberg 7,35. Pfanzergewinn Reueid 6,50. Volkler von Giese, Sappenz. 9, 2.—. Tischlerei Gault, Str. Frankfurterstraße 8, Rate 8,35. Maschinenmeister P. S. Derman 8,70. Schmirnsfabrik A. Wendt 10.—. Von d. Ritzl. b. Verband deutscher Buchdr. im „Vorwärts“, 3. Rate 30.—. Buchdruckeri Felgentreu u. Co. 4.—. Agitation-Kommission der Protestantischen Vereins d. Sch. 25.—. Buchdruckeri Seidel u. Co. 7,50. Buchdruckeri Dentier u. Nicolai 13.—. Kampfabrik Edel und Gliende 14,25. Kaviarfabrik Buchholz, 4. Rate 15,40. Buchdruckeri Arede, 8. Rate 3,80. Personal der Buchdruckeri P. S. Derman 6. Rate 55,55. Pianofabrik Schulz, Blumenstr. 70 11,35. Schuhwaarenfabrik Jacobi, 8. Rate 6,40. Arbeiter-Gesangverein Morgenroth Röntgen d. P. 30.—. Buchdruckeri Otto Glöner, 3. Rate 20.—. Pianofabrik Rimann u. Co., Köpenickerstr. 175 6,00. Buchdruckeri Gebr. U. 12,50. Arb.-Ges. Olympia 10.—. Arbeiter der F. u. M. Lantzenhäger, Saal 3. Re. chirurgische Instrumente 10.—. Graveure und Ciseleure von Reumann und Coad 5.—. Felle und Distrikts-Gleiches Recht 6.—. Ueberfluß von der Krampfbende der Berliner Werkzeugmaschinen-Fabrik normals U. Senter 14,15. Tischlerei Gutlich, Rübendörferstr. 48 8.—. Möbelpolierer der Werkstatt Sautner, Wasserbörstr. 63 10.—. Organisirte Buchdrucker und Berufs-genossen Berlin's 100.—. Kronleuchterfabrik von Koppin, Götterhof (Bierprojekte) 20.—. Refektor C. P. 6.—. Gesangverein „Seegerlied Mänerchor“ 10.—. Leipzigiger Buchbinderei normals Frische, Friedrichstraße 19 (mit Ausnahme d. Normatvres, zweier Nachbete, eines Sortimenters u. eines Leipziger Fertigmachers) 2. Rate 19,20. Medizinische Werkstatt von Grösch und Graf 13,50. Organisirte Handschuhmacher Berlin's, 3. Rate, inklusive einen abgelehnten Märzkranses 40.—. Schwarze Weber 3,50. Arbeiter der Schuhfabrik Harkheim u. Co. 5. Rate 20.—. Arbeiter der Firma Spinn u. Sohn, Kienigsellstraße 42,60. Rauchfabrik „Grüner Hain“ (W. d. A. H. B.) 1,55. Von den Berliner Metallarbeitern (damunter 30.— von den Kollegen der Firma Kober; 5.— mehrere Pfanzergewinn; 24,16 Zeller-Versammlung der Schwanenbinder) 100.—. Gesammelt nach der Werkstatt-Versammlung von S. Bergmann u. Co. durch G. R. 3,55. Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, Verwaltungsbüro Berlin d. XII. 100.—. F. B. Grabow a. Ober-50. Zwei Schachspieler 3.—. Weitere Beiträge nimmt im Berliner Gewerkschaftsbureau Rudolf W. Rillerg, Annenstr. 16, I, entgegen. Geöffnet Wochenends 9—11 Uhr Vormittags und 6—8 Uhr Abends.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

# Urania

Taubenstrasse 48/40.  
Im Theater:  
**Das Land der Fjorde.**  
Im Hörsaal:  
Dr. Spies: Photographie in natürlichen Farben.  
(Einzelvorzüge 10.)  
Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**  
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

**Passage-Panopticum.**  
9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
Heute  
Vorstellungen um 4 u. 6 1/2 Uhr.  
Die Kreuzfahrer.  
Großes Ballet von 500 künstlerischen Menschen.  
Entree heute 25 Pf.



**Castan's Panopticum.**  
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.  
„Santa Lucia“.  
Die berühmten „lebenden Bilder“.  
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenstr. 72/73.  
Benefit für Emil Thomas:  
Zum ersten Male:  
**Der Registrator auf Reisen.**  
Voll in 7 Bildern  
von H. Krenze und G. v. Moser.  
Auf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**Gebrüder Richter-Theater**  
37 Lothringer-Strasse 37.  
Novität! Novität!  
**Vater und Sohn.**  
Vollständigt mit Gesang in 4 Akten  
von Wilhelm Richter.  
Geistlich dirigiert v. W. Richter.  
Socher:  
**Wie denken Sie darüber?**  
Voll in 1 Akt von Carl Def.  
Aufh.: Nachmitt. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

**Alcazar-Theater**  
Dresdenstr. 52/53, City-Passage.  
Direktion: Richard Winkler.  
Neu! Täglich mit großem Erfolg!  
**Tobias' Brautfahrt!**  
Voll in 3 Akten mit Gesang von César Viktor Noeder.  
Neu! Neu! Neu!  
Das jeden Abend stürmisch bejubelte Gesangsduett  
**Ada und Ottfried Relay.**  
Neu! Neu! Neu!  
Hahnemann & Kahnemann.  
Hydraulischer Schwanz v. G. Braune.  
Tage der angelegentlichsten  
Spezialitäten - Theil  
mit täglich wechselnd. Programm.  
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 6 1/2 Uhr.  
Entree an Sonn- und Wochentagen nur 30 Pf.  
Vorverkaufshelms haben Gültigkeit.

**Apollo-Theater.**  
Das beste Programm der Saison  
Wallno & Mertens  
Curtis & Gordon  
Scheherazade  
The 5 Julians  
3 Yoscarys  
Segommer  
Freedgy  
Sidley  
Barma  
Sato  
etc.  
Vorverkauf täglich im Theater u. beim „Kunstordank“, Unter den Linden 69.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Mähr's Theater**  
Cranien-Strasse 21.  
Täglich:  
**Die Jagd nach dem Glück.**  
Vollständigt in 4 Akten v. F. A. Sauer.  
Spezialitäten.  
Sond. haben Gültigkeit.  
Sonntags Anfang 6 Uhr.

# Seefische Volksnahrung.

**Riesige Fänge** unserer Dampfer ermöglichen uns  
**Cabliau** per Pfd. 18-20 Pf., im Ausschnitt 25 Pf., **Schellfische** per Pfd. 25-30 Pf.  
während dieser Woche in unseren hiesigen Verkaufsstellen abzugeben.  
Alle anderen Fischsorten - auch Steinbutt, Seezungen, Tarbutt, Scholle, Seehecht, Seelachs, See-Aal, Knurrhahn etc. - ebenfalls billig.  
**Deutsche Dampf-Fischerei-Gesellschaft „Nordsee“.**  
Haupt-Filliale: Berlin O. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.  
No. III. Berlin NW., Lüneburger Strasse, Ecke Paulstrasse, Stadtbahnbogen 389 (Zentrallagerhof).  
No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulendorfer Strasse.  
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 10-11, am Wilhelmplatz.  
No. IV. Im Schlessischen Bahnhof, Madalstr. 22.  
No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.  
Bevollm. General-Vertreter für Berlin: Johannes Skorezyk.

**Möbel-Fabrik**  
und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen  
von **Julius Apelt, Tischlermeister, Berlin SO.**  
**Skalitzer-Strasse No. 6, am Rottbuscher Thor.**  
Permanente Ausstellung für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen stehen jederzeit zur Verfügung bereit; auch werden dieselben in eigener Werkstatt im Hause nach Wunsch und Zeichnung in kürzester Zeit angefertigt.  
Für besseres und frohendes Material leichte Garantie.

**Circus Renz-Riesen-Tunnel.**  
Direktion: J. N. Matt.  
Täglich:  
**Großes Konzert**  
der Handkapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Oschner und  
Spezialitäten-Vorstellung  
unter Regie des humoristischen Gastav Kluck.  
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 6 Uhr.  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

**Feen-Palast-Theater**  
Burgstr. 22, Burgstr. 22.  
Koloßaler Soubrettefolg  
über die Geliebte  
**Berliner Wäscherin.**  
Freibühne: Dr. Winkler.  
Großer Jubel. Sturm. Beifall.  
Vergleichen mit, Quartett.  
- Plozzarella. - Nanon. -  
Alfredo Truppe. Helma Mähne.  
Ernst Sprecher. Gust. Schmidt.  
Lebende Photographien.  
Auf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr.  
Mittw. u. Donnerst. 9. 11-1 Uhr.  
Donnerstag, den 28. März:  
Benefit für die beliebte  
Soubrette **Helene Voss.**

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Mehel, Britton, Seidl, Aronc, Wähl, Schneider und Schrader.)  
Heute:  
Zum letzten Male:  
**Frauen-Emanzipation**  
Logeplatz von 11-1 Uhr.  
Sonntag:  
Großes Uk-Programm.



**Concerthaus**  
Leipzigerstr. No. 48.  
Heute, Sonnabend:  
**Geschlossen.**  
Morgen, Sonntag:  
**Hoffmann's Quartett-Humoristen**  
Neu: Hoffmann als  
Fuhrmann Henschel.

**Circus Busch**  
Sonnabend, den 18. März 1899:  
**Parade-Gala-Vorstellung.**  
Zum 123. Male:  
**PERSIEN.**  
Lustspiele aus der Zeit Friedrichs des Großen.  
**Ueberlé Troupe.**  
Concertans, geitlen v. Burhardi-Football. Dr. Busch mit seinen besten Reichtumsdresuren. Ein Heitermann-Popouret. Wih. Doris u. Dr. von. Die Klownn mit ihren neuen Späßen.  
Sonntag, den 19. März: Hoet große brillante Vorstellungen, Nachmittags 4 Uhr u. Abends 7 1/2 Uhr: Persien.  
Am 6. April:  
**Schluss der Saison.**

Begründung des Geschäfts 1878.  
**M. Schulmeister**  
Schneidermeister  
**Dresdenerstrasse 4, am Rottbuscher Thor.**  
Einsegnungs-Anzüge . . . . . von 12,- M. an  
Frühjahrs- und Sommer-Paletots . . . . . von 18,50 M. an  
Jaquet-Anzüge . . . . . von 15,- M. an  
Koch-Anzüge . . . . . von 23,- M. an  
Radfahrer-Anzüge . . . . . von 11,- M. an  
Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.  
Streng reelle Bedienung.

**W. Noack's Theater**  
Brunnenstr. 16.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
**Theater-Vorstellung.**  
**Der liebe Onkel.**  
Schwanz in 4 Akten  
von Rudolf Kneifel.  
Nach der  
Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

**„Anker“**  
Rhederei-Gesellschaft  
Holzmarktstr. 72 I  
empfeht zur kommenden Saison ihre eleganten Salon-dampfer zur Vermietung an Vereine. Mäßige Preise.



**Großer Möbelverkauf**  
Schönebergstr. 2, Otto Friedrichstraße.  
Wegen Aufgabe meines Möbel-lagers  
Speichers sollen diese Einrichtungen  
neuer sowie gedrauchter Möbel ganz  
billig verkauft werden. Einrichtung  
95 bis 300, hochlegante 400 bis 4000  
Mark. Verkaufte Möbel können bis  
5. April liegen, werden durch eigene  
Selbste in die Wohnung gebracht,  
auch nach außerhalb. Auch gebe ich  
an höhere Leute auf Theilzahlung.

**Jede Uhr**  
reparieren und reinigen  
kostet bei mir unter  
Garantie d. Gutgehens  
nur 1 Mark 50 Pf.  
außer Bruch, keine Reparaturen  
billiger. Großer Lager neuer und  
gedrauchter Taschenuhren, Regula-  
toren und Wecker, alle Arten  
Reiten, sowie Brillen u. Pinocenez.  
Carl Lux, Uhrmacher,  
35 Chaussee-Strasse 35.

**Dr. Simmel**  
Moritzplatz,  
1. Hand v. Aschinger  
2 Treppen rechts.  
Spezialarzt f. Haut- u. Gharuleiden.  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Dr. med. Schaper**  
hombop. Arzt,  
Spezialarzt für  
**Haut- u. Harnleiden**  
Frauen-Krankheiten.  
Schöneberger Ufer 25. Spr. 9-1, 4-7.  
Hombop. Poliklinik:  
Montag, Mittwoch, Sonnabend,  
Ab. 7-8: Friedrichstrasse 114, 1.

**Kein Laden!**  
Empfehle mein reichhaltiges  
Lager in  
**Filz- und Seidenhüten,**  
**Schirmen**  
in den neuesten Façons und  
Farben, außer billige Preise.  
**Richard Klose, Auflamerstr. 41,**  
welches Haus von der Brunnenstrasse. Eingang vom Hausflur.  
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.




**Halt! Aufgepasst!**  
Eröffnet wird — —

Herren- u. Konfirmantenhüte, alle Farben  
nur neue moderne Sachen, 1 Mark,  
Prima Qualität 1,50 und 2,-  
Die besten Arbeitshüte immer noch 65 Pf.  
früher Barnimstr. 4 u. 5,  
jetzt Kaiserstrasse 25 A.

**D. Wurzel & Co.,**  
Wrangeistrasse 17,  
Gede  
Mantelstrasse.

**!! Eröffnet !!**  
Das mit vorzüglichem Erfolge seit langen Jahren in Hamburg eingeführt  
**Hutlager A. Rosenblum**  
Spezialität: Herren- und Knabenhüte  
— englische und deutsche Fabrikate —  
eröffnete  
Friedrich-Strasse 91-92  
eine Filiale. Jeder Hut für den Preis von  
**M. 3,15**  
ist von einer im Verhältnis zum Preise hervorragenden Qualität der Aus-  
führung und von großer Solidität. Auch in den unten stehenden Filialen  
erfahren sich meine Hüte allgemeiner Beliebtheit. Für jeden Herrn wird  
der Besuch meines Geschäftes von Interesse sein.  
Filialen: **Centrale: Hamburg,** Frankfurt a. M.,  
Hannover. Gr. Bursch 44. Stuttgart.  
Köln.

Neu! auf dem Gebiete der  
Vollnahrung und Gesundheitspflege Neu!  
**„Karutz“**  
**Eisen-Hafermehl**  
(von hohen hygienischen Wert) 12478  
ein Nahrungsmittel für Blutmangel, Blutschwäche, (schwächliche Frauen,  
Wäcker und Kinder. Vorrätig in den einschlägigen Geschäften.  
Generaldepot: R. Ehrmann, Berlin SW.  
Haiz-Kakao in Kartons à 27 Zabl. **Hafer-Kakao** in Kartons à 27 Zabl.